



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

JULI 2020

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Zahlen und Fakten

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu



Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Relations internationales - Santé

Gewagte Strategie

Corona-Krise: Luxemburg testet viel und wird dennoch zum Risikogebiet erklärt

Luxemburg/Paris/Berlin. „Je mehr man sucht, umso mehr findet man: Wir erklären immer wieder, dass Luxemburg mit seiner Teststrategie nur das macht, was international empfohlen wird“, sagte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) auf Nachfrage, die gestern in Paris an den Feierlichkeiten zum 14. Juli teilnahm, die ganz im Zeichen der Corona-Krise standen.

„Wir unterstreichen immer, dass wir als Teil unserer Strategie eine relativ große Zahl an Nicht-Luxemburgern mit testen und gerne hätten, dass dem Rechnung getragen wird.“

Die gestiegenen Infektionszahlen – gestern waren 100 weitere Tests positiv – haben zur Folge, dass das Robert-Koch-Institut Luxemburg als Risikoland einstuft und

das Auswärtige Amt in Deutschland vor Reisen nach Luxemburg warnt. Erneute Grenzschließungen wurden in Rheinland-Pfalz und im Saarland bis gestern Abend nicht in Betracht gezogen. Jedoch sollen Reisende, die aus Luxemburg ins Saarland fahren, ab sofort für 14 Tage in Quarantäne – ausgenommen sind Grenzpendler. *wel/mas*

Luxemburger Wort du 15.07.2020 / page 1

Relations internationales - Santé

Luxemburg als Risikogebiet eingestuft

Wer nach Deutschland reist, muss eine Quarantäne in Kauf nehmen – Grenzen bleiben aber offen

jt/mbb/SH/mer/wel

Diese Entscheidung dürfte die Pläne zahlreicher Urlauber aus Luxemburg über den Haufen werfen: Das deutsche Robert-Koch-Institut (RKI) hat Luxemburg gestern wegen der neuerlichen Ausbreitung des Corona-Virus zum Risikogebiet erklärt. Das Großherzogtum hatte zuvor die Grenze von 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen überschritten.

Daraufhin hat auch das deutsche Auswärtige Amt eine Reiseverwarnung für das Großherzogtum verhängt. Maßgeblich für die Bewertung seitens des RKI sind die aktuellen Infektionszahlen als auch die Art des Ausbruchs. Auf der Liste der Risikogebiete befinden sich neben Luxemburg Länder wie die USA, Libyen, Mexiko, die Türkei und Serbien. In diesen Gebieten besteht laut der deutschen Behörde ein erhöhtes Infektionsrisiko. Kein anderer EU-Staat als Luxemburg wird derzeit vom RKI als Risikogebiet eingestuft.

Pflicht zur Selbstquarantäne

Wer aus Luxemburg nach Deutschland einreisen will, sollte sich zunächst über die jeweiligen Quarantäneverordnungen der jeweiligen Bundesländer informieren. Es könnte eine Pflicht zur Selbstquarantäne bestehen. Wie der Saarländische Rundfunk gestern meldete, müssen Reisende, die aus Luxemburg ins Saarland fahren, ab sofort für 14 Tage in Quarantäne. Ausnahmen gelten für Pendler sowie für Menschen, die unaufschiebbare medizinische Termine haben oder Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten.

Auch in Rheinland-Pfalz unterliegen Einwohner Luxemburgs der Anti-Corona-Verordnung der Landesregierung. Spontane Besuche im Nachbarbundesland sind demnach nur nach Vorlage eines höchstens zwei Tage alten, negativen Corona-Tests möglich, wie der Südwestrundfunk (SWR) schreibt. Umgekehrt sind Deutschen nur Kurzbesuche von maximal drei Tagen in Luxemburg erlaubt. Für Berufspendler gibt es keine Einschränkungen bei der Ein- und

besteht

Ausreise aus dem Großherzogtum. Laut Angaben der Zeitung „Trierischer Volksfreund“ ist es denkbar, dass Rheinland-Pfalz Ausnahmen für Reisen in beide Richtungen beschließt. Weitere Details werden heute am Mittwoch erwartet.

Die Grenzen zu Deutschland bleiben weiterhin offen. Der deutsche Innenminister Horst Seehofer hat sich für den Fall ansteigender Covid-19-Zahlen gegen neue Grenzkontrollen zu den Nachbarländern ausgesprochen. Gleiches gilt für die Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz und dem Saarland.

Luxemburg führt seit Ende Mai flächendeckende Tests in der Bevölkerung sowie bei Grenzpendlern durch. Laut Außenminister Jean Asselborn (LSAP) testet kein anderer Staat im Schengen-Raum so viel wie Luxemburg: „Wir machen knapp 9 500 Tests pro 100 000 Einwohner in der Woche, die Deutschen 500, die Belgier 600 – nicht mehr. Da muss es natürlich einen Unterschied bei den Resultaten geben.“

**„Je mehr man sucht,
umso mehr findet man“**

Bei jedem fünften Corona-Fall, der in die Luxemburger Statistik einfließt, handelt es sich laut Asselborn um einen Grenzgänger, der seinen Wohnsitz im benachbarten Ausland hat. „Je mehr man sucht, umso mehr findet man: Wir erklären immer wieder, dass Luxemburg mit seiner Teststrategie nur das macht, was international empfohlen wird“, sagte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) am Dienstag auf LW-Nachfrage. „Wir unterstreichen immer, dass wir als Teil unserer Strategie eine relativ große Zahl an Nicht-Luxemburgern mit testen und gerne hätten, dass dem Rechnung getragen wird.“

Allerdings waren nur rund zwölf Prozent aller Neuinfektionen in der Woche vom 29. Juni auf den 5. Juli auf das „Large-scale testing“ zurückzuführen. Premierminister Xavier Bettel (DP) hatte zuvor Ansteckungen auf privaten Partys als Grund für die erhöhten Fallzahlen genannt und weitere Eindämmungsmaßnahmen angekündigt.

Luxemburger Wort du 15.07.2020 / page 4

Santé - Luxembourg

Large Scale Testing unter der Lupe

Das systematische Testen bekommt eine verfeinerte Auswahlstrategie

Luxembourg. 31 zusätzliche Covid-19-Neuinfektion wurden gestern festgestellt. Zudem musste ein weiterer, vierter Patient in Intensivbehandlung verbracht werden. Statistisches Zahlenmaterial liefert auch das seit Ende Mai durchgeführte Large Scale Testing, also das

Luxemburger Wort du 14.07.2020 / page 1

massenhafte Testen ganzer Bevölkerungsgruppen. Doch immer noch tauchen Fragen zu Sinn und Zweck dieser Aktion auf. Dies umso mehr, als die Massentests in anderen Ländern nicht als Mittel der Wahl eingesetzt werden.

Bei den Tests geht es in erster

Linie darum, asymptomatische Virusträger zu finden, Kontakte zurückzuverfolgen und Infektionsketten zu brechen. Waren die ausgewählten Personen seit Anfang Juni zuerst breit gestreut, so wird die Auswahl jetzt gezielter: Personen aus Risikogruppen wie Ange-

stellte in Gesundheitsberufen oder Pfleger werden dabei alle zwei Wochen getestet, um Cluster möglichst schnell aufzudecken. Rund zwölf Prozent aller Neuinfektionen konnten in der Woche vom 29. Juni auf den 5. Juli auf diese Weise ausfindig gemacht werden. Ob dies eine hohe oder niedrige Tref-ferquote darstellt, darüber diskutieren selbst die Statistiker. jag

Santé - Luxembourg

Testen für die Solidarität

Zwölf Fragen und Antworten zum Large Scale Testing

Von Jacques Ganser

Seit dem Beginn des Large Scale Testing, also des massiven Testens ganzer Bevölkerungsgruppen, tauchen immer wieder eine Reihe von Fragen auf. Hier die wichtigsten Antworten, die das Luxembourg Institute of Health (LIH) auf LW-Nachfrage liefert.

Welchen Zweck erfüllt das Large Scale testing?

Mit dem Large Scale Testing werden ganze Bevölkerungsgruppen dazu aufgerufen, sich freiwillig auf das Covid-19-Virus testen zu lassen. Dadurch sollen möglichst viele asymptomatische Infizierte aufgedeckt und ihre Kontakte zurückverfolgt werden. Die Infizierten können isoliert werden, womit Infektionsketten unterbrochen werden und ein weiteres Ausbreiten des Virus verhindert wird. Mit dieser Methode kann das Virus unter Kontrolle gehalten werden und Einschränkungen können aufgehoben werden.

Warum werden die Personen eines Haushaltes nicht zusammen getestet?

Die betroffenen Personen werden je nach Arbeitssektor und Wohnort in repräsentative Gruppen unterteilt. Das führt dazu, dass innerhalb einer Familie, in einer Wohngegend oder unter Kollegen über Wochen hinweg absichtlich zeitversetzt Einladungen eintreffen. Die Strategie dahinter ist folgende: Anstatt die gesamte Bevölkerung auf einmal zu testen, soll sichergestellt werden, dass jede Woche eine Person aus einem bestimmten Umfeld getestet wird - wodurch der Schutz

eines jeden Einzelnen erhöht wird.

Warum variiert die Zahl der durchgeführten Tests von Tag zu Tag? So wurden beispielsweise am vorvergangenen Freitag rund 11 000 Tests durchgeführt?

Die 11 000 Tests sind keine ungewöhnlich hohe Zahl. Seit dem Beginn des Large Scale Testing steigt die Zahl der täglich durchgeführten Tests permanent an und liegt jetzt bei 11 000 bis 12 000. In der Praxis ist es wohl so zu erklären, dass wegen der höheren Infektionszahlen das Interesse der Bevölkerung, den Einladungen zu folgen, gestiegen ist. Zudem wurde die Zahl der Test-Einladungen ebenfalls deutlich erhöht.

Wie sind die großen Schwankungen bei den Testzahlen zu erklären?

Beim Large Scale Testing schwankt die Zahl der durchgeführten täglichen Tests nur noch unwesentlich. Weil die Teststationen samstags nur morgens geöffnet haben, können natürlich auch weniger Tests durchgeführt werden. Aber generell steigt die Anzahl der Menschen, die sich testen lassen wollen.

Wieso blieb die Zahl der Neuinfektionen während Wochen konstant bei 40 bis 50, obwohl die Anzahl der Tests schwankte?

Die Anzahl der Tests schwankte nicht wirklich. Generell gilt, dass je mehr getestet wird, man auch mehr positive Fälle findet. Im Falle des Large Scale Testing besteht diese direkte Korrelation allerdings nicht systematisch.

Wie werden die Tests am Wochenende ausgewertet? Wieso werden an den Wochenenden Zah-

len veröffentlicht, ohne dass aber die Infizierten gleich informiert werden?

Normalerweise werden die Testergebnisse den Teilnehmern innerhalb von zwei Werktagen mitgeteilt, auch wenn sie samstags getestet wurden. Sie bekommen eine SMS, sobald das Ergebnis validiert wurde. Zugleich werden die Resultate an die Agence eSanté weitergeleitet. Es stimmt also nicht, dass die Zahlen veröffentlicht werden, bevor die Betroffenen informiert werden. Zugleich muss man beachten, dass die offiziellen Statistiken nicht nur die Ergebnisse des Large Scale Testing berücksichtigen, sondern sämtliche Testaktivitäten wie zum Beispiel jene am Flughafen Findel oder jene auf Verschreiben des Hausarztes. Insgesamt werden momentan zwölf Prozent der Neuinfizierten durch das Large Scale Testing aufgedeckt.

Was passiert, wenn der Test negativ ausfällt und die Person sich einige Tage später ansteckt?

Ein negativer PCR-Test bedeutet nicht, dass die Person immun ist. Es besteht also die Möglichkeit, dass sie sich zu einem späteren Zeitpunkt ansteckt. Daher müssen auch Personen mit negativem Testergebnis weiterhin die gewohnten Schutzmaßnahmen einhalten. Dennoch sind die Tests aufgrund des Systems der repräsentativen Gruppen, die zeitversetzt getestet werden, keine bloße Momentaufnahme. Dadurch, dass immer wieder eine Person einer bestimmten Gruppe getestet wird, können jederzeit Infektionsketten identifiziert werden, zu der diese

Person gehören könnte. Mit der Teilnahme an den Tests kann also eine zweite Welle verhindert werden.

Wer wertet die Tests aus?

Das Projekt wird vom Luxembourg Institute of Health (LIH) geleitet. Die Tests werden von seinem Partner Laboratoires Réunis ausgeführt. Dieser wird wiederum in der Praxis von Ecolog unterstützt. Das Large Scale Testing basiert dabei auf der sogenannten proaktiven Mitigationsstrategie, welche die Covid-19-Taskforce von Research Luxembourg ausgearbeitet hat.

Wer stellt die Tests zur Verfügung?

Die Tests werden von Fast Track Diagnostics zur Verfügung gestellt.

Wie zuverlässig sind die Tests denn eigentlich?

Der sogenannte PCR-Test, der im Large Scale Testing eingesetzt wird, hat eine 100-prozentige Sensitivität, selbst kleinste Virenpartikel können noch erkannt werden.

Sind falsch-positive oder falsch-negative Ergebnisse möglich?

Wie bereits beschrieben, ist die PCR-Methode extrem zuverlässig. Zudem werden sowohl positive als auch negative Gegenkontrollen durchgeführt, sodass falsche Ergebnisse sehr unwahrscheinlich sind.

Gibt es Statistiken darüber, welche Altersklassen sich am meisten testen lassen?

Menschen zwischen 30 und 60 Jahren sind am häufigsten bereit, sich testen zu lassen.

Luxemburger Wort du 14.07.2020 / page 21

Santé - Justice / Droits de l'homme / Législation

Gesetz für zweites Large Scale Testing

Am 1. Juli entschied der Regierungsrat, eine zweite Phase des Large Scale Testing durchzuführen. Am 10. Juli reichte Premierminister Xavier Bettel das vom Gesundheitsministerium ausgearbeitete Gesetz im Parlament ein: Über einen Zeitraum von 30 Wochen – idealerweise, bis ein Impfstoff vorliegt – sollen 1,6 Millionen Tests durchgeführt werden. Mit 60,7 Millionen Euro veranschlagt die Regierung die Kosten für die Aktion. Das beinhaltet die Tests, die Kommunikation, die Einladungen,

Luxemburger Wort du 20.07.2020 / page 2

Santé - Justice / Droits de l'homme / Législation

Gesetz für zweites Large Scale Testing

Am 1. Juli entschied der Regierungsrat, eine zweite Phase des Large Scale Testing durchzuführen. Am 10. Juli reichte Premierminister Xavier Bettel das vom Gesundheitsministerium ausgearbeitete Gesetz im Parlament ein: Über

Luxemburger Wort du 20.07.2020 / page 2

einen Zeitraum von 30 Wochen – idealerweise, bis ein Impfstoff vorliegt – sollen 1,6 Millionen Tests durchgeführt werden. Mit 60,7 Millionen Euro veranschlagt die Regierung die Kosten für die Aktion. Das beinhaltet die Tests, die Kommunikation, die Einladungen, die Verwaltungskosten, ein Qualitätsaudit und juristische Kosten,

die Hotline, das mobile Interventionsteam sowie die Informatikkosten.

Für die erste Phase brauchte es kein Gesetz, denn man veranschlagte Kosten von unterhalb der 40 Millionen-Grenze, ab der man eine gesetzliche Basis braucht. Die Aktion wurde auch ohne Ausschreibung an eines der drei Pri-

vatlabore in Luxemburg vergeben. Dieses Mal soll ausgeschrieben werden, weshalb die Kosten nicht einzeln aufgeschlüsselt werden. Man möchte die Ausschreibung nicht beeinflussen, heißt es im Motivenbericht. Der Staatsrat äußert in seinem Gutachten keine Beanstandungen. wel

Corona-Risikogebiet

Wird Luxemburg fürs fleißige Testen bestraft?

In Luxemburg stecken sich vermehrt Jüngere mit Corona an, die deutsche Regierung hat das Land zum Risikogebiet erklärt. Auf beiden Seiten der Grenze wächst die Angst, dass sich die Schlagbäume senken könnten. Schon wieder.

Von KIM BJÖRN BECKER, MARTIN FRANKE UND JULIAN STAIB



© dpa

Gesperrter Grenzübergang zwischen Luxemburg und Deutschland in Echternach, fotografiert Anfang Mai.

Wenn die Kurven nach oben weisen, ist das für viele in Luxemburg eine gute Sache. Es bedeutet, dass die Kurse steigen. Das Großherzogtum in der Mitte des europäischen Kontinents ist ein wichtiger Finanzplatz, viele Banken haben dort ihren Sitz, etliche Vermögensverwalter und unzählige Fondsgesellschaften. Die Entwicklung von Wertpapieren und Wechselkursen ist die Lebenslinie des Landes – gewiss nicht für alle Menschen, aber für viele. Auch in einem anderen Bereich gehen die Zahlen in Luxemburg gerade steil nach oben, und genau da liegt das Problem. Die Rede ist von Corona.

Die luxemburgische Regierung gibt präzise darüber Auskunft, wie viele Infizierte sie auf ihrem Staatsgebiet durch Tests erkannt hat. Der Höhepunkt der ersten Welle war Anfang April erreicht, da verzeichneten die Statistiker 2330 aktiv Infizierte. Durch den Lockdown sank die Zahl drastisch, es wurden deutlich mehr Menschen wieder gesund als sich neue ansteckten. Doch der Lockdown ist vorüber, und seit Ende Juni weist die Fieberkurve wieder nach oben. Am 1. Juli meldeten die Behörden 274 aktive Infektionen, eine Woche später waren es schon mehr als 500. Der jüngste Wert ist von diesem Dienstag: 764 Infizierte.

Weil die Zahl der Neuinfizierten in Luxemburg den berechneten Schwellenwert von 50 Fällen pro 100.000 Einwohner binnen einer Woche überstiegen hat, haben die deutschen Behörden reagiert. Das Auswärtige Amt warnt seit Dienstag vor „nicht notwendigen, insbesondere touristischen Reisen“ nach Luxemburg. Drei deutsche Bundesministerien haben gemeinsam

entschieden, dass Luxemburg zum Risikogebiet erklärt wird. Das bedeutet, dass jeder, der mindestens drei Tage in dem Land verbracht hat und nach Deutschland einreist, in Quarantäne muss – es sei denn, er kann einen aktuellen negativen Corona-Test vorweisen. So will es die entsprechende Verordnung in Rheinland-Pfalz.

Geschlossene Grenzen? Der „ökonomische Super-Gau“

Von der Quarantäne ist es nicht mehr weit bis zu einem weiteren Schritt, den beiderseits der Grenze gerade niemand wiederhaben möchte. Grenzschießungen wären der „ökonomische Super-Gau“, sagt Wolfram Leibe. Er ist Oberbürgermeister von Trier, der viertgrößten Stadt in Rheinland-Pfalz. Jeden Morgen fahren 30.000 Menschen von dort zum Arbeiten nach Luxemburg und kommen abends wieder zurück.

Was in Luxemburg geschieht, ist nicht nur ein Problem der etwa 630.000 Einwohner des Großherzogtums. Es ist unweigerlich auch ein Problem für die Menschen auf der deutschen Seite von Mosel und Sauer. Dort erinnert man sich noch gut an die erste Phase der Pandemie, als für drei Monate fast alle Grenzübergänge geschlossen waren. Pendler mussten weite Umwege fahren, Familien wurden getrennt und selbst längst vergessene geglaubte Ressentiments kamen wieder hoch. Eigentlich sind in dem Gebiet nicht nur die Weinfeste international, sondern beinahe alles, von der Abwasserentsorgung bis hin zum Rettungsdienst.

Nun wurden wieder Deutsche in Luxemburg beschimpft und Luxemburger in Deutschland. „Das hat uns sehr geschadet“, sagt Leibe über diese Zeit. „Ich möchte nicht, dass wir dorthin zurückkommen.“ Die Menschen in der Region hätten sich an die freien Grenzen gewöhnt. Für den Sozialdemokraten gibt es nur ein Szenario, in dem er sich dafür aussprechen würde, die Schlagbäume wieder herunterzulassen. „Wenn Kliniken auf beiden Seiten der Grenze überfüllt sind, dann gibt es Handlungsbedarf“, sagt er. Ähnlich sieht es Günther Schartz (CDU), der Landrat des Kreises Trier-Saarburg. „Grenzschießungen bringen nichts“, sagt er. Nur wenn es in der Region zu einem Lockdown komme, sei das etwas anderes.

Die Lockerungen zu locker genommen?

Die deutschen Luxemburg-Pendler reagieren unterschiedlich auf die jüngste Reisewarnung der Bundesregierung. „Ich finde es nicht gut, eine solche Warnung auszusprechen, weil irgendeine Kennzahl überschritten wurde“, sagt der Berufspendler Alexander Schares aus Bitburg. Immerhin teste Luxemburg besonders viele Menschen, da sei es nicht überraschend, dass die Zahlen höher seien. Auch die Ergotherapeutin Lorraine Lutgen findet die Reisewarnung unangebracht. „Die Infektionszahlen in Deutschland würden eventuell ähnlich aussehen, wenn flächendeckender und häufiger getestet wird“, sagt sie. Ganz anders sieht es Simon Meier aus Trier, der in der Logistikbranche in Luxemburg arbeitet. Die Reisewarnung sei „nicht übertrieben“, sagt er. Meier habe mitbekommen, dass die Menschen in dem kleinen Land die Lockerungen „zu locker“ genommen hätten. Eine Reisewarnung könne daher „sensibilisieren“, hofft er.

Mit dem Appell, die Grenzen offen zu halten, sind Triers Stadtoberhaupt und der Landrat nicht allein. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Arzfeld, Andreas Kruppert (CDU), sagt, dass mit den Grenzschießungen im Frühjahr „viel Porzellan zerschlagen worden“ sei. Solche Zustände seien schädlich für die Menschen und die Region. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und ihr saarländischer Amtskollege Tobias Hans (CDU) warnen auch eindringlich vor neuerlichen Grenzschießungen. Diese seien unter allen

Umständen zu vermeiden, sagte Dreyer. Es sei „enorm wichtig“, aus den Erfahrungen der jüngsten Grenzschießungen zu lernen. Hans äußerte, Maßnahmen an der Grenze seien „kein probates Mittel“. Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte sich für den Fall ansteigender Infektionszahlen in den Nachbarländern gegen neuerliche Grenzkontrollen ausgesprochen.



© AFP

Die Innenstadt von Luxemburg während des Lockdowns Anfang April.

Ein paar Kilometer südwestlich von Trier trennt die Mosel die beiden Länder voneinander. Auf der Luxemburger Seite des Flusses hat der Bürgermeister von Grevenmacher wenig Verständnis für die jüngste Warnung aus Berlin. Deutschland teste viel weniger Menschen als Luxemburg, werfe dem Großherzogtum aber erhöhte Infektionszahlen vor, sagt Léon Gloden. Er hatte sich schon vor einigen Monaten darüber geärgert, dass plötzlich Bundespolizisten mit Maschinenpistolen auf der Brücke von Grevenmacher aufkreuzten. „Alle auf das kleine Luxemburg“, so sehe man es wohl in Deutschland. Und was, wenn es doch noch einmal Grenzkontrollen geben sollte? Gloden sagt: „Dann hätte Europa keine Daseinsberechtigung mehr.“

Luxemburg hat früh entschieden, dass man vor allem viel testen will. Ganze Bevölkerungsgruppen bittet das Land zum Abstrich, auch ohne konkreten Verdacht auf eine Infektion. „Die meisten anderen Länder machen viel weniger“, sagt Regierungschef Xavier Bettel. Er ist überzeugt, dass es im Großherzogtum nicht mehr Infizierte gibt als in anderen Ländern – es würden nur mehr erkannt. „Ich bin nicht bereit, weniger zu testen, nur um bessere Zahlen zu bekommen“, sagt der Politiker der Demokratischen Partei. Dass Luxemburg nun dafür „bestraft“ würde, dass es viele Infizierte erkenne, kann Bettel nicht nachvollziehen.

Jeder fünfte Infizierte lebt gar nicht in Luxemburg

In Bettels Kabinett ist Forschungsminister Claude Meisch dafür zuständig, die Corona-Tests zu koordinieren. Er hat früh darauf bestanden, dass das Großherzogtum nicht nur seine eigenen Einwohner testet, sondern auch die Grenzgänger. Seit Beginn der Pandemie hat das Land mehr als 292.000 Personen untersucht, von ihnen waren knapp 60.000 Pendler. Jeder Fünfte, der in Luxemburg als Infektionsfall erfasst wird, hat seinen Wohnsitz woanders. Bei der Berechnung der Ansteckungsrate würde die Höhe der Infektionen aber nur auf die Zahl der Einwohner Luxemburgs heruntergerechnet, sagt Meisch: „Deshalb wirkt es schlimmer als es ist.“ Aber Meisch will die Lage auch nicht kleinreden oder beschönigen.

„Die Zahlen sind in den vergangenen zwei Wochen angestiegen“, sagt er. Anders als bei der ersten Welle der Infektionen trifft es nun vor allem Jüngere. „Das Durchschnittsalter der positiv Getesteten ist 35 Jahre“, sagt Meisch. Dazu passe, dass die Infektion bei vielen weniger stark verlaufe, es müssten nur wenige wegen Corona ins Krankenhaus. Durch die systematischen Tests ganzer Branchen hat Meisch auch eine begründete Vermutung, wo sich die Menschen dieser Tage anstecken: im privaten Bereich. „Wo das Leben organisiert ist – im Beruf, in Schulen, selbst beim Sport – gibt es recht wenige Probleme.“



© EPA

Die Außenminister Jean Asselborn und Heiko Maas treffen sich Mitte Mai auf einer Moselbrücke bei Schengen.

Für private Feiern wurden die Einschränkungen zuletzt immer weiter gelockert. Erst waren in Luxemburg Gruppen von sechs Personen erlaubt, dann waren es 20, dann fielen die Einschränkungen ganz. „Danach gingen die Zahlen hoch“, sagt Meisch. An diesem Donnerstag soll ein Gesetz ins Parlament, das die Zahl der Feiern wieder auf 20 begrenzt. Zwar hat Meisch Verständnis dafür, dass die jungen Menschen feiern wollen. Das Ergebnis der Öffnung sei aber „höchst problematisch“, denn wenn die Jungen das Virus an die Älteren weitergeben, trifft es deren Gesundheit meist deutlich härter. „Man muss sich gut überlegen, was geht und was nicht“, sagt Meisch.

Die Nachverfolgung von Kontakten zu Infizierten ist inzwischen grenzüberschreitend möglich; Luxemburg gibt den deutschen Behörden Bescheid, wenn bei ihnen ein Deutscher positiv auf Corona getestet wurde. Dass diese Zusammenarbeit funktioniert, bestätigt Wolfram Leibe, der Oberbürgermeister von Trier. „Die Gesundheitsämter tauschen sich aus“, sagt er. Dasselbe gilt für die Großregion Saar-Lor-Lux, zu der auch Teile Frankreichs und Belgiens gehören. Zu Beginn der Pandemie war von so viel Zusammenarbeit nichts zu spüren. Im Frühjahr drangen die Landesregierungen in Mainz und Saarbrücken auch deshalb darauf, die Grenzen zu schließen, weil im Osten Frankreichs die Infektionszahlen hochschnellten – eine grenzüberschreitende Kontaktnachverfolgung gab es da noch nicht. Der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans gab der Abriegelung damals ein drastisches, aber durchaus treffendes Etikett: Es war, sagte er im Mai, ein „Akt der Hilflosigkeit“.

Quelle: F.A.Z.

Corona-Hotspot Luxemburg

"Wir haben unterschätzt, wie Infizierte ohne Beschwerden das Virus weitergeben"

In Luxemburg gibt es so viele Coronafälle pro Einwohner wie sonst nirgends in Europa. Rudi Balling, der Pandemie-Experte des Landes, erklärt, was das für angrenzende Länder wie Deutschland bedeutet.

Ein Interview von Julia Merlot und Patrick Stotz (Grafiken)

SPIEGEL: Vergangene Woche hat das Robert Koch-Institut Luxemburg zum Corona-Risikogebiet erklärt. Wie ist die Lage in Ihrem Land?

Balling: In Luxemburg kommen auf 100.000 Einwohner derzeit mehr als 50 Neuinfektionen pro Woche. Diesen Grenzwert hat Deutschland als Frühwarnsignal festgelegt. Es lässt sich darüber streiten, ob man die Grenze bei 30, 40, 50 oder 60 Fällen ziehen sollte, da will ich mich nicht einmischen. Prinzipiell ist das Instrument aber sinnvoll. Es soll sicherstellen, dass regionale Ausbrüche die Kapazitätsgrenzen der Gesundheitsämter nicht überschreiten, sodass alle Infektionsketten schnell verfolgt und frühzeitig unterbrochen werden können.

Zur Person



Rudi Balling war bis 2009 wissenschaftlicher Geschäftsführer des Helmholtz-Zentrums für Infektionsforschung in Braunschweig und gründete anschließend das Centre for Systems Biomedicine an der Universität Luxemburg, dessen Direktor er bis heute ist. Er berät die Regierung in Luxemburg in Pandemiefragen.

Foto: scienceRELATIONS

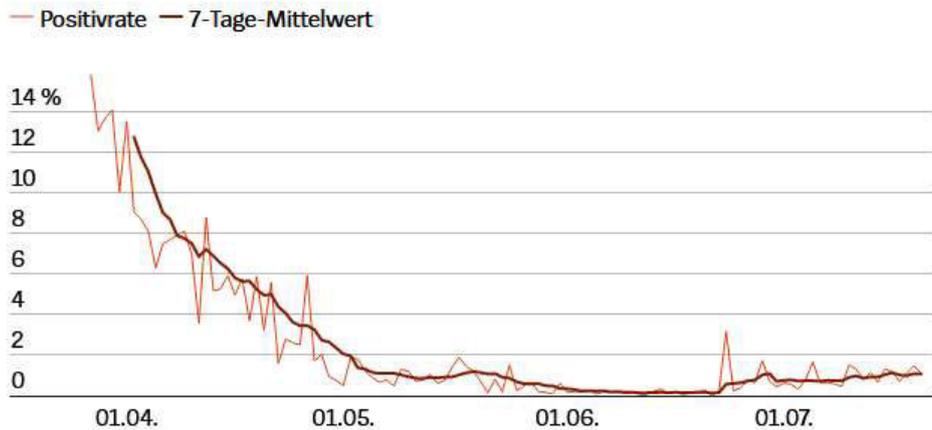
SPIEGEL: Manche Politiker und Einwohner Luxemburgs argumentieren, dass die Anzahl der Neuinfektionen auch deshalb die festgelegte Obergrenze überschreitet, weil [viel getestet](#) wird, und fühlen sich dafür bestraft. Haben sie recht?

Balling: Luxemburg testet gemessen an der Einwohnerzahl so viel wie kein anderes Land in Europa. Ungefähr 13.000 Menschen werden jeden Tag auf Sars-CoV-2 untersucht, bei einer Einwohnerzahl von mehr als 600.000. Auch Grenzgänger aus Frankreich, Belgien und Deutschland werden getestet. Das trägt natürlich dazu bei, dass auch mehr Fälle identifiziert werden. Ich kann deshalb verstehen, dass die Leute frustriert sind.

In einem so kleinen Land wie Luxemburg können diese Fälle entscheidend sein für die Frage, ob die Obergrenze eingehalten wird. Letztlich wächst die Zahl der Neuinfektionen aber auch unabhängig von der hohen Anzahl Tests wieder an, die sogenannte Positivrate steigt. Die Grenze von 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern in sieben Tagen wird mit zuletzt mehr als hundert Fällen deutlich überschritten, positive Tests von Grenzgängern eingerechnet. Das müssen wir genau beobachten und gegensteuern.

Entwicklung der Positivrate in Luxemburg

Anteil der täglich durchgeführten Covid-19 Tests, die positiv ausgefallen sind



Quelle: Lux. Gesundheitsministerium, eigene Berechnung

DER SPIEGEL

SPIEGEL: Fast 200.000 Menschen pendeln jeden Tag nach Luxemburg. Das ist eine große Zahl.

Balling: Ungefähr ein Fünftel der Corona-Tests in Luxemburg entfällt auf Grenzgänger. In dem Fall, dass sich die Infektionszahlen der Obergrenze von 50 in sieben Tagen pro 100.000 Einwohnern gerade so nähern, können sie natürlich entscheidend für die Bewertung der Lage sein. Bei dem aktuellen Wert sind sie es aber wohl nicht.

Manche Politiker argumentieren, dass die Pendler aus der luxemburgischen Statistik herausgerechnet werden sollten. Das ist formell auch richtig, da sie keine Einwohner sind. So eine Diskussion sollte man aber vielleicht besser vorher führen, da sonst der Eindruck geweckt werden könnte, dass Luxemburg seine steigenden Zahlen herunterspielen will. Dies will hier keiner, und es ist in keiner Weise der Fall. Im Gegenteil: Luxemburg ist in vielen Bereichen Vorbild im Umgang mit der Pandemie.

SPIEGEL: Woran machen Sie das fest?

Balling: Der Umfang der Tests und die Art, wie getestet wird, sind zentral, um das Virus einzudämmen. Da handelt die Regierung vorbildlich. Sie hat bereits fast 40 Millionen Euro in Tests, Teststationen und zur Nachverfolgung von Ansteckungsketten investiert. Und weitere Gelder sind bewilligt. Es werden längst nicht mehr nur Menschen mit Symptomen oder Kontakt zu nachweislich Infizierten untersucht, sondern auch große, zufällig ausgewählte Bevölkerungstichproben. Jeder bekommt kostenlos einen Rachenabstrich.

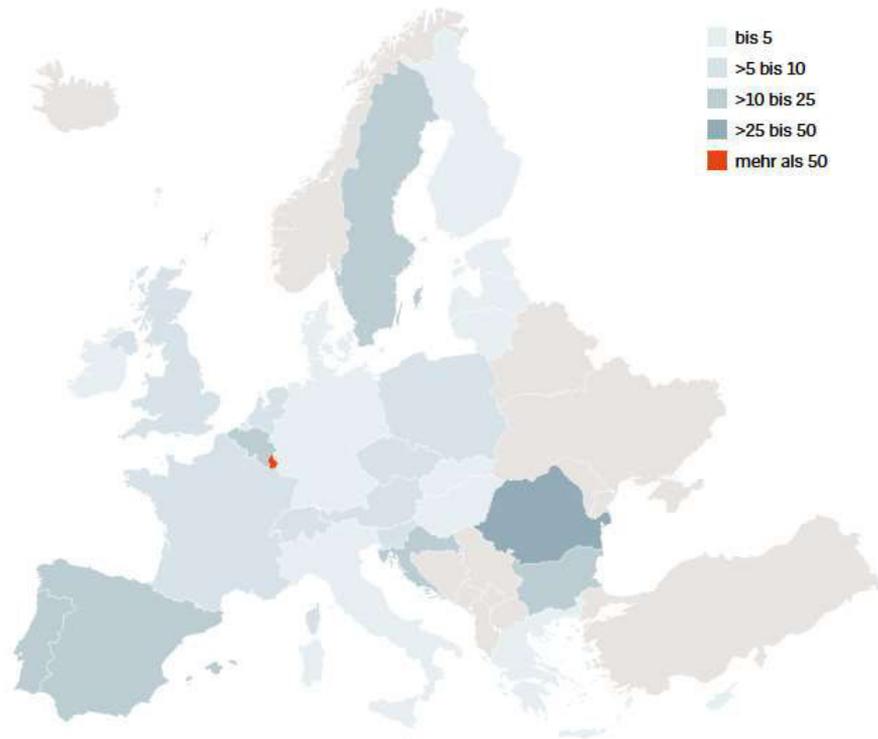
SPIEGEL: Wurden Sie auch schon mal getestet?

Balling: Mehrmals. Zunächst war ich Teil einer zufällig ausgewählten Stichprobe. Ich wurde also angeschrieben und gebeten, mich bei einer Teststation meiner Wahl untersuchen zu lassen. Das zweite Mal ist gerade ein paar Tage her und passierte auf meinen Wunsch.

Ich mache gerade Urlaub in der Eifel. Als Einwohner Luxemburgs konnte ich nur mit negativem Test einreisen oder hätte 14 Tage in Quarantäne gemusst. Beide Tests waren extrem unkompliziert, nach fünf Minuten war ich fertig. Wohl auch deshalb sind in Luxemburg so viele Menschen bereit, sich testen zu lassen.

In Luxemburg ist die Zahl der Neuinfektionen am höchsten

EU-Vergleich. Werte je 100.000 Einwohner in den vergangenen 7 Tagen



Datenstand: 22.07.2020

Source: [European Centre for Disease Prevention and Control](#)

DER SPIEGEL

SPIEGEL: Was bringt es, in so großem Stil Personen ohne Symptome auf das Virus zu untersuchen?

Balling: Wir haben [massiv unterschätzt](#), in welchem Ausmaß Infizierte ohne Beschwerden das Virus weitergeben. Diese Personen findet man nur durch engmaschiges Testen der gesamten Bevölkerung und muss dann versuchen, möglichst viele Kontakte zu identifizieren und die Infektionsketten zu unterbrechen.

Der letzte Schritt ist dabei der entscheidende, sonst bringt auch alles Testen nichts. Was passiert, wenn es nicht gelingt, Ausbrüche zu einem frühen Zeitpunkt einzudämmen, haben wir zuletzt wieder in [den USA gesehen](#). Der Zeitpunkt, den Ausbruch unter Kontrolle zu bringen, wurde verpasst, jetzt breitet sich das Virus wieder exponentiell aus. Da kommt niemand mehr hinterher.

SPIEGEL: In größeren Staaten wie den USA, aber auch Deutschland, dürfte es kaum möglich sein, ständig große Teile der Bevölkerung zu testen.

Balling: Es gibt tatsächlich kaum Staaten, die das in dem Maße umsetzen können wie Luxemburg. Das liegt daran, dass großflächiges Testen ressourcenintensiv ist, es kostet viel Geld, man braucht Personal und gute Logistik. Trotzdem sollte jedes Land so viel testen wie möglich. Beim entscheidenden Punkt, Kontakte von Erkrankten zu identifizieren, hat beispielsweise Deutschland mit der Corona-App ein gutes Instrument geschaffen. Ich bin ein absoluter Befürworter davon.

In Luxemburg gibt es sie leider noch nicht. Dabei wissen die Leute gerade jetzt, wo sie sich wieder recht frei bewegen, oft gar nicht, wem sie alles begegnen. Kontakte zu verfolgen, ist da sehr schwierig. Wenn sich das Virus auch in Europa wieder ausbreitet, und dafür gibt es erste Anzeichen, könnte die App entscheidend zur Eindämmung beitragen.

SPIEGEL: Rechnen Sie mit einer zweiten Corona-Welle in Europa?

Balling: Ob sie kommt, lässt sich nicht sicher sagen. Wir sehen derzeit aber zumindest in vielen Staaten weltweit, dass das Virus so langsam wieder hochkommt. Das betrifft nicht nur Luxemburg. Auch in Deutschland gab es zuletzt Regionen, in denen wieder verstärkt Fälle nachgewiesen wurden, auch in Spanien gibt es neue Ausbrüche. Man könnte sagen: Das Fass läuft gerade tröpfchenweise über.

SPIEGEL: Handelt es sich bei den Beispielen nicht vor allem um regionale Ausbrüche, in Deutschland etwa [in Schlachtbetrieben](#), die vergleichsweise gut unter Kontrolle zu bringen sind?

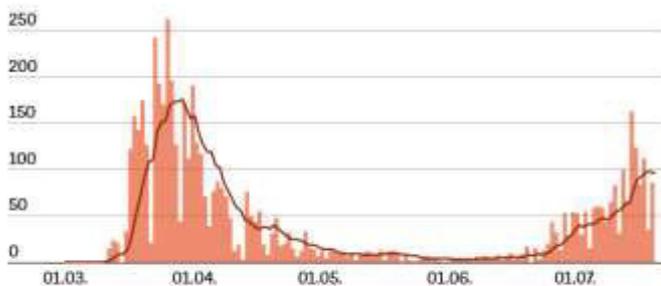
Balling: Die meisten Neuinfektionen gehören zu bekannten, lokalen Ausbrüchen, das ist richtig. Infektionsketten werden derzeit intensiv nachverfolgt und lokal Gegenmaßnahmen getroffen - wie in Deutschland etwa zuletzt in Gütersloh. Auch in Luxemburg finden sich diese sogenannten Cluster. Die Neuinfektionen findet man vor allem in größeren Städten, wo viele Menschen auf engem Raum zusammenwohnen. Noch ist die Lage also unter Kontrolle. Je mehr solcher Cluster es aber gibt, desto eher diffundiert das Virus in breite Bevölkerungsschichten. Dieses Phänomen beobachten wir gerade.

Fall- und Testzahlen im Zeitverlauf

Bestätigte Neuinfektionen | | Tägliche Tests

Zahl der bestätigten Neuinfektionen in Luxemburg

■ tägliche Fälle — 7-Tage-Mittelwert



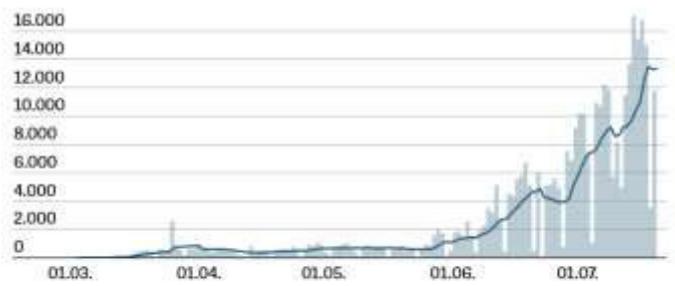
Quelle: Lux. Gesundheitsministerium

Fall- und Testzahlen im Zeitverlauf

Bestätigte Neuinfektionen | | Tägliche Tests

Zahl der täglich durchgeführten Tests in Luxemburg

■ tägliche Fälle — 7-Tage-Mittelwert



Quelle: Lux. Gesundheitsministerium, eigene Berechnungen

SPIEGEL: Wer ist derzeit vor allem vom Virus betroffen?

Balling: Da gibt es große Unterschiede zur Virusausbreitung im März. Damals haben sich die Menschen von sich aus und später auch aufgrund staatlicher Vorgaben stark eingeschränkt und wenige Leute getroffen. Infektionen gab es vor allem in der älteren Generation. Das Durchschnittsalter der Infizierten war sehr hoch.

Dadurch, dass sich die Menschen inzwischen wieder freier bewegen, breitet sich das Virus nun in der jüngeren, arbeitenden Bevölkerung aus. Das sieht man auch in Luxemburg ganz deutlich. Dadurch gibt es zwar weniger schwere Fälle, die jüngere Generation ist aber mobiler und pflegt meist mehr Kontakte. Das Potenzial für Ansteckungen ist also höher.

SPIEGEL: Wie lässt sich ein erneutes Herunterfahren des öffentlichen Lebens verhindern?

Balling: So wie im März wird das, meiner Meinung nach, kein zweites Mal möglich sein. Die Belastung für die Gesellschaft ist zu hoch. Umso wichtiger ist es, dass sich alle weiter an die Hygienevorgaben halten. Diskussionen [über die Maskenpflicht](#) sind fehl am Platz. Bis es eine Impfung gibt, gilt Abstand halten, Maske tragen und Hände desinfizieren. Ich hoffe, dass sich die Menschen wieder vermehrt daran halten, falls die Infektionsrate weiter steigt. Wir haben keine andere Chance.

Wir müssen uns klarmachen, dass wir uns in einer kritischen Phase der Pandemie befinden. Schon bald wird sich zeigen, ob die Zahlen in Europa noch mal so richtig explodieren und wir die Möglichkeit verlieren, Ausbrüche einzudämmen, oder ob wir durch Abstand halten, Maske tragen und viel Testen mit dem Virus fertig werden.

»Stabilisierung auf hohem Niveau«

Sprecher der COVID-19-Taskforce kritisiert Einstufung Luxemburgs als Risikogebiet durch deutsches RKI

Er sei »sehr verhalten optimistisch«, daß Luxemburg die Corona-Lage wieder in den Griff bekomme, sagte der Generaldirektor des Luxembourg Institute of Health (LIH) und Sprecher der Taskforce COVID-19, Prof. Dr. Ulf Nehrbass, im Interview mit der Deutschen Presse-Agentur (dpa). Derzeit würden sich die Zahlen der Neuinfektionen wieder stabilisieren – »wenn auch auf hohem Niveau«. Man sehe sich »auf dem richtigen Weg«, so Nehrbass. Kritik übte der laut dpa »oberste Pandemiebekämpfer des Landes« an der vor zwei Wochen vorgenommenen und weiterhin gültigen Einstufung des Großherzog-

tums als Corona-Risikogebiet durch das deutsche Robert-Koch-Institut (RKI).

Zwar sei die vom RKI festgelegte Schwelle von 50 bestätigten Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb der letzten sieben Tage in Luxemburg zuletzt überschritten worden, doch hingen die hohen Zahlen auch damit zusammen, daß hierzulande flächendeckend getestet werde, gab Prof. Nehrbass zu bedenken. Außerdem handle es sich bei 18 Prozent der hierzulande entdeckten Neuinfektionen um Grenzgänger aus den drei Nachbarländern. Von den bis Montagabend 400.903 durch-

geführten Tests habe es sich nur bei 322.996 Testpersonen um Einwohner gehandelt, 77.907 Getestete seien Grenzgänger gewesen. Auch bei den 6.321 bestätigten Infektionen habe es sich in 1.158 Fällen um Nichtansässige gehandelt.

Derweil hat Prof. Dr. Rudi Balling, der Gründungsdirektor des Luxembourg Centre for Systems Biomedicine an der Universität und Mitglied der Taskforce »Research Luxembourg«, die die Regierung in der Pandemiebekämpfung berät, den Anstieg der Neuinfektionen »natürlich alarmierend« genannt. Die Frage, ob sich die Situation weiter verschärfe, lasse sich aber im Moment

nicht mit Sicherheit beantworten. »Es kann in beide Richtungen gehen«, sagte der Biomediziner dpa. Eine akute Gefährdung der Nachbarländer sei aber »unwahrscheinlich«. Ein Anstieg der Neuinfektionen werde derzeit in vielen Ländern beobachtet, nicht nur in Luxemburg, unterstrich Prof. Balling. »Man könnte sagen: Das Faß läuft gerade tröpfchenweise über.« Wichtig sei, die Ursachen für den jetzt wieder zu beobachtenden Anstieg der Neuinfektionen zu identifizieren.

Die Einstufung durch das RKI mache Luxemburg zu schaffen, erklärte Prof. Nehrbass. »Was uns trifft, ist, wie unreflektiert das geschehen ist. Ohne Nachfrage, ohne Diskussion und völlig unvermittelt.«

oe/dpa

Leitartikel

Vorreiter statt Buhmann

Von Diane Lecorsais

Kontakt: diane.lecorsais@wort.lu

Dein Test, unser Sommer: Der Slogan, mit dem die erste Phase des Large Scale Testing, die heute in die Verlängerung geht, gefördert wurde, stimmte hoffnungsvoll und zuversichtlich. Ja, er war sogar richtig gut. Indem sich möglichst viele Menschen testen lassen, sollten Infektionsketten früh erkannt, mithilfe des Contact tracing durchbrochen und den Menschen so doch noch zu einem entspannten Sommer verholfen werden. Doch die Testaktion war kaum richtig angelaufen, da braute sich, unabhängig davon, längst wieder was zusammen. Trotzdem ist großflächiges Testen zurzeit der einzig zielführende und vernünftige Weg.

Ja, Luxemburg sitzt in der „Vakanz doheem“ und gerät international zunehmend in Bedrängnis. In mehreren Ländern befindet sich das Großherzogtum aufgrund der steigenden Infektionszahlen auf sogenannten Risikolisten, in einigen Bundesländern sowie in der Schweiz beispielsweise müssen Reisende aus Luxemburg gar in Quarantäne. Selbst die „Marie-Astrid“ verkehrt inzwischen nur noch in hiesigen Gewässern. Die Kriterien, zum Beispiel in Deutschland, sind klar: Kommen auf 100 000 Einwohner binnen einer Woche mehr als 50 Neuinfizierte hinzu, gilt das Land als Risikogebiet. Werte, die Luxemburg mit deutlich mehr als 500 ansässigen Neuinfizierten in der vergangenen Woche sowie in der Woche davor klar und bei Weitem überschritten hat. Dass diese Fälle zum Teil nur entdeckt wurden, weil das Großherzogtum so viel testet, und andere Länder womöglich ähnliche oder sogar noch höhere Zahlen aufweisen würden, wenn sie ebenfalls

großflächig testeten, mag zwar durchaus stimmen – es ändert aber nichts an der Tatsache, dass das Virus weiterhin stark grassiert und droht, sich bei einer steigenden Zahl an Bewegungen und Kontakten wie bei der ersten Welle zu verbreiten.

Weniger Tests gleich weniger Fälle – das einst auch vor US-Präsident Donald Trump angeführte „Argument“, das hierzulande von Kritikern gerne aufgegriffen wird, ist ein unsinniger Trugschluss. Hinzu kommt, dass die meisten Neuinfizierten eben gerade nicht durch das Large Scale Testing ermittelt werden: Wie Gesundheitsministerin Paulette Lenert vergangene Woche erläuterte, verspürten 65 Prozent der Neuinfizierten Symptome und ließen sich deshalb testen. Das großflächige Testen machte vom 13. bis zum 19. Juli zwar 76 Prozent der Tests aus, doch wurden nur 13 Prozent der Neuinfizierten auf diesem Weg ermittelt. Diese Fälle, die ansonsten vielleicht unentdeckt geblieben wären, konnten dafür aber isoliert und ihre Kontakte ermittelt werden. Denn selbst wenn Betroffene keine Symptome verspüren, riskieren sie, das Virus ungewollt und gerade auch an gefährdete Personen weiterzugeben.

Nicht wissen wollen, wo sich das Virus herumtreibt, wäre nicht nur verantwortungslos und egoistisch, sondern schlicht fahrlässig. Testen ist – neben dem Einhalten der Covid-Regeln und der Gestes barrières – ungeheuer wichtig und richtig! Eine Botschaft, die die Regierung in aller Deutlichkeit vermitteln muss, im Inland wie im Ausland. Auch wenn das Großherzogtum vorübergehend zum Buhmann wird: Sein Sonderweg ist ein großes Privileg. Luxemburg verschließt seine Augen nicht, sondern schaut ganz genau hin. Und das ist gut so!

*Nicht wissen zu
wollen, wo sich
das Virus
herumtreibt,
wäre
fahrlässig.*

Einfältige Einstufung

„2 mal 3 macht 4 – widdewiddewitt und 3 macht 9e! Ich mach' mir die Welt – widdewidde wie sie mir gefällt.“ Der Text zum Gassenhauer der Kinderbuchfigur Pippi Langstrumpf erlangt in Corona-Zeiten ungewohnt viel an Aktualität. Denn viele – egal ob Belgien, die Schweiz oder das deutsche Robert Koch-Institut (RKI) – mutieren zu einer Art „Graf Zahl“ der Pandemie und maßen sich die Deutungshoheit der Luxemburger Zahlen in Sachen Corona-Neuinfektionen an. Das Problem: Sie sind auf einem Corona-Auge blind. Natürlich sind die Luxemburger Zahlen nicht zu beschönigen und es ist in den letzten Wochen zu einer steigenden Zahl von Neuinfektionen gekommen. Daran gibt es nichts zu rütteln. Aber diese nackten Zahlen reichen als Erkenntnis nicht aus, um die Lage der Pandemie hierzulande richtig einzustufen zu können.

Ein zweiter Parameter – nämlich die Anzahl an durchgeführten Tests – spielt eine gewichtige Rolle, um sich ein unverfälschtes Bild zu verschaffen. Leider scheint in einer Welt voller Pandemie-News der gesunde Menschenverstand schnell auf dem Thron des vermeintlichen Schutzes der eigenen Bevölke-

rung geopfert. Anders ist das Einstufen Luxemburgs von verschiedenen Ländern als Corona-Risikogebiet nämlich nicht zu erklären. Aber Butter bei die Fische: Hierzulande – und das dürfte mittlerweile jeder mitbekommen haben – wird massiv getestet und vergleichsweise viel mehr als in den Ländern, die Luxemburg anprangern. Bis letzten Freitag wurden insgesamt 375.256 Tests hierzulande durchgeführt. 303.951 bei Einwohnern und 71.305 Grenzgängern. In Deutschland, als Gegenbeispiel, wurden bislang knapp 6,4 Millionen Tests durchgeführt, bei einer Bevölkerung von 83,2 Millionen Einwohnern. Rechnet man die Anzahl der Tests auf die Gesamtbevölkerung hoch, testet Luxemburg also fast sechsmal mehr als Deutschland. Belgien und Schweiz testen noch weniger.

In Deutschland werden die Stimmen gegen die Entscheidung des RKI, Luxemburg als Risikogebiet einzustufen, lauter. Joachim Streit, Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm und Spitzenkandidat der Freien Wähler Rheinland-Pfalz, hat sich zum Beispiel in einem offenen Brief an das RKI und an den deutschen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn gewandt, wo er unter anderem folgendes

präzisiert: „In der letzten Woche testeten die Luxemburger an einem Tag 12.144 Personen, davon waren 163 mit COVID-19 infiziert. In der Relation ist es 1,34 Prozent. Ein Wert, der im Rahmen der normalen Parameter liegt. Wir zählen im Eifelkreis seit März 231 Infizierte bei 5.400 Getesteten, haben also eine Relation von 4,28 Prozent.“ Man könne Luxemburg nicht nach „normalen deutschen Testmaßstäben“, betrachten argumentiert der Landrat weiter.

Auch wenn davon auszugehen ist, dass dieser Brief wenig am Umgang mit Luxemburg ändern wird, so zeigt er zumindest, dass die Luxemburger Strategie mit flächendeckenden Tests auch Anklang findet. Luxemburg geht in Sachen Krisenbewältigung einen Sonderweg, genau wie Schweden. Die Luxemburger Variante ist aber eine weitaus weniger risikofreudige, und das kann man eigentlich nur begrüßen. 📧

Rechnet man die Anzahl der Tests auf die Gesamtbevölkerung hoch, testet Luxemburg fast sechsmal mehr als Deutschland.

Asselborn warnt vor „Schikanen“ durch Coronatest-Kontrollen

BOTSCHAFTER EINBESTELLT Deutschland: „Keine Kontrolle geplant“

Frank Goebel

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn hat sich zur in Deutschland diskutierten Einführung einer Testpflicht für Einreisende aus „Risikogebieten“ geäußert. Er befürchtet, dass an den Landesgrenzen entsprechende Kontrollen gemacht werden, die einer erneuten Grenzschließung gleichkämen.

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn hat sich zur in Deutschland beschlossenen Einführung einer Testpflicht für Einreisende aus „Risikogebieten“ geäußert – beziehungsweise seine Kritik daran wiederholt, dass das Großherzogtum überhaupt als „Risikogebiet“ eingestuft wird. Zunächst hatte Asselborn den deutschen Botschafter Heinrich Kreft zu einem Gespräch einbestellt, wie aus einer Mitteilung des Außenministeriums vom Mittwoch hervorgeht.

Asselborn habe im Gespräch mit dem Botschafter „betont, wie wichtig es sei, die vom Robert-Koch-Institut für Luxemburg angegebenen Zahlen in ihrem Kontext zu sehen.“ Durch die Massentests erfasse man „viele asymptomatische Fälle, die andernfalls nicht ermittelt würden“. Zudem würden ja rund 200.000 Grenzgänger mitgetestet. Asselborn habe gegenüber dem deutschen Botschafter die Hoffnung ausgedrückt, dass die deutsche Bundesregierung die Besonderheiten der Situation in Luxemburg berücksichtigen werde. „Wir müssen diese Krise gemeinsam bewältigen und eine weitere Beeinträchtigung der grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit in der Grenzregion vermeiden“, zitiert die Mitteilung aus dem Außenministerium den Minister. Dies gelte „insbesondere

nach dem 16. Mai, als Bundesaußenminister Heiko Maas und meine Wenigkeit zusammen in Schengen die damaligen Grenzbeschränkungen feierlich für beendet erklärt hatten“.

In einem dem Treffen mit dem Botschafter folgenden Gespräch mit RTL erklärte Asselborn, er habe Verständnis dafür, dass die Deutschen „kontrollieren wollen, was von den Ballermännern reinkommt“ – gleichzeitig müsse man aber schauen, dass man keine „Kollateralschäden“ abbekomme. Jeder Entschluss, eine Grenze „de facto“ zu schließen, sei eine politische – und man hoffe auf entsprechenden Respekt aus Deutschland. „Es geht nicht darum, dass die Deutschen sagen, wir machen Grenzkontrollen“, sagt Asselborn, denn der von ihm befürchtete Eingriff sei eigentlich noch problematischer: Wenn die Polizei „wieder in Wasserbillig steht und jeden anhalten und fragen kann, ob er einen Test gemacht hat“, bekomme man wieder Probleme wie „Staus und andere Schikanen“, sagte Asselborn im Radio.

Prinzipiell fahre man derzeit schon „mehr schlecht als recht“ mit der Regelung, wonach die Durchreise durch Deutschland gestattet ist sowie die Einreise für Berufspendler, während für alle sonstigen Einreisen ein aktueller negativer Coronatest mitgeführt werden muss.

„Angenehmes Gespräch zu unangenehmem Thema“

Botschafter Heinrich Kreft erklärt auf Anfrage des *Tageblatt*, dass er „ein sehr angenehmes Gespräch“ mit dem Außenminister geführt habe – auch wenn das Thema des Treffens natürlich nicht so angenehm gewesen sei. Derzeit sei er dabei, das Treffen

für einen Bericht nach Berlin zusammenzufassen. Allgemein könne er natürlich nur Ansichten weitergeben, selber aber keine Empfehlungen erteilen – also etwa darüber, ob man den statistischen Effekten durch das Large Scale Testing nicht größere Beachtung schenken müsse in Deutschland. Umso mehr sei er aber dafür, dass Experten auf Augenhöhe direkt miteinander sprechen. Wenn Luxemburg, das ja derzeit deutlich über den Grenzwerten des Robert-Koch-Instituts liege, glaube, dass durch die Massentests ein falscher Eindruck entstehe, müsse dies eben auf der Experten-Ebene glaubhaft gemacht werden.

Bei vollem Verständnis für die grundsätzlichen Sorgen in Luxemburg hält der Botschafter gleichzeitig Kontrollen auf das Vorhandensein eines Coronatests an den Grenzübergängen für „sehr unwahrscheinlich“.

Das genaue Vorgehen in puncto Testpflicht für Einreisende aus Risikogebieten soll am kommenden Montag festgelegt werden, unter Einbeziehung der Verantwortlichen der einzelnen Bundesländer. Zwar hat der bayerische Ministerpräsident Söder Testzentren auch an den bayerischen Landesgrenzen angekündigt – allerdings nur, um dort freiwillige Tests anzubieten.

„Keine Kontrollen vorgesehen“

Eine Sprecherin des rheinland-pfälzischen Innenministeriums erklärt auf Anfrage des *Tageblatt* jedenfalls, dass das Land solche Kontrollen nicht wolle: „Wir haben uns immer für einen freien Grenzverkehr eingesetzt“, heißt es aus Mainz. Tatsächlich, so die Sprecherin, sehe es so aus, dass die vom Bund be-

schlossenen Maßnahmen (das Testen bei Einreise) „primär Flughäfen betreffen sollen“. Pläne über entsprechende Kontrollen an Landesgrenzen, welche die faktische Wiedereinführung von Einreisekontrollen darstellen würden, seien nicht bekannt.

Dass solche nicht vorgesehen seien, erklärt auch das Bundesinnenministerium: „Flächendeckende und lückenlose Kontrollen an den Grenzen sind nicht geplant“, erklärt eine Sprecherin gegenüber dem Tageblatt – und weiter: „Die operative Ausgestaltung der Stichprobenkontrollen nach Einreise wird innerhalb der Bundesregierung sowie mit den Ländern derzeit abgestimmt.“

Botschafter Kreft denkt, dass man bei etwaigen stichprobenartigen Kontrollen ohnehin ganz andere Nationalitäten im Fokus habe als die Luxemburger: Es ginge hier sicher eher um Rückkehrer aus südlicheren Ländern, bei denen die Sorge bestehe, dass durch sie das Virus massenhaft wieder eingeführt werden könnte. Kontrollen an Straßen würden sicherlich entsprechend auch eher vor allem Reisebusse betreffen, die aus solchen Ländern kommen.

Obgleich er eigentlich keine Empfehlungen aussprechen wollte, bricht er doch eine Lanze für Luxemburg: „Vielleicht wäre es ja doch sinnvoll, nicht das ganze Land zu betrachten, sondern

eher die Kantone.“

Der Landrat von Bitburg-Prüm, Joachim Streit, hatte kürzlich im Gespräch mit dem Tageblatt ebenfalls angeregt, auf deutscher Seite nur betreffende Kantone in Luxemburg als Risikogebiete einzustufen, da dies analog zum Vorgehen innerhalb Deutschlands wäre, wo man sich an den Landkreisen orientiert.

Ansonsten erinnert der Botschafter daran, dass es sogar innerhalb Deutschlands Einschränkungen und Reiseverbote gebe, wodurch beispielsweise den Einwohnern des Landkreises Gütersloh die Bewegungsfreiheit genommen worden sei: „Deutschland hat ja hier keine Lex Luxemburg aufgelegt.“

Deutscher Botschafter einbestellt

Es kommt eher selten vor, dass das luxemburgische Außenministerium einen Botschafter aus einem Nachbarland einbestellt. Gestern musste allerdings der deutsche Diplomat Heinrich Kreft Außenminister Jean Asselborn (LSAP) einen Besuch abstatten, dies weil

das deutsche Robert-Koch-Institut Luxemburg wegen der steigenden Zahl der Neuinfektionen als Corona-Risikoland eingestuft hat. Asselborn hat für die Luxemburger Bürger Ausnahmen bei der möglichen Einführung einer Corona-Testpflicht in Deutschland gefordert. Er hoffe, dass die Bundesregierung die Besonderheiten der luxemburgischen Situation bei ihrer

Einschätzung berücksichtigen werde, teilte der Minister nach dem Treffen mit: „Wir müssen diese Krise gemeinsam bewältigen und eine weitere Beeinträchtigung der grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit in der Grenzregion vermeiden“, sagte Asselborn. Er betonte erneut, dass die vom Robert-Koch-Institut für Luxemburg angegebenen Zahlen in ihrem Kontext zu sehen sind. Im Zeichen des

Large Scale Testing erfasst das Großherzogtum viele asymptomatische Fälle, die andernfalls nicht ermittelt würden. Auch die fast 200 000 Grenzgänger werden systematisch zum Test eingeladen. Asselborn hofft nun, dass Berlin die Besonderheiten der Situation in Luxemburg bei seiner Einschätzung berücksichtigen wird. C.

Neue Prozedur für einen Covid-19-Test vor Auslandsreise

Durch die Einstufung Luxemburgs als Risikogebiet von verschiedenen Ländern hatten einige Einwohner des Großherzogtums plötzlich Probleme, ihren gebuchten Urlaub auch anzutreten. Die luxemburgische Regierung hat deshalb seit dem 17. Juli den Menschen, die auf einen negativen Corona-Test für eine Reise ins Ausland angewiesen sind, angeboten, sich vor dem Antritt ihrer Reise testen zu lassen. Dafür mussten die Urlauber sich nur vorher anmelden. Der Test selbst wird in einer Drive-in-Station durchgeführt. Das Ganze passiert im Rahmen des Large Scale Testing in Luxemburg.

Etwas über 11.000 Anfragen für einen solchen Test wurden bislang gestellt. Einige Anträge wurden laut Gesundheitsministerium aber auch für Reisen in Länder gestellt, in denen man keinen Negativ-Bescheid vorlegen muss. Das aktuelle System soll noch für bis zum 2. August gebuchte Reisen gelten. Ab dann soll eine einfachere und schnellere Prozedur kommen. Das bestätigte uns das Gesundheitsministerium auf Nachfrage.

Anders läuft es bei beruflichen Reisen. Hier muss man seinen Antrag auf einen Corona-Test über das Mittelstandsministerium stellen.

Von 20 auf zehn

Covid-19: Regierungsrat beschließt neue Restriktionen und will sensibilisieren

Luxemburg. Angesichts der steigenden Covid-19-Neuinfektionen in den vergangenen Wochen hatte Premierminister Xavier Bettel (DP) für den gestrigen Sonntag einen außerordentlichen Ministerrat angesetzt. Gemeinsam mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) stellte er im Anschluss die neuen Maßnahmen vor, die aufgrund der festgestellten Phänomene beschlossen wurden. „Die Situation ist noch zu meis-

tern, aber wir müssen schauen, die Zahl der Neuinfektionen wieder zu senken“, sagte Bettel.

Hauptpunkt ist eine Reduzierung der Personenzahl von 20 auf zehn, die zusätzlich zu den Bewohnern privat in einem Haus empfangen werden dürfen. „Das gilt für drinnen und draußen im Garten.“ Es werden auch Sanktionen für die positiv getesteten Personen eingeführt, die sich nicht an die verordnete Quarantäne halten.

„Es ist Egoismus, sich nicht daran zu halten“, betonte Bettel. „Viele haben die Distanzregeln, die goldene Regel, nicht verstanden oder vergessen“, sagte Lenert. „Es entstand der Eindruck, wenn weniger als 20 Personen zusammen sind, könne man sich auch näher kommen.“ Das habe man durch die Tracing-Gespräche herausgefunden.

Zudem soll verstärkt in kommunalen und nationalen Kampagnen und in der Arbeitswelt sen-

sibilisiert werden. Dort werden auch die Kontrollen erhöht und Betriebe verstärkt auch vom Mittelstandsministerium sanktioniert. „Betriebe, die sich nicht an die Regeln halten, müssen Hilfe zurückzahlen oder bekommen keine.“ Heute werden die Maßnahmen eingereicht. „Wir hoffen, dass es ganz schnell durch den Staatsrat und das Parlament geht“, meinte Bettel, der für die Sitzung am späten Abend extra aus Brüssel vom EU-Gipfel angereist kam und dann dorthin zurückkehrte. *wel*

Santé - Luxembourg

Ein Schritt zurück

Neue Corona-Einschränkungen sollen Welle an Neuinfektionen abbremsen

Luxemburg. Wenn alles klappt, hat Luxemburg Ende der Woche sein drittes Covid-Gesetz. Der 32-seitige Gesetzentwurf mit den neuen, am Sonntag vorgestellten Maßnahmen wurde gestern im Parlament eingereicht und dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt. Er sieht neue Restriktionen und Sanktionen vor. Heute kommt der parlamentarische Gesundheitsausschuss zusammen, um über die Änderungen zu beraten. Die neuen Maßnahmen sollen der steigenden Zahl von Neuinfektionen Rech-

nung tragen. Gestern meldete die Santé mit 35 vergleichsweise wenig neue Fälle. Die sind allerdings auch auf weniger Tests, nämlich 3 866, zurückzuführen.

Die neuen Restriktionen betreffen vor allem den privaten Bereich. Dort sollen zusätzlich zu den Mitgliedern eines Haushalts nur noch maximal zehn Personen zusammenkommen dürfen. Zudem sollen künftig jene Infizierten bestraft werden, die sich nicht an auferlegte Quarantäne halten. Ihnen drohen Bußgelder zwischen 25 und

500 Euro. Tatsächlich ist ein Teil der vielen Neuinfektionen darauf zurückzuführen, dass Infizierte trotz Quarantänpflicht mit anderen Personen in Kontakt waren. Laut Gesundheitsministerin Paulette Lenert hielt sich jeder Zehnte nicht an die Quarantäneregeln.

Derweil sorgt die vergangene Woche veröffentlichte Karte mit den Neuinfektionen pro Kanton weiter für Kritik. Kommunalpolitiker fürchten eine Stigmatisierung einzelner Regionen. *mig/g*

Luxemburger Wort du 21.07.2020 / page 1

Santé - Luxembourg

Neue Restriktionen und Sanktionen

Parlamentarischer Gesundheitsausschuss befasst sich mit Änderungen zum Covid-Gesetz

Von Michèle Gantenbein

Wegen der beunruhigenden Infektionslage mit über 100 Neuinfektionen pro Tag hat die Regierung am Sonntag neue Restriktionen und Sanktionen (siehe Kasten) beschlossen. Damit will sie den Druck auf die Menschen, sich vorsichtig zu verhalten, erhöhen, nachdem festgestellt worden war, dass Empfehlungen und Ermahnungen allein nicht reichen.

Die Regierung hat den 32-seitigen Gesetzentwurf gestern eingereicht und dem Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt, wie der Vorsitzende der Santé-Kommission, Mars Di Bartolomeo (LSAP), er-

klärte. Die wichtigsten Punkte sind die Zehn-Personen-Beschränkung bei Privatfeiern, die Sanktionen bei Missachtung der Isolierungs- und Quarantäneregeln, die Ausschließung von staatlichen Hilfen für Betriebe, die sich nicht an die Regeln halten sowie die dreimonatige Schließung von Horeca-Betrieben im Wiederholungsfall.

Zweierlei Maß

Auf Nachfrage sagte Marc Baum (Déi Lénk), er spreche sich dafür aus, bezüglich der Sanktionierung einen Unterschied zu machen zwischen isolierten, weil positiv getesteten Personen, und Personen, die nicht positiv getestet wurden,

sich aber wegen des Kontakts zu einem Infizierten präventiv in Quarantäne befinden. „Es macht einen großen Unterschied, ob ich als Infizierter die Regeln missachte und bewusst riskiere, andere anzustecken, oder ob ich als nicht positiv getestete Person die Quarantäneregeln missachte“, sagte Baum.

Sven Clement (Piraten) hat nach wie vor ein Problem mit dem Eingriff in die Privatsphäre und der Frage, wie Zuwiderhandlungen kontrolliert werden sollen. Er kann auch nicht nachvollziehen, „wieso die Regierung die Empfehlungen der Covid-19-Taskforce nicht be-

rücksichtigt“. Um die Welle (200 Neuinfektionen täglich) möglichst niedrig zu halten, empfiehlt die Taskforce in ihrem am Sonntag veröffentlichten Dokument eine Kombination aus Heimarbeit, einer Steigerung der Tracing-Kapazität auf 120 Fälle pro Tag und einer Reduzierung privater Events um 80 Prozent.

Das Gesetz könnte bereits am Donnerstag vom Parlament verabschiedet werden. Sollte dies nicht klappen, kommt das Parlament zu einer zusätzlichen Plenarsitzung am Freitag oder Samstag zusammen.

Die neuen Maßnahmen im Überblick

- Private Einladungen sind auf zehn (derzeit 20) Personen begrenzt, zusätzlich zu den Personen, die im Haushalt leben.
- Im öffentlichen Raum gilt eine Sitzpflicht für Ansammlungen ab zehn Personen. Wenn die Distanz von zwei Metern nicht eingehalten werden kann, muss ein Mundschutz getragen werden.

- Neu: Wer gegen die Isolierungs- oder Quarantäneregeln verstößt, muss künftig mit einer Geldstrafe zwischen 25 und 500 Euro rechnen.
- Die Regierung möchte auch schärfer gegen Betriebe vorgehen, die sich nicht an die Regeln halten. Sie müssen mit Geldstrafen von 4 000 Euro rechnen, 8 000 Euro sind es im Wiederholungsfall. Neu: Schlimmstenfalls

droht eine Schließung während drei Monaten.

- Neu ist auch, dass Betriebe, die staatliche Hilfen beanspruchen, von den Hilfen ausgenommen werden beziehungsweise sie zurückzahlen müssen.
- Die Kontrollen von Polizei und Gewerbeaufsicht werden verstärkt.
- Die Regierung setzt zudem auf Sensibilisierung, über Medienkampagnen, die Betriebe und die Vereine.

Luxemburger Wort du 21.07.2020 / page 2

„Es bleibt spannend“

CORONA-KRISE Regierung kündigt zusätzliche Maßnahmen an

Tom Haas, Jessica Oé

Keine Treffen mehr zu mehr als zehn Menschen, strengere Strafen für Betriebe, die gegen die Corona-Regeln verstoßen und eine strafbewehrte Quarantäne: Das sind die neuen Maßnahmen, die Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert am Sonntagabend ankündigten.

Nur bis zu zehn Menschen dürfen künftig in einem Privatzuhause zusammenkommen, egal ob in einem Raum oder draußen im Garten – zuzüglich der Bewohner, versteht sich. Das kündigten Premierminister Xavier Bettel und Gesundheitsministerin Paulette Lenert am Sonntagabend auf einer Pressekonferenz nach dem besonderen Regierungsrat an. Wegen der steigenden Infektionszahlen der letzten Wochen sah sich die Regierung gezwungen, die neuen Maßnahmen zu ergreifen. Die gleiche Beschränkung der Personenzahl gelte natürlich auch für Versammlungen im öffentlichen Raum. Außerdem sollen die Kontrollen verstärkt werden und die Bevölkerung wieder an die „gestes barrières“ erinnert werden.

Auch die Nichteinhaltung der Quarantäne soll nun mit Bußgeldern geahndet werden. Dadurch dass sich die Menschen in Luxemburg nicht mehr an die Distanz- und Hygieneregeln halten und sich wieder vermehrt sehen, seien die Infektionszahlen wieder angestiegen, erklärte Gesundheitsministerin Paulette Lenert. „Entweder wurden die Regeln nicht verstanden oder während der Wochen mit niedrigen Infektionszahlen vergessen“, sagte Lenert. Bei etwa 10 Prozent der Tracing-Telefonate würden die Neuinfizierten angegeben, „eben nur kurz“ mal vor die Tür gewesen zu sein – obwohl sie

sich in Quarantäne befanden.

Der Glaube an die Vernunft bleibt bestehen

Xavier Bettel wurde indes nicht müde, auch auf Nachfrage des *Tageblatt* hin, zu betonen, dass der Regierung nicht daran gelegen sei, Denunziantentum zu fördern oder die Polizei in Privatwohnräume eindringen zu lassen. „Die Polizei könne aber draußen warten und zählen, wie viele Menschen herauskommen.“ Seien es mehr als zehn, könne sie dann ein Bußgeld verteilen. Trotzdem setzt der Premier immer noch auf die Solidarität und Verantwortung der Bürger. „Gitt iech keng sichen“, mahnte der DP-Politiker. Jeder, der sich nicht an die Regeln halte, bringe automatisch alle anderen Menschen in Gefahr.

Die Hauptstrategie der Regierung bleibt somit weiterhin Aufklärung und Sensibilisierung. Die Minister kündigten eine Kampagne an, die neben den Medien auch über die Gemeinden, Betriebe und Vereine laufen soll. „Wir haben offensichtlich nicht alle Menschen erreicht.“ Diesem Problem soll nun Abhilfe geschaffen werden.

Trotzdem sollen auch die Kontrollen verstärkt werden, sowohl von der Polizei als auch von anderen Kontrollorganen wie der „Inspection du travail et des mines“. Betriebe, die gegen die Regeln verstoßen, sollen künftig strenger bestraft werden – bei wiederholten Verstößen droht eine Rückforderung gewährter Corona-Beihilfen sowie ein dreimonatiger Entzug der Handlungsgenehmigung. Lenert betonte indes, dass die Hauptinfektionsherde immer noch im Privaten liegen.

Engpässe beim Tracing

Dass es zu Engpässen beim Tracing kommen würde, stritt Lenert ab. Man sei zwar „am Limit“, doch noch würde es funktionieren. Man habe allerdings festgestellt, dass der Altersdurchschnitt der Neuinfizierten deutlich niedriger als noch zu Beginn bei der Corona-Krise liege. Dadurch sei die Lage im Gesundheitswesen nicht ganz so angespannt wie zu Beginn der Pandemie. Mitte vergangener Woche habe es kurzzeitig den Anschein gehabt, als sei das Tracing nicht mehr möglich. Das Personal werde indes aufgestockt – sowohl im Bereich des Tracing als auch bei den Kontrollen im Allgemeinen. „Es bleibt spannend“, meinte die Gesundheitsministerin mit Blick auf die zukünftige Entwicklung.

Für Xavier Bettel war es ein stressiger Tag. Erst verhandelte der Premierminister in Brüssel über das sogenannte Wiederaufbaupaket, dann eilte er für den Regierungsrat zurück nach Luxemburg. Man sei „alarmiert“ gewesen über die steigenden Infektionszahlen. Die nun beschlossenen Maßnahmen habe man nach „eingehender Prüfung der Daten“ getroffen.

Die Entscheidungen würden heute der Chamber vorgelegt werden. Man hoffe auf einen schnellen legislativen Prozess, da die Regierung nun nach dem Ausnahmezustand nicht mehr im Alleingang entscheiden könne. Doch nun zu handeln, sei dringend nötig.

Ein Zurück in den Lockdown wolle man in Luxemburg unbedingt vermeiden, betonten Bettel und Lenert. Die Gastronomiebranche und das alltägliche Leben sollen weitergehen dürfen. „Wir wollen das Stück Normalität behalten, das wir jetzt haben.“

An einem Strang

Kommunen in der deutsch-luxemburgischen Nachbarschaftsregion bringen sich gemeinsam in Stellung

NITTEL
LJ

Sie hatten immer wieder gemeinsam Druck gemacht für die Aufhebung der Grenzschießungen im Zuge der Corona-Pandemie: die Gemeinde links und rechts von Mosel und Sauer. Vor kurzem trafen sich nun zum ersten Mal Vertreterinnen und Vertreter von 19 luxemburgischen und deutschen Kommunen - von Bërdorf und Bollendorf im Norden bis Schengen und Perl im Süden - zu einem grenzüberschreitenden Austausch im Moselort Nittel. Eingeladen hatten die LEADER-Regionen Miselerland, Moselfranken, Mëllerdall und Merzig-Wadern. Mit dabei waren zum ersten Mal auch Vertreter aus der LEADER-Region Bitburg-Prüm.

Gut vernetzt viel bewegen

Die LEADER-Regionen kooperieren schon seit mehreren Jahren in vielen Projekten miteinander und fördern damit aktiv den Austausch und die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Vor allem die Arbeitsgruppen, die u.a. zu den Themen Mobilität, Weiterführende Schulen, Jugendarbeit und Tourismus ins Leben gerufen wurden, haben sehr dazu beigetragen, dass sich die jeweiligen Akteure grenzübergreifend besser kennenlernen und mehr austauschen. Daraus hat sich eine Eigendynamik entwickelt, aus der wiederum neue Ideen und Projekte entstanden sind.

Bei dem Treffen in Nittel wurde vielfach positiv hervorgehoben, dass die Kontakte mittlerweile mehr als eng geworden sind. Monique Hermes, Schöffin aus Grevenmacher drückte es ganz klar aus: „Wir leben miteinander!“ Und Daniela Schlegel-Friedrich, Landrätin des Landkreises Merzig-Wadern sah in der „Grenzlage ohne Grenze“ den Attraktivitätsfaktor der Region. Die LEADER-Regionen mit ihren gut vernetzten Regionalmanagements stellen hierzu schon heute ein wichtiges Instrument dar,

das in Zukunft auch noch stärker für die grenzübergreifende Vernetzung der Kommunen eingesetzt werden kann und soll.

„Die offene und fruchtbare Diskussion in Nittel hat gezeigt, dass die Zielrichtung der Kommunen die Gleiche ist: Stärkere Vernetzung, kompakteres Auftreten als EINE Region, schlagkräftige Formulierung der gemeinsamen Bedarfe an die höheren Stellen, z.B. in Mainz, Luxembourg oder Berlin“, heißt es in einer Pressemitteilung. Gerade die Corona-Krise habe gezeigt, „dass die Region eine gemeinsame Sprachrohrfunktion braucht, die - nicht nur „wenn es brennt“ - schnell und wahrnehmbar mit einer gemeinsamen Stimme sprechen kann“.

Auf welche Weise diese Vernetzung - auch gegebenenfalls über LEADER hinaus - neu aufgestellt werden kann und, ob es zum Beispiel ein neues Gremium oder zusätzliche Strukturen dazu braucht, soll bis zu einem zweiten Treffen im Oktober weiter ausgearbeitet werden.

Bei LEADER handelt es sich um das EU-Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Räume. Es ermöglicht Menschen vor Ort, regionale Prozesse mitzugestalten. Bei den Lokalen Aktionsgruppen handelt es sich um Zusammenschlüsse privater und öffentlicher Akteure der Region. Die beiden LEADER-Regionen Miselerland (Luxemburg) und Moselfranken (Deutschland) haben als erste in Europa eine gemeinsame Entwicklungsstrategie und setzten viele grenzübergreifende Projekte um.

➤ Mehr:

www.leader-miselerland-moselfranken.eu

*„Wir leben
miteinander!“*

MONIQUE HERMES Schöffin aus Grevenmacher

Luxemburg und das Saarland wollen wegen Pandemie enger kooperieren

Bei einem Gespräch über die aktuelle Corona-Lage haben sich Luxemburgs Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und ihre saarländische Amtskollegin Monika Bachmann (CDU) über eine engere Zusammenarbeit in der Grenzregion verständigt. Die Bestrebungen gingen in Richtung gemeinsamer Pandemiepläne sowie des Austauschs von Personal oder Ausrüstung, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung am Dienstag.

Weitere Gespräche seien über den Sommer geplant, erste Ergebnisse sollen Ende des Jahres vorgestellt werden. Das Saarland lebe von der geografischen Lage als Grenzregion, sagte Bachmann: „Die saarländische Landesregierung setzt sich gerade jetzt noch mal besonders für die deutsch-luxemburgische wie auch die deutsch-französische Freundschaft ein.“ Gesundheitsministerin Paulette Lenert erklärte, dass Luxemburg seine Covid-Tests systematisch auf die über 200.000 Grenzgänger ausdehne, die täglich aus den benachbarten Regionen einreisen.

Vor zwei Wochen war Luxemburg vom Robert-Koch-Institut zum „Corona-Risikogebiet“ erklärt worden, nachdem es die Schwelle von 50 Neuinfizierten pro 100.000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen deutlich überschritten hatte. Das Saarland hatte jüngst seine Quarantäneregelungen für Luxemburg-Reisende angepasst. Demnach wird u.a. von „nicht notwendigen Reisen“ ins Großherzogtum abgeraten. Berufspendler sind aber laut Saar-Verordnung von der zweiwöchigen Quarantänepflicht ausgenommen. (dpa)

Grenzen offen halten

Rheinland-Pfalz und Saarland: Regierungschefs

reagieren auf Anstieg der Corona-Infektionen in Luxemburg

MAINZ/SAARBRÜCKEN

DPA/LRS

Trotz gestiegener Corona-Infektionen in Luxemburg haben sich die Regierungschefs der benachbarten deutschen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland für die Reisefreiheit zum Großherzogtum ausgesprochen. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) setzt sich mit Nachdruck dafür ein, erneute Schließungen von Grenzübergängen zu vermeiden. Ihr saarländischer Amtskollege Tobias Hans (CDU) sprach sich gegen Grenzkontrollen aus. „Die aufgrund der Coronapandemie zeitweiligen Schließungen vieler Grenzübergänge zu unseren Nachbarn haben herbe Einschnitte für die Menschen in Rheinland-Pfalz bedeutet“, sagte Dreyer am Dienstag in Mainz.

Die „Landesregierung war deshalb sehr erleichtert, dass die Bundesregierung die Reisebeschränkungen zum 15. Juni wieder aufgehoben hat. Aus meiner Sicht ist es enorm wichtig, dass wir aus diesen Erfahrungen der vergangenen Wochen und Monate lernen.“ Die Landesregierung stehe deshalb im Kontakt zur Bundesregierung um deutlich zu machen, dass erhöhte Infektionszahlen keinesfalls eine erneute Grenzschließung rechtfertigen.

Europäischer Gedanke gelebter Alltag

Der europäische Gedanke sei in Rheinland-Pfalz insbesondere in den Grenzregionen fest verwurzelt und gelebter Alltag. Viele Menschen führen jeden Tag nach Luxem-

burg zur Arbeit. Dazu kämen Menschen, die ihre Verwandten auf der anderen Seite der Grenze besuchten, und Touristen. „Infolgedessen ist es für die Menschen in der Grenzregion sehr wichtig, dass die Grenzen zwischen Rheinland-Pfalz und Luxemburg frei passiert werden können“, betonte die SPD-Politikerin. Sie sei fest davon überzeugt, dass in enger Abstimmung zwischen allen Beteiligten geeignete Maßnahmen zur Eindämmung des Virus gefunden werden können, ohne die Reisefreiheit zwischen beiden Ländern erneut zu beschränken. Hans sagte: „Maßnahmen an der Grenze sind für uns in diesem Fall kein probates Mittel. Als es im März zu Grenzkontrollen kam, standen wir vor einer völlig anderen Situation, in der es keine Testungen und Nachverfolgungen von Infektionsketten gab.“ Ähnlich äußerte sich Saar-Wirtschaftsministerin Anke Rehlinger (SPD): „Wir werden keine erneuten Grenzschließungen machen, weder nach Frankreich noch nach Luxemburg. Die luxemburgische Regierung ist nicht Donald Trump, sie wird selbst die richtigen Maßnahmen treffen. Es zeigt aber, dass Vorsicht weiter das oberste Gebot bleibt.“ Es sei immer klar gewesen, dass es zu neuen Fällen kommen könne. „Gut, dass die Fälle entdeckt werden, auch dank zahlreicher Tests.“

Tests bei Grenzgängern wichtig

Hans sagte weiter, Luxemburg teste „mehr als jedes andere europäische Land“ und habe bereits vor zwei Wochen, als die Infektionszahlen angestiegen seien, entsprechende Maßnahmen eingeleitet. „Dieses Vorgehen unterstützen wir natürlich, und wir stehen in einem engen interregionalen Austausch mit unseren Partnern“. Eine Task Force tausche sich permanent zu Fallzahlen und medizinischen Gütern aus und entwickle ein Konzept zur grenzüberschreitenden Pandemiebekämpfung.

Hans unterstrich: „Wichtig ist jetzt, dass jetzt für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger Tests durchgeführt werden, um optimalen Schutz zu gewährleisten.“ In den vergangenen Monaten der Pandemie seien Strategien entwickelt worden, um sich genau auf eine solche Situation vorzubereiten. Der deutsche Innenminister Horst Seehofer (CSU) hatte sich für den Fall ansteigender Covid-19-Zahlen gegen neue Grenzkontrollen zu den Nachbarländern ausgesprochen. Man habe mit den im Frühjahr zeitweise eingeführten Grenzkontrollen «nicht die besten Erfahrungen gemacht», sagte er am Montag im Innenausschuss des Europaparlaments. ●

„Die luxemburgische Regierung ist nicht Donald Trump, sie wird selbst die richtigen Maßnahmen treffen“

ANKE REHLINGER Saarländische Wirtschaftsministerin

„Deutschland ist von seiner Verklemmung abgewichen“

Jean Asselborn ist der dienstälteste Außenminister der EU und bekannt für klare Worte. Den Corona-Wiederaufbauplan mit Milliarden-Transfers hält er für richtig

Außenministerium Luxemburg, 12.10 Uhr. Minister Jean Asselborn hat sich verspätet, ein wichtiges Treffen mit Premierminister Bettel. Dem dienstältesten EU-Außenminister sind offenbar einige Botschaften besonders wichtig. Für das Interview hat sich der 71-Jährige mit einem Bleistift handschriftliche Notizen gemacht.

VON CHRISTOPH B. SCHILTZ,
AUS BRÜSSEL

WELT: Herr Minister, wie sehen Sie Deutschlands Rolle nach dem EU-Gipfel zu den Corona-Milliardenhilfen?

JEAN ASSELBORN: Berlin hat eine sehr konstruktive Rolle gespielt. Deutschland ist von der Verklemmung abgewichen, die man von der Diskussion über Euro-Bonds kannte. Die deutsche Regierung hat mit dem Vorschlag, 500 Milliarden Euro Zuschüsse zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise zu vergeben, adäquat geantwortet auf die Erwartungen Frankreichs – aber sie hat auch den Menschen in Europa aus der Seele gesprochen. Deutschland hat wahrhaft europäisch gehandelt.

Fünf selbst ernannte sparsame Länder, darunter Österreich und die Niederlande, wollten nur Kredite vergeben und sie haben die Zuschüsse letztlich von 500 auf 390 Milliarden Euro heruntergehandelt.

Ich kann diesen sogenannten Frugalisten nicht viel Gutes ins Buch schreiben. Sie haben die Debatte in eine falsche Richtung gelenkt. Mit Krediten allein könnten viele Länder die verheerenden Folgen der Corona-Krise nicht bewältigen.

Es gibt Vorwürfe, dass Berlin und Paris zu nachsichtig waren bei der Frage, inwieweit die Vergabe von EU-Gel-

dern auch an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden soll.

Darüber ist noch nicht entschieden, warten wir mal ab. Das Triumphgeheul der Regierungschefs aus Ungarn und Polen war möglicherweise verfrüht.

Woher nehmen Sie Ihren Optimismus?

Ich glaube an den gesunden politischen Menschenverstand. Es hängt jetzt von den Mitgliedsländern ab, ob sie wirklich wollen, dass zig Milliarden Euro von ihren Bürgern in Ländern zirkulieren, die das Einmaleins der EU nicht akzeptieren.

Die Gräben in Europa sind weiterhin tief. Ist diese EU überhaupt noch aufnahmefähig?

Zunächst einmal ist doch die Frage: Ist sie noch europapolitikfähig?

Und?

Es gibt diese Fragmentierung von Interessen. Aber es gibt auch ein Zentrum, dessen Hauptpfeiler Deutschland und Frankreich bilden. Diesem Zentrum gehören auch weitere Länder an, wie beispielsweise Irland, Spanien, Portugal, Belgien und Luxemburg. Dieses Zentrum glaubt an die Integration Europas. Und es dürfte stark genug sein, damit die Europäische Union europapolitikfähig bleibt.

Aber noch mal die Frage: Ist diese EU aufnahmefähig? Den sechs Westbalkan-Ländern wurde 2003 ein Beitritt versprochen, laut EU-Kommission könnten Serbien und Montenegro möglicherweise schon 2025 beitreten. Ja, das Datum 2025 steht irgendwo. Aber das ist kein Datum, das verbindlich wäre oder politisches Gewicht hätte. Aber man muss den Menschen die

hoffnung lassen, dass es möglich wäre. Wir gehen Schritt für Schritt voran.

Aber will die EU ein Land wie Serbien mit einer starken Affinität zu Russland und mit einem semiautoritären Regierungschef wirklich aufnehmen?

Sie können 100 Argumente finden, warum man die Beitrittsgespräche stoppen sollte. Aber: Der Westbalkan ist unser Garten, er wird von mehreren EU-Staaten umgeben. Wir sind verantwortlich für die Stabilität des Balkans. Wenn wir da zugucken und immer nur fordern, dann sind die Russen, Chinesen, Saudis und Türken dort bald so stark implantiert, dass wir das nicht mehr zusammenhalten.

Sie haben gerade Chinas Rolle auf dem Balkan angesprochen. In Hongkong hat Peking jetzt ein Sicherheitsgesetz durchgedrückt, das die Demokratie erstickt. Wie soll die EU nun mit China umgehen?

Wir werden erste wichtige Maßnahmen einleiten. So wird beispielsweise der Export von Gütern, die zur Niederschlagung der Proteste oder zur Überwachung von Kommunikation genutzt werden könnten, eingeschränkt.

Sollte die EU nicht Sanktionen gegen chinesische Politiker verhängen wie die USA?

Ich weiß nicht, ob man ein Land mit 1,7 Milliarden Einwohnern mit solchen Sanktionen in die Knie zwingen kann.

Die EU will also wieder nur sanfte Nadelstiche setzen?

China hat einen sehr schweren Fehler gemacht, die internationale Abmachung über den Sonderstatus von Hongkong mit Füßen zu treten. Das ist ein Einschnitt. Dazu kommt die Unterdrückung der Uiguren im Land und die aggressive Politik Pekings in der Corona-Krise und im Südchinesischen Meer. China sollte seine Politik in all diesen Punkten revidieren. Außerdem erwarten wir, dass China seine Märkte bald genauso öffnet wie die EU. Es kann sonst bald der Punkt kommen, dass wir unseren Umgang in Wirtschaftsfragen mit China grundsätzlich überdenken werden. Die EU ist der wichtigste Handelspartner Chinas. Wir haben Instrumente und Einflussmöglichkeiten.

Neben China bereitet auch die Türkei den Europäern große Sorgen. Präsident Erdogan wird immer autoritärer und unberechenbarer.

Das stimmt leider. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Türkei so viele Flüchtlinge pro Einwohner aufgenommen hat wie kein anderes Land. Außerdem wurde das Flüchtlingsabkommen mit der EU von 2016 weitgehend eingehalten.

Aber Erdogan bleibt trotzdem ein Problem.

Die Verletzung der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei ist abstrus und sie hört nicht auf. Wer Erdogan in einem Tweet widerspricht, kann dafür im Gefängnis landen. Das Verhalten der türkischen Regierung widerspricht fundamental europäischen Werten. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verhindern, dass wir überhaupt noch darüber nachdenken, den EU-Beitritt der Türkei auch nur im Hinterkopf zu haben. Ich gehe davon aus, dass die Türkei in den kommenden 15 bis 20 Jahren keinesfalls der EU beitreten wird.

Sollten die Verhandlungen dann nicht endgültig abgebrochen werden?

Nein. Die Kommunalwahlen im letzten Jahr haben gezeigt, dass es eine große demokratische Bewegung in dem Land gibt. Wir müssen diesen Menschen

Hoffnung geben.

Kein Land schmuggelt derzeit so viele Waffen nach Libyen wie die Türkei. Damit wird der Krieg dort weiter angeheizt.

Deutschland engagiert sich vorbildlich, um im Rahmen des „Berliner Prozesses“ doch noch eine Waffenruhe und eine politische Lösung in Libyen zu erreichen. Kein fremdes Land sollte in Libyen mit Militär und Waffen operieren. Wer das Waffenembargo bricht, muss sanktioniert werden.

Fürchten Sie eine neue Flüchtlingswelle?

Ja, ich sehe die große Gefahr einer neuen Flüchtlingswelle aus Libyen, wenn der Krieg dort nicht sehr bald beendet wird.

Die EU-Kommission will im September einen Vorschlag für eine gemeinsame EU-Asylpolitik machen. Wie sollen Flüchtlinge künftig verteilt werden?

Wenn Migranten in EU-Mittelmeerlandern wie Spanien, Malta und Italien ankommen, sollte nach einheitlichem europäischen Recht vor Ort in den Häfen entschieden werden, ob sie

asylberechtigt sind oder nicht. Wer keinen Schutzanspruch hat, soll in Würde schnell in sein Heimatland zurückgeschickt werden. Wer schutzbedürftig ist, muss in der EU Asyl erhalten. Das gebietet die Genfer Flüchtlingskonvention.

Aber wie sollen die Asylberechtigten dann verteilt werden?

Es ist unbedingt erforderlich, dass die Flüchtlinge künftig nach einem verpflichtenden Quotensystem in der Europäischen Union verteilt werden. Es kann nicht sein, dass nur vier bis sechs Länder Flüchtlinge aufnehmen und die anderen Länder sich aus ihrer Verantwortung herauskaufen, indem sie Grenzschutzmaßnahmen stärker finanziell unterstützen. Diese sogenannte flexible Solidarität, die jedem erlaubt, das zu tun, was er will, ist Unsinn. Am Ende will dann niemand mehr Flüchtlinge aufnehmen. Ohne Quoten wird die EU-Migrationspolitik nicht funktionieren. Es muss eine obligatorische Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen geben. Ich bin in diesem Punkt pessimistisch. Aber ich wünsche mir, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in den kommenden Monaten dafür kämpft.



PA/ GEISLER-FOTOPRESS/C. HARDT

Überzeugungstäter

Jean Asselborns „politische Biografie“ wirft ein Licht auf den beliebtesten Politiker Luxemburgs und dienstältesten Außenminister der Europäischen Union.

Text: **Stefan Kunzmann**

Es war ein zähes Ringen, bis Jean Asselborn mit dem griechischen Migrationsminister Georgios Koumoutsakos die letzten Details klärte. Das Dutzend junger Flüchtlinge konnte aus den völlig überfüllten Lagern der ägäischen Inseln Lesbos, Chios und Samos ausreisen. Die zwölf Jugendlichen – elf Jungen und ein Mädchen – im Alter von elf bis 16 Jahren kamen am 15. April in einer von der Internationalen Organisation für Migration gecharterten Sondermaschine auf Findel an. Asselborn – da bereits inmitten der Covid-19-Pandemie, trug er wie die Neuankömmlinge eine Schutzmaske – empfing die Gruppe persönlich am Flughafen. Er sprach von einem „schönen Tag für Luxemburg“ und sagte: „Wir senden damit ein Signal aus.“

Ungefähr zeitgleich mit dem Ausbruch der Corona-Krise ging in diesem Frühjahr in Europa eine Zeit lang die Angst um, dass sich das Flüchtlingsdrama von 2015 wiederholen könnte. Am Rande der Europäischen Union, zwischen Griechenland und der Türkei, machten sich etwa 25.000 bis 30.000 Flüchtlinge auf den Weg, nachdem der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan erklärt hatte, dass sein Land die Grenze zur EU öffnen würde. Asselborn hatte bereits 2015 davor gewarnt, kurz vor der zweiten luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft in seiner Amtszeit, dass ein Chaos ausbrechen würde, sollten sich die Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 nicht auf eine Lastenteilung verständigen.

Der Außenminister zeichnete ein düsteres Szenario. Die EU könne auseinanderbrechen. Bekannt ist heute, dass die Flüchtlingslage sich im Laufe des Jahres 2015 zuspitzte und eskalierte. Noch heute gibt es weder Einigung noch Solidarität unter den EU-Staaten über die Verteilung der Flüchtlinge. „Wenn wir heute mit einer

Migrationswelle wie 2015 konfrontiert, dann wären wir noch viel weniger darauf vorbereitet“, wird Asselborn von Margaretha Kopeinig zitiert. Die österreichische Journalistin, langjährige Redakteurin des „Kurier“ und Korrespondentin in Brüssel, hat ein Buch über den luxemburgischen Chefdiplomaten geschrieben, das nun im Wiener Czernin Verlag erschienen ist. „Merde Alors! Jean Asselborn – Eine politische Biografie“ nimmt bereits im Titel Bezug auf jenen empörten Fluch, den Asselborn bei der informellen EU-Ratsitzung in Wien im September 2018 dem italienischen Innenminister Matteo Salvini entgegenschleuderte, nachdem dieser sich in herabwürdigender und beleidigender Manier über Flüchtlinge, die nach Europa kommen, geäußert hatte. Dass die Szene eine größere Verbreitung fand, war schließlich einer Indiskretion Salvinis zu verdanken, der einen heimlichen Video-Mitschnitt ohne Einwilligung der Beteiligten veröffentlichte. Rechtspopulisten wie Salvini oder Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ebenso wie die polnische Regierung sind bestimmt nicht gut zu sprechen auf Asselborn. Aber der luxemburgische Außenminister, der Orbán schon mit einem Diktator verglich, tut genau das, was ihn als Politiker, zu dessen innerster Überzeugung der Kampf für eine demokratische Gesellschaft sowie für „Gemeinschaftssinn und Solidarität“ gehört, auszeichnet. Er nimmt im Gegensatz zu vielen anderen Politikern kein Blatt vor den Mund. „Merde Alors“ bringt dies zum Ausdruck, sowohl die von ihm geäußerten Worte wie auch das Buch, das Margaretha Kopeinig geschrieben hat.

Schon zu Beginn der gut 200 Seiten macht die Autorin keinen Hehl daraus, dass sie den luxemburgischen Politiker sympathisch findet. Sie vermeidet aber eine aus Gefälligkeit entstandene Lobhudelei. Ihr Ton und ihre Herangehensweise

bleiben sachlich. Bei dem Buch handelt es sich um eine politische Biographie. Aber nicht nur. Es ist, vor allem im zweiten Teil die Beschreibung einer politischen Gemengelage, in der vieles festgefahren ist, und der es nur wenige Akteure gibt, denen die Sache der Demokratie in Europa und die Europäische Union am Herzen liegt – und zu deren Protagonisten Jean Asselborn gehört. Die Biografin wirft gleich in der Einleitung die zentrale Frage auf, der sie mit ihren Recherchen und Interviews nachgegangen ist: Was macht das positive Image, die Beliebtheit des sozialdemokratischen Politikers aus? „Sein Ansehen, seine zentrale Rolle im Kreis der 27 EU-Außenminister, seine klare Haltung zu verschiedenen politischen Themen“, nennt sie ebenso wie seinen Humor, all dies mache ihn zum beliebtesten Politiker des Großherzogtums. Am meisten biografisch ist das erste Drittel, in der nach einer kurzen Einführungssequenz, in der die Autorin Asselborns Arbeitsplatz im Außenministerium beschreibt, beschrieben wird, wie der Sohn eines Stahlarbeiters und einer Hausfrau in Steinfort aufwuchs, wie er mit 17 die Schule abbrach, um auf Schicht bei Uniroyal zu arbeiten, zur Gemeindeverwaltung wechselte, und mit Mitte 20 sich daran machte, sein Abitur im zweiten Bildungsweg nachzuholen.

In diesen Passagen tritt zu Tage, was sonst vielleicht etwas unterschätzt und verkannt wird: Asselborns Zähigkeit, sein fester Wille, die ihn dazu brachten, in Nancy das Jurastudium zu absolvieren und später für politische Belange einzutreten. Er war Manager im Spital von Steinfort und trat in seiner Gemeinde 1981 bei der Kommunalwahl an. Statt Manager des Escher Krankenhauses zu werden, entschied er sich für die Politik. Dass er Steinforter Bürgermeister wurde, hatte er nicht nur dem Wahlerfolg zu verdanken,

Relations internationales

sondern auch dem Zureden seiner Mutter, das Amt unbedingt zu übernehmen. Asselborn übte es bis 2004 aus. In dieser Zeit wurde er auch Fraktionschef sowie Parteipräsident der LSAP.

Diese lange und fruchtbare Zeit brachte ihm die große Erfahrung auf kommunaler und nationaler Ebene ein, aus der er später schöpfen sollte. Sicherlich gab es auch Rückschläge: 1998 unterlag er in einer parteiinternen Abstimmung um die Nachfolge des zurückgetretenen Umwelt- und Gesundheitsministers Johnny Lahure, und 1999 erlitt die LSAP eine deutliche Wahlschlappe und flog aus der Regierung. Aber Asselborn konnte diese Rückschläge gut wegstecken. „Vielleicht auch deswegen, weil er nach eigenen Angaben nie einen konkreten Karriereplan“ verfolgt habe, schreibt Kopeinig. Umso größer war der Wahlsieg 2004, nach dem er an der Spitze der LSAP Vizepremier und Außenminister wurde. Letzteres hatten ihm manche nicht zugetraut. Doch Asselborn hatte in den Jahren zuvor als Vizepräsident der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) viele Freundschaften geschlossen, so mit dem späteren österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer, der in einem Interview im zweiten Teil des Buches über Asselborns Politik spricht. Ein weiterer guter Freund, mit dem er sogar eine Kochsendung bestritt, ist Frank-Walter Steinmeier, einst deutscher Außenminister und heute deutsches Staatsoberhaupt. Auch er würdigt Asselborns Politik in

einem Interview mit der Autorin. Der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat das Vorwort geschrieben. Einer der größten Erfolge für Asselborn war sicherlich, dass Luxemburg 2012 für zwei Jahre Mitglied des UN-Sicherheitsrats bekam. Dafür hatte er jahrelang geworben. Nach eigenen Worten sein größter Erfolg als Außenminister war jedoch die Befreiung eines Vaters von vier Kindern aus dem Kerker des tunesischen Diktators Ben Ali. Und sein größter Misserfolg, was ihm aber bestimmt nicht angekreidet werden kann, dass die Europäer 2015 keine Einigung über die Verteilung der Flüchtlinge aus Griechenland und Italien erzielten.

Der politischste Teil ist sicherlich im zweiten Drittel der Biografie zu finden, in der es um die bisher 16 Jahre währenden Amtszeit des Außenministers geht, von dem Engagement für Frieden, der Migrationsthematik bis zum Brexit und anderen internationalen Herausforderungen. Immer wieder kristallisiert sich dabei Asselborns Grundlinie heraus, sein Humanismus und Gemeinschaftssinn gegen den rechten Populismus und Nationalismus. Aber auch verschiedene Quellen des Ausgleichs wie das Familienleben als Ehemann, Vater zweier mittlerweile erwachsenen Töchter und als Großvater, und eine parallele Leidenschaft des heute 71-Jährigen, die sogar als „unteilbar“ mit der Politik genannt wird: der Radsport, ob dies das alljährliche Bezwingen des

Mont Ventoux oder gemeinsame Radtouren mit politischen Kollegen wie dem früheren US-Außenminister John Kerry ist. Weniger eine Rolle spielen politische Umwälzungen und Meilensteine wie der Regierungswechsel 2013 von der CSV/LSAP- zur heutigen Dreierkoalition. Aber wer wissen will, „was Jean Asselborn wichtig ist“, so die Überschrift des elften Kapitels, der ist mit „Merde alors! Jean Asselborn – eine politische Biografie“ gut versorgt. Der weiß, warum dieser Vollblutpolitiker und Überzeugungstäter der positivsten Sorte so populär ist. Wenn „authentisch“ nicht schon ein so abgegriffener Begriff wäre, müsste man den Steinförter so nennen. Politiker wie er haben heute Seltenheitswert.

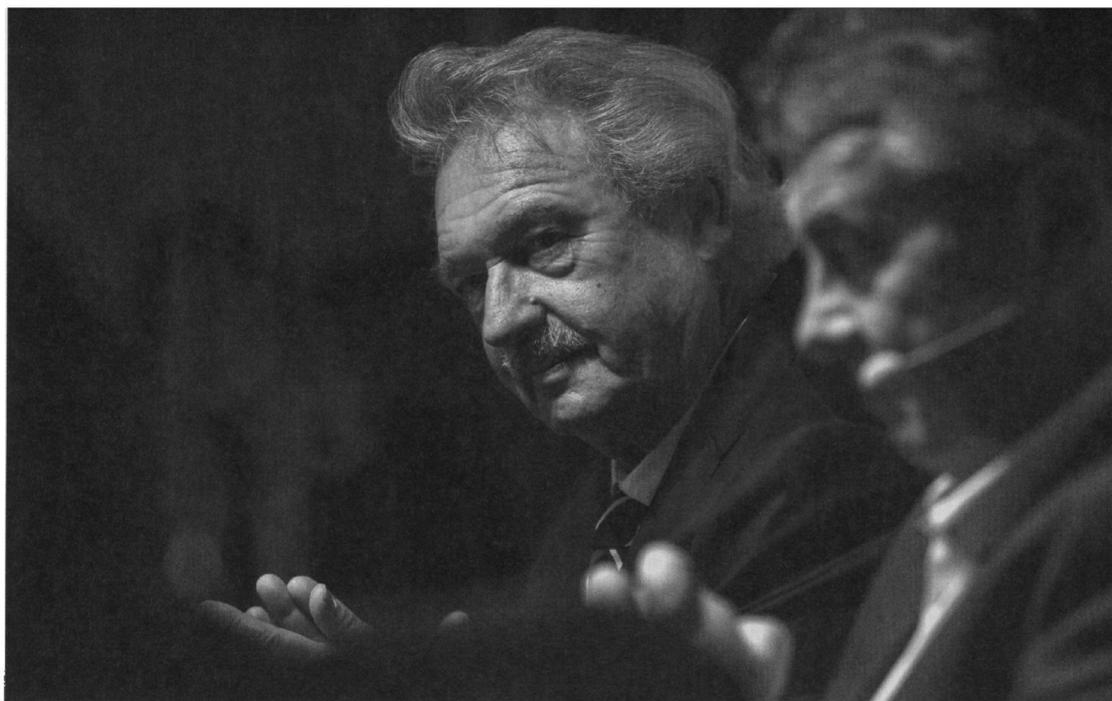
Margaretha Kopeinig:

„Merde alors! Jean Asselborn – eine politische Biografie“.

Czernin Verlag.

Wien 2020. 215 Seiten.

**Asselborn redet
Klartext und
zeigt, dass er den
humanistischen
Werten
verpflichtet ist.**



Asselborn; Kein EU-Beitritt der Türkei in nächsten 15 bis 20 Jahren

Der luxemburgische Außenminister **Jean Asselborn** hält wegen der politischen Lage in der Türkei einen EU-Beitritt des Landes in den nächsten 15 bis 20 Jahren für ausgeschlossen.

„Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verhindern, dass wir überhaupt noch darüber nachdenken, den EU-Beitritt der Türkei auch nur im Hinterkopf zu haben“, sagte Asselborn der „Welt“ (Freitag). „Ich gehe davon aus, dass die Türkei in den kommenden 15 bis 20 Jahren keinesfalls der EU beitreten wird.“

Asselborn sprach sich jedoch gegen einen Abbruch der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei aus. „Die Kommunalwahlen im letzten Jahr haben gezeigt, dass es eine große demokratische Bewegung in dem Land gibt. Wir müssen diesen Menschen Hoffnung geben.“ Die Beitrittsgespräche laufen seit 2005, liegen jedoch auf Eis.

Im festgefahrenen Streit über die EU-Asylpolitik pocht Asselborn auf eine verpflichtende Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Europäischen Union. „Es ist unbedingt erforderlich, dass die Flüchtlinge künftig nach einem verpflichtenden Quotensystem in der Europäischen Union verteilt werden“, sagte er. „Es kann nicht sein, dass nur vier bis sechs Länder Flüchtlinge aufnehmen und die anderen Länder sich aus ihrer Verantwortung herauskaufen, indem sie Grenzschutzmaßnahmen stärker finanziell unterstützen. Diese sogenannte flexible Solidarität, die jedem erlaubt, das zu tun, was er will, ist Unsinn. Am Ende will dann niemand mehr Flüchtlinge aufnehmen.“ Er fügte allerdings hinzu, er sei in diesem Punkt pessimistisch.

Die Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik kommt seit Jahren kaum voran. Knackpunkt ist die Verteilung von Schutzsuchenden. Länder wie Ungarn, Tschechien und Österreich weigern sich partout, verpflichtend Menschen aufzunehmen. Die EU-Kommission wollte eigentlich schon vor Monaten neue Reformvorschläge vorlegen, über die EU-Staaten und Europaparlament dann verhandeln können. Dies verschob die Brüsseler Behörde jedoch schon mehrfach. Nun gilt September als wahrscheinlicher Termin. Deutschland will das Thema dann im Rahmen seiner EU-Ratspräsidentschaft bis Ende des Jahres vorantreiben.

Leitartikel

Die blaue Welle

Von Marc Schlammes

Das
Kräfteverhältnis
in der Koalition
ist eindeutig: Die
Liberalen sind
die Leader.

Wären am Sonntag Chamberwahlen, das Ergebnis wäre für CSV und DP ein Déjà-vu. Die Sonndesfro vom Juni 2020 liest sich wie eine Kopie der Wahlen vom Juni 1999: 15 Sitze für die Liberalen, 19 Sitze für die Christlich-Sozialen lautet damals die Bilanz, die der DP ein Plus von drei Mandaten und der CSV ein Minus von zwei Mandaten beschert. Das war es dann auch schon mit den Parallelen.

Der in der Sonndesfro prognostizierte Erfolg der Liberalen trägt einen Namen: Corona-Krise. Wird ein Land von einer heftigen Krise heimgesucht, taugt deren Bewältigung als Bewährungsprobe für Regierung und Regierungschef. Die Wähler bescheinigen der DP und ihrem Premier, diese Prüfung bestanden und Luxemburg gut durch die stürmische Zeit gelotst zu haben. Wenn in diesen Tagen nun eine zweite Welle an Infektionen nicht ausgeschlossen wird – und also die nächste Bewährungsprobe ansteht –, hat eine blaue Welle die politische Landschaft bereits erfasst.

Die Sonndesfro als – krisen-geprägte – Momentaufnahme offenbart zwei Dinge: Einerseits verfügt Blau-Rot-Grün über eine geradezu komfortable Mehrheit von 33 Sitzen, nachdem die Sonndesfro im Herbst 2019 noch eine Pattsituation er-

geben hatte. Andererseits ist das Kräfteverhältnis innerhalb der Koalition so deutlich wie nie: 15-10-8. Auch wenn der

Premierminister nie müde wird, Team und Teamarbeit zu betonen – die Wähler betrachten die Liberalen als Leader, Sozialisten und Grüne haben Juniorpartner-Format. Rechnerisch ist es keine Koalition auf Augenhöhe mehr – was nicht ohne Auswirkungen auf die politische Gewichtung bei der thematischen Akzentsetzung bleiben kann.

Zum Beispiel auf Kosten der Grünen. Déi Gréng verlieren ihren Status als Königsmacher dieser Koalition. Öko-Themen interessieren zurzeit so wenig wie Öko-Politiker. Sie stehen da wie jene Schüler mit Streberallüren, die für einmal am Thema vorbei geschrieben haben und dafür eine „Datz“ ernten. Obendrein dürfte sich das Mitleid der Mitstreiter in Grenzen halten, allen voran von Seiten der Sozialisten, die mit den Grünen ständig um die Balance zwischen ökologischer und sozialer Gerechtigkeit ringen. Die LSAP wiederum bestätigt ihren Ruf als ewiger Juniorpartner; das Resultat reflektiert zum wiederholten Mal die Maxime „Zum Sterben zu viel – zum Leben zu wenig“.

Und die Opposition? Wenn das Zweierbündnis CSV/DP die breiteste Mehrheit aufweist, ist das im Sommer 2020 das Verdienst der Liberalen. Die CSV verbucht erneut Einbußen. Und die größte Oppositionspartei wäre gut beraten, dieses Minus nicht (nur) mit der Corona-Krise und deren Konsequenz, dass in Krisen die Stunde der Exekutive schlägt, zu erklären. Was schwerer wiegt: Den Christlich-Sozialen fehlt ein Kopf. Wo ist das Pendant zum Premier? Weder Parteipräsident noch Fraktionsvorsitzende drängen sich als Alternative auf und fordern den Regierungschef auf der argumentativ-inhaltlichen Ebene, wo dieser die größte Angriffsfläche bietet, heraus. Wie dies gehen kann, demonstrierte jüngst der glücklose CSV-Spitzenkandidat aus 2018 bei der Debatte zu den Covid-Gesetzen. Den Ausführungen von Claude Wiseler haftete etwas von einer Bewerbungsrede für höhere parteipolitische Aufgaben an.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Union Européenne - Économie / Finances

Luxemburg fällt weniger tief als andere

Sommerprognose der EU-Kommission: Corona-Krise noch schwerer als gedacht

Brüssel. Luxemburg kann sich im EU-Vergleich glücklich schätzen: Die Corona-bedingte Rezession wird im Großherzogtum deutlich weniger stark ausfallen als im Rest der EU. Luxemburg muss dabei mit einem Minus von 6,2 Prozent rechnen. Für Spanien und Italien wird

hingegen ein Minus von über zehn Prozent erwartet. Das teilte die Europäische Kommission gestern mit. Die Rezession ist dabei noch tiefer als befürchtet – selbst wenn es ab jetzt wieder aufwärts gehen sollte.

Ein historischer Absturz im ers-

ten Halbjahr könnte die Wirtschaftsleistung in der Eurozone 2020 demnach aufs ganze Jahr gerechnet um 8,7 Prozent schrumpfen lassen, in der Europäischen Union insgesamt um 8,3 Prozent. Das ist etwa ein Prozentpunkt mehr Minus als noch im Mai ge-

dacht.

Diese Prognosen sind auch politisch brisant: Nächste Woche werden die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer in Brüssel über einen europäischen Wiederaufbauplan diskutieren. Italien und Spanien machen Druck, um diesen möglichst breit ausfallen zu lassen. Die Nordeuropäer bremsen hingegen.

dv/dpa

Luxemburger Wort du 08.07.2020 / page 1

Union Européenne - Économie / Finances

Rezession noch tiefer als erwartet

EU-Kommission aktualisiert Prognose und rechnet für Luxemburg mit Minus von 6,6 Prozent

Von Diego Velazquez (Brüssel)

Die Rezession infolge der Corona-Pandemie wird nach der neuesten Prognose der EU-Kommission in diesem Jahr noch stärker ausfallen als angenommen. Die Wirtschaftsleistung in der Eurozone könnte demnach 2020 um 8,7 Prozent einbrechen, in der Europäischen Union als Ganzes um 8,3 Prozent, wie die Brüsseler Behörde am Dienstag mitteilte. Sie sieht aber auch erste Anzeichen, dass der Tiefpunkt durchschritten sein könnte und es nun aufwärts geht.

Im Mai war die Kommission noch von einem Minus von 7,7 Prozent für die 19 Staaten der Eurozone und 7,4 Prozent für die gesamte EU, also alle 27 Länder der Staatengemeinschaft, ausgegangen. Die Verschlechterung der Prognose begründete die Kommission damit, dass die Aufhebung der Corona-Auflagen in kleineren Schritten vorangehe als damals angenommen.

Erholung fällt weniger robust aus

„Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdown sind ernster, als wir das ursprünglich erwartet haben“, erklärte Kommissionsvize Valdis Dombrovskis. „Wir navigieren immer noch in stürmischer See und stehen vor vielen Risiken, darunter eine weitere große Infektionswelle.“

Auch die Erholung im kommen-

Luxemburger Wort du 08.07.2020 / page 11

den Jahr werde etwas weniger robust ausfallen als gedacht. So prognostiziert die Kommission jetzt für 2021 in der Eurozone 6,1 Prozent Wachstum, für die ganze EU 5,8 Prozent. Im Mai hatte sie Werte von 6,3 Prozent und 6,1 Prozent vorausgesagt. Schon im ersten Quartal seien die Auswirkungen der Pandemie erheblich gewesen, obwohl die meisten Staaten erst Mitte März Ausgangsbeschränkungen verhängt hätten. Wegen der lange geltenden Auflagen sei dann der Rückgang der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2020 noch größer gewesen.

Brisant ist dabei die ungleiche Verteilung der Krise. Am stärksten trifft die Pandemie die Volkswirtschaften im Südwesten Europas. Italien, Spanien, Kroatien und Frankreich müssten mit einem Minus von über zehn Prozent rechnen. Portugal und Griechenland liegen knapp unter zehn Prozent. Diese Staaten leiden gleich doppelt: Zum einen sind ihre Wirtschaften sehr viel stärker vom internationalen Tourismus abhängig, der in Corona-Zeiten auf Sparflamme läuft.

Zum anderen gehören Italien und Spanien zu jenen Staaten, die am härtesten von der Gesundheitskrise getroffen wurden und demnach auch die drakonischsten Lockdowns durchsetzen mussten.

EU-Staaten in Zentral- und Osteuropa sind dagegen viel weniger stark betroffen. So muss Polen lediglich mit einem Minus von 4,6 Prozent rechnen.

Dieses Ungleichgewicht ist politisch relevant, da die EU derzeit dabei ist, über ein 750 Milliarden Euro schweres Wiederaufbau-Programm zu verhandeln. Neben Spanien und Italien sollen aber auch Staaten wie Polen viel von den Corona-Hilfen profitieren, woran sich wirtschaftsstärkere Staaten in Nordeuropa stören.

Skepsis in Nordeuropa

Der Verteilungsschlüssel der EU-Kommission für diese Hilfen, der auch nicht-Corona-bedingte Kriterien betrachtet, wie etwa den allgemeinen Wohlstand, ist dabei unter Beschuss in Nordeuropa. Die gestern veröffentlichten Prognosen werden die Argumente der Kritiker stärken. Denn hinter dem Verteilungsschlüssel steckt auch Politik: Die EU-Kommission, so Diplomaten, versucht sich dadurch die Unterstützung für den Plan in Osteuropa zu kaufen. Das ist insofern notwendig, da es Einstimmigkeit braucht, um den Plan anlaufen zu lassen. Bei einem EU-Gipfel nächste Woche in Brüssel sollen diese Pläne unter den EU-Stats- und Regierungschefs diskutiert werden.

Luxemburg gehört auch zu je-

nen Staaten, die den Verteilungsschlüssel nicht ideal finden, doch die Regierung ist vor allem daran interessiert, die wirtschaftliche Krise in Südeuropa einzudämmen und könnte die zusätzlichen politischen Ausgaben als notwendiges Übel akzeptieren.

Luxemburg weniger stark betroffen

Besonders, da das Land im EU-Vergleich relativ wenig wirtschaftlich leiden wird. Luxemburg wird mit einem Minus von 6,2 Prozent rechnen müssen, so die EU-Kommission. „Der Lockdown dürfte sowohl den grenzüberschreitenden Verbrauch von Kraftstoffen und Tabak als auch den Verbrauch der großen Zahl grenzüberschreitender Arbeitnehmer in Luxemburg verringert haben. Es wird jedoch erwartet, dass staatliche Maßnahmen, insbesondere für Kurzzeitbeschäftigung und Familienurlaub, den Schock für den Konsum mildern“, schreibt die Kommission. Aber „die Nettoexporte dürften das Wachstum aufgrund des Rückgangs des internationalen Handels belasten. Die Volatilität an den Finanzmärkten nach dem Ausbruch der Gesundheitskrise und dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit wird voraussichtlich die Wertschöpfung des Finanzsektors belasten, der einen großen Teil des luxemburgischen BIP ausmacht.“ Mit dpa-Material

Platz 5 im Innovationsranking

MEILENSTEIN Lob von der Europäischen Kommission

Yves Greis

Wenn es um Innovation geht, dann kann Luxemburg durchaus punkten. In einem neuen Ranking der Europäischen Union schafft es das Großherzogtum auf den fünften Platz. Angeführt wird die Liste von Schweden.

Seit dem Ende der Stahlepoche hat Luxemburg vor allem in einem Feld innoviert: der Finanzbranche. Seit einigen Jahren hat sich aber ein anderer Innovationsprozess eingestellt, der nun in einem neuen Ranking der Europäischen Kommission zum Ausdruck kommt. Es ist ein weiterer Meilenstein in Richtung Wissensgesellschaft.

Luxemburg ist ein Innovation Leader! So jedenfalls sieht es die Europäische Kommission in ihrer Bewertung der Innovationskraft des Landes. Die Kommission spart nicht mit Lob. Luxemburg sei attraktiv für Forschende und besonders für Doktoranden aus dem Ausland. Eine Stärke des Landes seien wissenschaftliche Publikationen in Zusammenarbeit mit Forschenden aus anderen Ländern. Internationale wissenschaftliche Ko-Publikationen sind für die Kommission ein Indikator für die Qualität der wissenschaftlichen Forschung, da die Zusammenarbeit die wissenschaftliche Produktivität erhöhe. Auch die Zahl der Markenmeldungen und die hohe Beschäftigung in wissensintensiven Aktivitäten wertet das EU-Institut als Pluspunkte für Luxemburg. Aber die Kommission sieht auch Schwächen – besonders bei Firmeninvestitionen, Umsatzauswirkungen und Vernetzung. Letzteres meint die Zusammenarbeit zwischen innovativen Betrieben untereinander und mit dem Staat. Insbesondere fehlt es hierzulande noch an privaten Beteiligungen an öffentlichen Forschungsprojekten.

Damit hat es Luxemburg zum ersten Mal in die Top 5 der EU

geschafft. Eine Nachricht, die in den luxemburgischen Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen gut angekommen ist und in den betreffenden Bereichen in den sozialen Medien kräftig geteilt worden ist. Doch auch für die EU insgesamt kommt das Ranking zu einem wohlwollenden Ergebnis. Im Durchschnitt sei die Innovationsleistung der EU seit 2012 um 8,9 Prozent gestiegen, so die EU.

Schweden vorne

Schweden sei nach wie vor der Innovationsführer der EU, gefolgt von Finnland, Dänemark und den Niederlanden, heißt es in der Veröffentlichung der Kommission. In diesem Jahr gehöre Luxemburg zu den Innovationsführern. Dass das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat, beeinflusst das Ranking nur geringfügig.

Die Kommission hat die Innovationskraft der EU auch in einem globalen Rahmen untersucht. Zwar rückt die EU das Ergebnis in ein positives Licht, bei genauerer Betrachtung ist es allerdings durchmischt. Die EU hat demnach einen Leistungsvorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten, China, Brasilien, Russland, Südafrika und Indien. Seit 2012 hat sich jedoch der Leistungsabstand zu Südkorea, Australien und Japan vergrößert, während sich der Leistungsvorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten, China, Brasilien, Russland und Südafrika verringert hat.

In ihrer Pressemitteilung schlägt die Kommission eine Brücke zwischen der Innovationskraft der EU und der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Dort geht die Rede von einer „koordinierten“ Reaktion der EU auf die Krise: „Forschung und Innovation haben sich als ein wesentlicher Bestandteil der koordinierten EU-Reaktion auf die Krise erwiesen und werden entscheidend dazu beitragen, Europas nach-

haltige und integrative Erholung zu unterstützen.“ Luxemburg hat sich in den letzten Jahren tatsächlich verändert. Unter anderem wird dies in der Entwicklung der Uni sichtbar. Dort sind nach Angaben der Universität selbst 3.513 Studierende aus dem Ausland eingeschrieben. Sie machen 56 Prozent der Studierendenschaft aus.

Daneben hat Luxemburg inzwischen richtige Rechenpower. Da ist zum einen das Hochleistungsrechenzentrum der Universität und zum anderen wurde im letzten Jahr das durch die EU kofinanzierte Meluxina-Projekt angekündigt. Dieser Supercomputer wird dazu in der Lage sein, 10.000.000.000.000.000 (zehn Millionen Milliarden) Rechnungen in einer Sekunde durchzuführen. Er soll sowohl Privatunternehmen wie auch Forschern zur Verfügung stehen.

Zudem lassen sich neben den alteingesessenen forschenden Unternehmen – zum Beispiel in der Stahl- und Autoindustrie – immer mehr neue innovative und forschende Firmen hierzulande nieder, die wesentlich mehr machen, als ihre Patente steuerhalber in Luxemburg zu deponieren. Unter ihnen sind Firmen, die Satelliten bauen, künstliche Intelligenzen ausbilden und nach Lösungen für Umweltprobleme suchen. Und auch in Luxemburg wird die Brücke zwischen Covid-19 und Innovation geschlagen.

Ein Beispiel dafür ist eine Initiative des Wirtschaftsministeriums, die Finanzhilfen an eine Firmenberatung koppelt. „Fit4Resilience“ zielt darauf ab, Unternehmen bei der Analyse der Auswirkungen der Covid-19-Krise zu unterstützen, um Möglichkeiten zu identifizieren, sich neu zu erfinden und ihre Aktivitäten auf eine widerstandsfähigere Art und Weise neu zu starten“, heißt es in einer Verlautbarung des Ministeriums. Mit der Ausführung der Initiative wurde die staatliche Innovationsagentur Luxinnova beauftragt.

„Raumfahrt leistet einen wichtigen Beitrag“

Marc Serres über die Entwicklung der „Luxembourg Space Agency“ und den Abbau von Rohstoffen im Weltall

Interview: Thomas Klein

Vor zwei Jahren wurde die Luxembourg Space Agency (LSA) ins Leben gerufen. Im Gespräch mit dem „Luxemburger Wort“ zieht Marc Serres, der Chef der LSA, eine Zwischenbilanz zur Entwicklung der „Space Resources“-Initiative. Daneben spricht er über die Bedeutung der Raumfahrt für unseren Alltag und den anstehenden „Asteroid Day“.

Marc Serres, im Moment schaut die luxemburgische Raumfahrtindustrie ganz gespannt die Wetterberichte von Kourou in Französisch-Guayana. Von dort soll nämlich die europäische Vega-Rakete starten, was witterungsbedingt schon mehrfach verschoben werden musste. Warum ist der Start besonders wichtig für Luxemburg?

Weil mit der Rakete ein Satellit in seine Umlaufbahn gebracht werden soll, der in Luxemburg entwickelt wurde. Der ESAIL-Satellit wurde von der Firma Luxspace gebaut und soll helfen, die Position von Schiffen weltweit nachzuverfolgen. Luxspace hatte zwar in der Vergangenheit schon ein paar kleinere Satelliten gebaut, aber das ist der erste in der Klasse über 100 Kilogramm. Insofern ist das eine wichtige Premiere für das Unternehmen und die luxemburgische Raumindustrie insgesamt.

Morgen findet ja weltweit der „Asteroid Day“ (siehe Kasten) statt. Was ist der Beitrag der LSA?

Den Asteroid Day gibt es ja schon seit einigen Jahren. Wir haben uns sehr früh der Initiative angeschlossen und sie unterstützt. Uns ging es darum, zu zeigen, dass Asteroiden nicht nur eine potenzielle Gefahr darstellen,

wenn sie auf die Erde stürzen, sondern auch eine wirtschaftliche Chance. So haben wir in der LSA im Rahmen unserer Initiative „Space Resources“ Asteroiden als mögliche Quelle für abbaubare Rohstoffe identifiziert.

Können Sie was zum Geschäftsmodell der „Space Resources“-Initiative sagen? Geht es nur darum, Rohstoffe abzubauen, die man direkt im Weltall weiterverarbeitet oder findet man auf Himmelskörpern Materialien, die wertvoll genug sind, dass es sich lohnt, sie wieder zur Erde zurückzubringen?

Wir haben 2018 in einer Studie untersucht, wie eine Wertschöpfungskette für „Space Resources“ aussehen könnte. Darin wurde deutlich, dass es auf absehbare Zeit kein erfolversprechendes Geschäftsmodell ist, Ressourcen zurück zur Erde zu bringen. Auf der anderen Seite kann die Initiative aber sehr wichtig werden für das Thema Erforschung des Weltalls. Man erzeugt benötigte Ausrüstung und Nachschub direkt im Weltraum, anstatt sie von der Erde aus dorthin zu transportieren. Man könnte zum Beispiel Wasser vom Mond als einen Bestandteil der Herstellung von Raketentreibstoff nutzen. Derzeit gibt es ja in der internationalen Raumfahrt zahlreiche Initiativen und geplante Missionen, die sich auf den Mond konzentrieren. Da wird jetzt schon geschaut, welche Ressourcen man von dort nutzen kann. Darin sehen wir in nächster Zeit den wichtigsten Anwendungsbereich für „Space Resources“.

Aktivitäten zur Erforschung des Weltraums hängen derzeit aber

vermutlich zu 100 Prozent an staatlichen Ausgaben. Haben Sie keine Angst, dass in diesen Bereichen infolge der Krise bald weltweit der Rotstift angesetzt wird?

Das ist derzeit noch schwer abzuschätzen, wir kennen ja noch nicht die vollen Konsequenzen der Krise. Aber es stimmt, das Risiko besteht. Daher liegt es jetzt an uns zu beweisen, dass die Raumfahrtindustrie einen wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beitrag leistet. Das kann man jetzt auch schon in der Krise sehen. Ganz klar wurde zum Beispiel im Lockdown, als viele Unternehmen nur noch aus dem Homeoffice operierten, wie wichtig das Thema Konnektivität ist. So wird Satellitentechnik eine sehr wichtige Rolle in der Umsetzung der nächsten Generation des Mobilfunks, 5 G, spielen. Auch wenn sich viele Leute dessen nicht bewusst sind, hängen große Teile unseres Alltags und unserer Wirtschaft bereits heute von Weltraumtechnologie ab. Daher wäre es ein Fehler, dort jetzt den Geldhahn zuzudrehen.

Etienne Schneider war eine der treibenden Kräfte hinter der Weltrauminitiative. Fürchten Sie nicht, dass nach seinem Ausscheiden als Wirtschaftsminister die Fokussierung auf die Entwicklung des Weltraumsektors etwas verloren geht?

Diesen Eindruck habe ich gar nicht. Der neue Wirtschaftsminister Franz Fayot hat uns bestätigt, dass auch er das Thema Weltraum als sehr wichtig für die ökonomische Entwicklung des Landes sieht. Wir haben im letzten Jahr unseren Nationalen Aktionsplan an die Regierung weitergegeben und beka-

men die Unterstützung, nicht nur des Wirtschaftsministers, sondern der ganzen Regierung, unseren Weg so weiterzugehen.

Vor zwei Jahren hieß es, es müsse hierzulande eine „kritische Masse“ erreicht sein, damit die Space „Resources“-Initiative ein Erfolg wird. Wie weit ist die luxemburgische Weltraumindustrie noch davon entfernt und was wurde schon erreicht?

Wir haben eine Reihe von Initiativen gestartet, um diese „Masse critique“ zu erreichen. Ein Beispiel ist der Start des „Interdisziplinäre Space Master“ an der Universität Luxemburg. Ein zentrales Element in dem ganzen Konzept ist es, im Land Talente für den Bereich zu entwickeln und auszubilden. Daneben sind wir ständig in der Diskussion mit vielversprechenden Unternehmen aus dem Sektor, die wir überzeugen möchten, Aktivitäten in Luxemburg zu starten. Außerdem haben wir ja auch schon im letzten Jahr angekündigt, dass wir für den Bereich ein Forschungs- und ein Innovationszentrum eröffnen möchten. Da müssen noch einige Details ausgearbeitet werden, aber im Juli werden wir ankündigen können, welche Form das annehmen wird, wer die Partner sein werden und wie der Zeitplan aussieht. Das Ziel ist, dass diese schon Ende des Jahres ihre Tätigkeiten aufnehmen können.

Große Teile unseres Alltags hängen heute von der Weltraumtechnologie ab.

Asteroid Day 2020

Bereits zum sechsten Mal wird am Dienstag weltweit der „Asteroid Day“ begangen. Das Event findet jedes Jahr am 30. Juni statt. An diesem Tag kam es im Jahr 1908 in der sibirischen Region Krasnojarsk zu einer gewaltigen Explosion, die dem Einschlag des „Tunguska-Asteroiden“ zugeschrieben wird. Das Ziel des „Asteroid Day“ besteht in erster Linie darin, die Allge-

meinheit über die Bedeutung von Asteroiden für die Geschichte unseres Sonnensystems aufzuklären. Die Initiative wurde unter anderem von dem Astrophysiker und ehemaligen Gitarristen der Band Queen, Brian May, ins Leben gerufen. Heute beteiligen sich die meisten der wichtigen Weltraumagenturen wie ESA und NASA an dem Event – so auch die „Luxembourg Space Agency“ und der Satellitenbetreiber SES. Luxemburg ist heute der weltweite Hauptsitz der In-

itiative. Daher finden im Großherzogtum zahlreiche Events im Rahmen des „Asteroid Days“ statt. Am Dienstag hält zum Beispiel das Nationalmuseum für Naturgeschichte ein Webinar ab, währenddessen die Besucher eine virtuelle Tour durch den Ursprung des Sonnensystems und die Meteoritensammlung des Museums machen können. Daneben gibt es Vorträge von den Meteoritenforschern des Landes. *ThK*

► www.asteroidday.org

Große Steine und viel Asche

ASTEROIDEN Wie Luxemburg hilft, den Weltuntergang abzuwenden

Yves Greis

Bei der Verteidigung der Erde gegen Asteroideneinschläge hat Luxemburg seine Finger im Spiel. Wie sich herausstellt, gibt es durchaus Überschneidungen zwischen der Rettung der Erde und Space Mining.

Als der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider 2016 der Welt verkündete, dass Luxemburg eine führende Rolle beim Weltraumbergbau spielen will, sorgte das international für Aufsehen und national für hochgezogene Augenbrauen. Ein so kleines Land will im Weltall mitmischen? Ganz so abwegig war das nicht. Immerhin ist Luxemburg seit den 80er-Jahren eine feste Größe im Geschäft mit Fernsatsatelliten. Seit Schneiders Ankündigung hat sich Luxemburg ein Gesetz gegeben, das Unternehmen mit Sitz im Großherzogtum Rechtssicherheit gibt, wenn sie im Weltraum nach Rohstoffen schürfen. Außerdem ist eine sehr lebendige Weltraumbranche entstanden und das Land hat mit der Luxembourg Space Agency (LSA) seine eigene Weltraumorganisation gegründet, deren primäres Ziel es ist, diesen Sektor in Luxemburg zu entwickeln.

Luxemburgs Rolle bei der planetaren Verteidigung

Etwas weniger sichtbar, wenn auch nicht weniger spektakulär, ist die Tatsache, dass Luxemburg mittlerweile eine wichtige Rolle in der planetaren Verteidigung spielt. Einige der noch zaghaften weltweiten Anstrengungen in der Vorbeugung von Asteroideneinschlägen finden in Luxemburg statt. Wie kommt das? Als Etienne Schneider und sein Ministerium 2016 anfangen, Weltraumunternehmen nach Luxemburg zu holen, etablierte sich auch ein anderer Akteur hier. Die Rede ist von der „Asteroid Day Fun-

dition“. Diese Organisation hat zum Ziel, sowohl auf die Gefahren als auch auf den Nutzen von Asteroiden aufmerksam zu machen. Die Organisation richtet jedes Jahr am 30. Juni einen „Tag der Asteroiden“ aus. Um dieses Datum herum finden weltweit Veranstaltungen statt, die für das Thema sensibilisieren sollen. Das prominente Gesicht der Organisation ist Brian May, der Lead-Gitarrist der Band Queen. May erhielt 2007 seinen Dokortitel im Fach Astrophysik. Er kennt sich also in der Materie bestens aus.

Tag der Asteroiden

Im Jahr 2016 haben die Vereinten Nationen den Asteroidentag offiziell zum internationalen Tag des Bewusstseins und der Aufklärung über Asteroiden erklärt. Auf ihrer Internetseite bezieht die Organisation sich explizit auf die luxemburgische Regierung: „Dank seiner Partner und Unterstützer, insbesondere der Regierung Luxemburgs, wo die Stiftung ihren Sitz hat, hat der Asteroidentag bedeutende Fortschritte bei der Aufklärung der Welt über Asteroiden gemacht.“

Asteroiden sind große Felsbrocken, die bei der Entstehung der Planeten im Sonnensystem vor 4,567 Milliarden Jahren übrig blieben. Eine große Ansammlung von ihnen befindet sich im Asteroidengürtel zwischen den Umlaufbahnen von Mars und Jupiter, wo sie seit Äonen um die Sonne kreisen. Anders als auf den Planeten, haben auf den kalten und kahlen Asteroiden seit der Entstehung des Sonnensystems kaum chemische Prozesse stattgefunden – für Wissenschaftler eine faszinierende Tatsache. Die Forscher glauben, von ihnen mehr über die Formation der Planeten und möglicherweise sogar über die Entstehung des Lebens lernen zu können.

Asteroiden werden von den großen Weltraumorganisationen – darunter die NASA und die ESA – und von Amateuren genauestens

beobachtet. Dennoch sind längst nicht alle Asteroiden im System kartografiert. Es gibt also Millionen kleinerer Felsbrocken, die sich ohne Aufsicht im Sonnensystem bewegen. Mit zunehmendem Verkehr im Sonnensystem kann dies durchaus gefährlich für Menschen und Ausrüstung werden.

Die Gefahr durch Asteroiden ist kein Hirngespinnst. Immerhin wird ein Asteroideneinschlag für das Aussterben der Dinosaurier verantwortlich gemacht. Laut ESA gehen Forscher davon aus, dass die Erde bereits über drei Millionen Einschlagskrater mit einem Durchmesser von mehr als 1 km erlitten hat. Der größte bekannte erstreckt sich über einen Durchmesser von mehr als 300 km. Es handelt sich um den Vredefort-Krater in der südafrikanischen Provinz Freistaat. Der Einschlag soll vor etwa 2.023 Millionen Jahren stattgefunden haben.

Welche Kraft selbst kleine Asteroiden haben können, zeigen Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit. Zum einen soll das bekannte Tunguska-Ereignis durch einen Asteroiden verursacht worden sein, der zwischen 30 und 40 Metern Durchmesser hatte. Dabei wurden 80 Millionen Bäume in der entlegenen sibirischen Region einfach umgepustet. Zum anderen gilt ein Asteroid mit einem Durchmesser von 20 Metern als wahrscheinliche Ursache für eine Schockwelle, die 2013 in sechs Städten in ganz Russland zu spüren war. Auch die vielen Krater auf dem Mond sind eine von der Erde aus gut sichtbare Mahnung.

Gemeinsam gegen Gefahr aus dem All

Die amerikanische und die europäische Weltraumbehörden NASA und ESA nehmen die Gefahr so ernst, dass sie eine gemeinsame Mission ins Leben gerufen haben. Gemeinsam wollen sie versuchen, einen Asteroiden kinetisch zu bombardieren, um seine Flugbahn

zu verändern.

Das Ziel der Mission ist ein Zwilling-Asteroiden-System namens Didymos. Dabei handelt es sich um einen Brocken von 800 Metern Durchmesser und seinen kleinen Begleiter (einen Mond) mit rund 170 Metern Durchmesser. Die Forscher haben den kleinen Felsen informell auf den Namen „Didymoon“ getauft. Zusammen werden sie 2022 bis auf 11 Millionen Kilometer an die Erde herankommen.

Die NASA wird dabei zuerst aktiv. Sie wird mit ihrer DART-Sonde den kleineren der Asteroiden bombardieren. Danach wird die ESA ihre HERA-Sonde auf den Asteroiden zusteuern und kleinere, schuhschachtelgroße Satelliten ausschwärmen lassen. Mit ihrer Hilfe wird HERA den Asteroiden genau vermessen und so das Resultat des Experiments überprüfen. Vieles davon soll autonom passieren, also ohne das Zutun der Ingenieure auf der Erde. Dabei wird auch die Einsatzfähigkeit eines neuartigen Intersatelliten-Links bei solchen Operationen geprüft, schreibt die ESA in der Erklärung zu einem Video über die Mission. Die ESA bezeichnet HERA als ihre „Mission zur planetaren Verteidigung“.

Anlässlich des diesjährigen (aufgrund der sanitären Krise etwas anderen) Tages der Asteroiden organisierte die ESA ein französischsprachiges Panel von Experten, das von dem französischen Wissenschafts-Youtuber Bruce Be-

namran moderiert wurde. Unter den Teilnehmern waren auch LSA-Direktor Marc Serres und HERA-Projektleiter Ian Carnelli.

Serres erklärte Benamran die Luxemburger Perspektive, die sich von der reinen Forschungsperspektive der anderen Panel-Teilnehmer etwas unterscheidet. Die bereits angesprochene Space-Mining-Initiative sieht Asteroiden, aber auch den Mond, als Tankstelle und Rohstofflager für zukünftige Astronauten und Siedler im Weltall. Bislang müssen Astronauten alles, was sie im Weltall brauchen – wie etwa Atemluft, Baumaterial und Treibstoff – aus der Gravitation der Erde in den Weltraum hochschaffen. Könnten sie Rohstoffe wie Metall und Wasser, das sie auf Asteroiden, aber auch auf dem Mond finden, verwenden, wäre das eine riesige Erleichterung, wie Serres Benamran erklärte (daneben schielen einige schon auf die großen Vorkommen von Edelmetallen).

Und unterm Strich ist es das Ziel Luxemburgs, dass hier niedergelassene Unternehmen die Ressourcen im Weltall abbauen und dann anderen Staaten oder privaten Unternehmen, die im Weltall aktiv sind, weiterverkaufen. Ein wenig so wie die schlaunen Geschäftsleute während des Goldrushs in Amerika, die den Goldsuchern Schippen und Proviant verkauften und so ein sicheres Einkommen hatten – anders als die Goldsucher selbst.

Noch einiges an Entwicklung nötig

Space Mining gilt als technisch durchaus machbar, allerdings ist noch einiges an Entwicklung notwendig. Und es lassen sich durchaus Synergien mit der planetaren Verteidigung finden. Die bei HERA erforschten, teils selbstständig operierenden Sonden etwa. Das jedenfalls behauptet Carnelli. Landungen mit Sonden auf Asteroiden seien auch ohne autonome Sonden möglich. Sowohl Rosetta wie auch Hayabusa II wurden bei ihren Landungen von Ingenieuren auf der Erde ferngesteuert. Jedoch gibt es aufgrund der Distanz zwischen Sonde und Erde eine Verzögerung, die kniffligere Manöver erschwert. Wenn der Pilot der Sonde einen Befehl erteilt, dann reist das Signal „nur“ mit Lichtgeschwindigkeit von der Erde zur Sonde. Über solch große Distanzen können so Sekunden vergehen.

„Mit HERA machen wir einen Schritt in die Zukunft, der uns eines Tages komplizierte Operationen wie etwa das Dranhängen an einen Asteroiden erlaubt, um dort nach Rohstoffen zu schürfen“, so Carnelli. Die gleiche Technologie, die die HERA-Mission zur planetaren Verteidigung entwickelt, wird also auch dem Space Mining zugutekommen.

Aus zwei mach eines

Der Glashersteller Guardian will die Werke Bascharage und Düdelingen zusammenn legen

LUXEMBURG

CORDELIA CHATON

Der Glashersteller Guardian will die Standorte Bascharage und Düdelingen nächsten Monat zusammennlegen. Das gab die Gewerkschaft OGBL gestern auf einer Pressekonzferenz bekannt. Laut Allain Rolling, dem stellvertretenden Generalsekretär des OGBL, ist ein Einschreiben des international aktiven US-Fabrikanten eingetroffen, aus dem hervorgeht, dass die Standorte Luxguard I in Bascharage und Luxguard II in Düdelingen „um den 6. August“ herum zusammen gelegt werden sollten. Laut Rolling wird der Ofen in Düdelingen schon im Juli abgeschaltet.

Der Glashersteller, der rund 450 Mitarbeiter in den beiden Werken beschäftigt, hatte eine solche Lösung bereits bei der Bekanntgabe einer möglichen Schließung am 17. Juni angesprochen. Als Grund hatte Guardian angegeben, dass sich die Investitionen in einen neuen Floatglasofen nicht lohnen würden. Guardian hat in Luxemburg seine Investitionen bis 2021 eingefroren. 2021 ist jenes Jahr, in dem der Konzern sein 40-jähriges Jubiläum in Luxemburg hat. Nach einer Feier sieht es jedoch vorerst nicht aus, zumal bekannt wurde, dass Guardian in Polen in einen Floatglasofen investiert und die Produktionskapazitäten dort erhöht.

Die Gewerkschaft verlangt nun Arbeitsplatzgarantien für alle Mitarbeiter. Diese hatte sie bereits zuvor gefordert, ebenso wie ein klares Projekt seitens des Industriekonzerns. Den Gewerkschaftern ist nicht klar, was aus dem 200 Mitarbeitern in Düdelingen werden soll. Denn man ergänze sich zwar mit Bascharage, aber es seien unterschiedliche Aktivitäten, betonten die Gewerkschaftsvertreter. Aus den Äußerungen Rollings ging weiter hervor, dass eine Schließung des Glasofens bereits 2018 angedeutet wurde. Trotz zahlreicher Nachfragen habe es nie eine klare Auskunft gegeben.

Ein neuer Ofen würde laut Rolling 80 bis 100 Millionen Euro kosten. Er ist der Meinung, dass Guardian sich das leisten könne, da beide Werke in den vergangenen Jahren immer rentabel gearbeitet hätten. Das ärgert die Gewerkschaft um so mehr, weil Guardian nicht nur in Luxemburg produziert, sondern seit 2016 auch seinen europäischen Hauptsitz nach Luxemburg verlegt hat. Da wurmen die Investitionen in Polen um so mehr.

Jetzt überlegt die Gewerkschaft, wie sie weiter vorgeht. Dabei schließt sie eine Arbeitsniederlegung nicht aus - dies unter Verweis darauf, dass das Werk in Bascharage immer voll ausgelastet sei. Zuvor aber will die Gewerkschaft sich mit den Mitarbeitern über das weitere Vorgehen beraten. Guardian ist auch ein politisches Dossier, zu dem es bereits mehrere parlamentarische Anfragen gab, unter anderem deshalb, weil Ex-Wirtschaftsminister Etienne Schneider vor rund zwei Jahren am Sitz des

US-Riesen zu Besuch war und damals alles nach eitel Sonnenschein aussah.

Guardian Glass war nach der Stahlkrise ins Land gekommen. 1988, acht Jahre nach Bascharage, entstand das Werk in Düdelingen. Seit 2017 gibt es

ein Wissenschaftszentrum in Düdelingen. 2016 hatte das US-Unternehmen Koch Industries Guardian Industries übernommen. Guardian Industries war 1932 in Auburn Hills, Michigan gegründet worden und beschäftigt rund 20.000 Menschen. Guardian Glass ist ein Teil des Konzerns Guardian Industries. ☼

„Im Moment ist es noch zu früh“

ALAIN ROLLING, stellvertretender Generalsekretär OGBL über Aktionen

Abhängigkeit von Importen bleibt groß

LUXEMBURG Der nur langsame Siegeszug des eigenen grünen Stroms

Christian Muller

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit wird aktuell hierzulande vom Bau neuer Solaranlagen und von neuen Rekorde bei der Produktion von erneuerbaren Energien berichtet. Doch die Zahlen bleiben überschaubar. Nach wie vor ist Luxemburg, was die Stromversorgung angeht, überaus stark abhängig von Importen.

Die in Luxemburg installierte Strom-Erzeugungskapazität ist im Jahr 2019 deutlich gestiegen (von 425 MW im Vorjahr auf 488 MW im Jahr 2019). Das geht aus dem Bericht „Chiffres clés du marché de l'électricité 2019“ der Aufsichtsbehörde ILR („Institut luxembourgeois de régulation“) hervor. Als Folge der höheren Kapazität war 2019 auch die Erzeugung von erneuerbarer Energie hierzulande von 688 GWh im Jahr 2018 auf 802 GWh gestiegen. Dies ist hauptsächlich auf die Stromerzeugung aus Windkraft (+27 GWh), Fotovoltaik (+12 GWh), Biomasse (+65 GWh) und Wasserkraft (+14 GWh) zurückzuführen, so das ILR. Letztes Jahr wurden ein Holzabfallkraftwerk (20 MW) beim Unternehmen Kronospan, neue Windturbinen (13 MW) und neue Fotovoltaikanlagen (29

MW) in Betrieb genommen.

Im laufenden Jahr 2020 konnte das Energieministerium dann berichten, dass im Monat April die eigene Solarproduktion rund 26 Prozent des Verbrauchs der Haushalte abdecken konnte. Hintergrund waren einerseits der niedrigere Verbrauch (durch die Ausgehbeschränkungen) und andererseits neue Spitzenwerte bei der Produktion.

Großteil des verbrauchten Stroms importiert

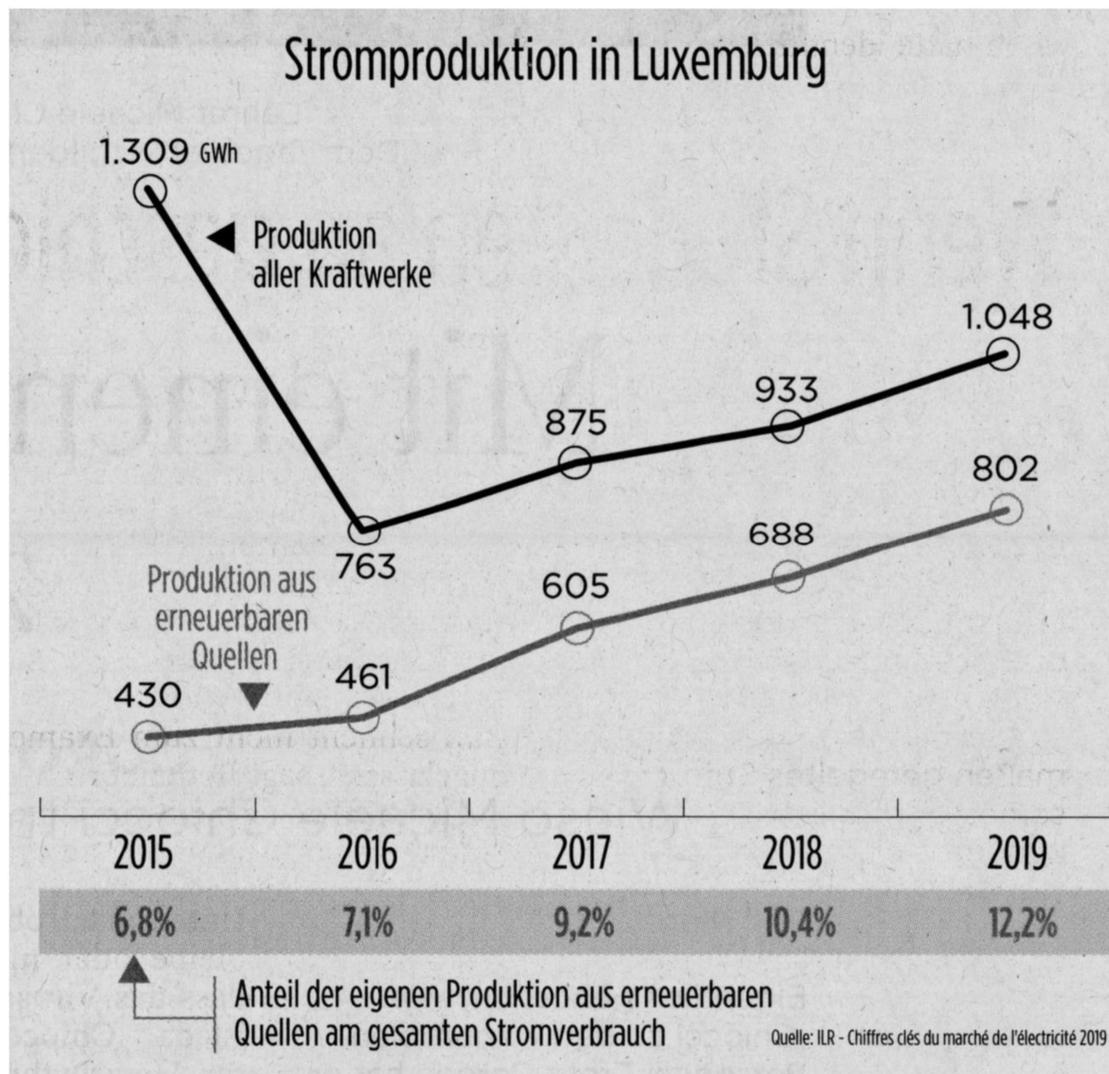
Doch trotz all den schönen Wachstumswahlen musste Luxemburg satte 84,1 Prozent der hierzulande verbrauchten Elektrizität im Jahr 2019 importieren. Nur 15,9 Prozent des nationalen Verbrauchs konnten durch die nationale Produktion abgedeckt werden. Zum Vorjahr ist das bereits eine kleine Verbesserung: Im Jahr 2018 hatte Luxemburg nur 14,1 Prozent des nationalen Verbrauchs mit der nationalen Produktion abgedeckt, im Jahr 2016 waren es erst 11,7 Prozent. Der größte Teil der Importe (mehr als 70 Prozent) kommt aus Deutschland.

Vor einigen Jahren wurde in Luxemburg noch deutlich mehr Strom produziert. Doch im Jahr 2016 wurde das Gaskraft-

werk Twinerg in Esch/Alzette geschlossen. Die Produktion hatte sich seit einigen Jahren finanziell nicht mehr gelohnt. Mittlerweile steht nicht einmal mehr das Gebäude. Es wurde komplett abgerissen. Den Produktionsrückgang aus dieser Schließung konnte Luxemburg bisher nicht wettmachen. Noch heute produziert das Land weniger Strom als vor fünf Jahren.

Doch auch wenn insgesamt weniger Strom hergestellt wird als noch vor einigen Jahren, so hat im selben Zeitraum die Produktion von erneuerbarer Energie hierzulande deutlich und stetig zugelegt. Innerhalb von fünf Jahren hat sich das Volumen praktisch verdoppelt. Hintergrund sind die stetigen Investitionen. „Der Anstieg der Stromproduktion zwischen 2016 und 2019 ist das Ergebnis einer höheren Produktion aus Wind-, Biomasse- und Fotovoltaik-Kraftwerken“, schreibt das ILR.

Mittlerweile (2019) steht die heimische Produktion erneuerbarer Energie für 12,2 Prozent des gesamten Verbrauchs, hat das ILR errechnet. Vor einem Jahr waren es erst 10,4 Prozent. 2015 lag die Quote jedoch erst bei 6,8 Prozent. Zu den erneuerbaren Energien zählen Wasserkraft, Windkraft, Biogas, Fotovoltaik, Biomasse und die Müllverbrennung.



Arbeitslosigkeit verharrt bei 7 Prozent

LUXEMBURG Keine weitere Verschlechterung im Juni

Christian Muller

Insgesamt 19.876 Personen waren im Juni beim Luxemburger Arbeitsamt Adem eingeschrieben – 4.839 Menschen mehr als vor einem Jahr. Das teilte die Behörde am Montag per Pressemitteilung mit. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 7 Prozent. So düster wie in den Monaten März und April sehen die Zahlen aktuell nicht mehr aus. Im Monat Juni verharrte die Arbeitslosenquote hierzulande bei 7 Prozent, bereits zum dritten Mal in Folge. Zu Jahresbeginn sah die Lage in Luxemburg trotzdem noch erfreulicher aus: Damals wurde eine Arbeitslosenquote von 5,5 Prozent gemessen.

In den Monaten März und April war die Arbeitslosenquote dann schnell angesprungen, erst auf 6,1 Prozent, dann auf 7 Prozent. Es war eine direkte Folge der Maßnahmen, die getroffen wurden, um das Coronavirus zu bekämpfen. „Der Zustrom ist hauptsächlich auf Bauarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen zurückzuführen“, erklärte die Adem im März. Im April überschritt die Zahl der Arbeitslosen erstmals die Marke von 20.000 Personen.

Im Monat Juni berichtet die Behörde nun, wie bereits im Mai, dass die Entwicklung aktuell weniger durch einen starken Anstieg an Neueinschreibungen gekennzeichnet sei – vielmehr werde die Entwicklung geprägt durch weniger Eingeschriebene, die einen neuen Job finden. Während die Adem im Juni 2,3 Prozent weniger neue Akten für Arbeitssuchende anlegte als im Vorjahr, so hat sich die Zahl der abgeschlossenen Akten jedoch fast halbiert. Die Suche nach Arbeit wird schwieriger.

Zahl der Grenzgänger steigt

Ein Lichtblick ist hier, dass die Zahl der bei der Adem gemeldeten freien Arbeitsplätzen wieder am Steigen ist. Im Juni haben die Arbeitgeber 3.003 offene Stellen gemeldet, ein Anstieg von 30 Prozent im Vergleich zum Vormonat. Jedoch sind die Zahlen immer noch niedrig, 16,5 Prozent unter denen des Vorjahreszeitraums.

Auch die Zahl aller Arbeitsplätze im Land ist laut neuen Statec-Zahlen im Juni leicht gestiegen. Nach überaus heftigen Rückgängen in den Monaten März und April war sie bereits im Mai wieder stark angestiegen. Im Juni verlief der Anstieg gemüthlicher: Ein Plus von rund 600 Arbeitsplätzen wurde verzeichnet. Im Vormonat wurden fast 4.000 neue Stellen geschaffen. Dennoch liegt die Zahl weiterhin mit 3.749 unter ihrem Höchststand vom Februar (474.536 Beschäftigte).

Auch wieder zugelegt hat im Juni die Zahl der Grenzgänger. Sie hatte nur im Monat März einen deutlichen Rückgang verzeichnet. Im April stieg sie bereits wieder um etwa 150 Personen an. Im Mai war es ein Plus von 775 Personen. Im Juni nun ein weiteres Plus von rund 530 Personen. Die Zahl der nunmehr 202.756 Grenzgänger ist aber immer noch niedriger als vor der Krise (Februar: 205.708 Personen).

Lage bei Jugendlichen bleibt angespannt

Bei den Jugendlichen (unter 30 Jahren) bleibt die Situation trotz einer leichten Verbesserung gegenüber dem Vormonat sehr angespannt. Die Zahl der Be-

troffenen ist im Juni um 65 auf 4.398 gesunken. Das sind aber immer noch 51,9 Prozent mehr arbeitssuchende Jugendliche als im Juni letzten Jahres. Gleichzeitig schrumpft die Zahl verfügbarer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Vor einem Jahr waren 246 Menschen mehr bei derartigen Maßnahmen eingeschrieben, schreibt das Amt. Jedoch ist auch diese Zahl bereits eine leichte Verbesserung zum Vormonat.

Auch andere Studien zeigen, dass die Jugendlichen die Folgen der Eindeichungsmaßnahmen mit am meisten zu spüren bekommen. „Junge Menschen im Alter von 18-24 Jahren und Menschen im Alter von 45-54 Jahren sind am stärksten von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie betroffen“, schreibt Statec im Regards 9-2020. Laut den Ergebnissen haben in der gesamten Bevölkerung 16 Prozent der Menschen Einkommensverluste gehabt. Bei den unter 25-Jährigen waren jedoch fast 25 Prozent der Befragten betroffen.

Hinzu kommt nun, dass die gewöhnlichen Sommerjobs für Studenten, sei es in Restaurants oder Büros, wie auch viele Praktikamöglichkeiten in diesem Jahr nicht angeboten werden können. Neben den direkten finanziellen Einbußen ist fehlende Berufserfahrung nicht ideal für einen angehenden Jobsucher – gerade in Zeiten, wo weniger Jobs geschaffen werden als sonst.

Was die Jugendarbeitslosigkeit angeht, zählt Luxemburg im Europavergleich nicht zu den guten Schülern. Jeder Vierte unter 25, der eine Arbeit sucht, kann keine finden. Das zeigen die Zahlen von Europas statistischem Institut Eurostat. Noch schlechter schneidet im Mai innerhalb der EU nur Spanien ab.

Nur Dänemark und Irland sind teurer

LUXEMBURG Verbraucherpreise liegen weit über dem europäischen Durchschnitt

Christian Muller

In nur sehr wenigen Kategorien liegt Luxemburg, was Verbraucherpreise angeht, unter dem europäischen Durchschnitt. Es gibt in der europäischen Union nur zwei Länder, in denen die Preise höher sind als hierzulande. Das geht aus neuen Daten von Eurostat hervor.

Dass Luxemburg kein billiges Pflaster ist, ist den Verbrauchern hierzulande bekannt. Dies wurde nun von Europas statistischem Institut erneut bestätigt. Hierzulande liegen die Preise für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen 31 Prozent über dem Durchschnitt in Europa. In Belgien, Deutschland und Frankreich sind die Preise ebenfalls höher – um 15, 7 bzw. 14 Prozent.

Nur in zwei Ländern der EU, in Dänemark (41 Prozent über dem EU-Durchschnitt) und Irland (34 Prozent), ist das Shopping noch teurer als in Luxemburg. Am günstigsten sind die Preise für Verbraucher in Bulgarien. Dort kosten viele Waren fast nur halb so viel wie im europäischen Durchschnitt. „Mithin unterschieden sich die Preisniveaus für Verbrauchsgüter und Dienstleistungen in der EU zwischen dem günstigsten und dem teuers-

ten Mitgliedstaat fast um das Dreifache“, schreibt Eurostat in einer Pressemitteilung.

Zum Vorjahr bedeutet das Ranking für Luxemburg keine Veränderung. Auch damals waren nur diese beiden Länder teurer. Bereits im Jahr 1995, dem ersten Jahr mit verfügbaren Daten, lag das Großherzogtum auf dem dritten Platz der teuersten Länder (21,4 Prozent über dem europäischen Durchschnitt). Damals noch hinter Dänemark und Finnland. Irland ist seit 2013 teurer als Luxemburg.

In den Jahren 2000 bis 2005 hatte sich die Lage für die Verbraucher in Luxemburg wieder verbessert. Zu der Zeit lagen die Preise im Schnitt lediglich etwa 13 Prozent über denen der EU. Luxemburg galt nur noch als fünft-teuerstes Land Europas. Doch seit 2016 sind die Verbraucherpreise in Finnland günstiger als hierzulande. In Schweden seit 2017.

Billiger als der europäische Durchschnitt ist Luxemburg nur in ganz wenigen Bereichen. Dazu zählen alkoholische Getränke, Tabakwaren (jeweils 4 Prozent billiger) sowie private Verkehrsmittel (3 Prozent billiger). Absoluter Spitzenreiter bei den Preisen ist Luxemburg, was Einrichtungsgegenstände fürs Haus

(24,3 Prozent mehr als im europäischen Durchschnitt) angeht. Die allgemeinen Kosten rund um die eigenen vier Wände fallen mit 69,8 Prozent zwar noch heftiger aus – jedoch wird das Großherzogtum in dem Bereich noch von Irland (76,9 Prozent teurer) übertroffen. Teurer als im europäischen Durchschnitt sind hierzulande auch Dienstleistungen von Hotels und Restaurants (um 23 Prozent), Bekleidung (um 9 Prozent) und Unterhaltungselektronik (um 8 Prozent).

Selbst bei Lebensmitteln zählt Luxemburg zu den teuersten Ländern der EU. Nur in Dänemark sind die Preise noch höher. Produkte aus dem Bereich „Nahrungsmittel & alkoholfreie Getränke“ kosten hierzulande im Schnitt 24 Prozent mehr als sonst wo in der EU. Dies ist übrigens kein Widerspruch zu anderen (Luxemburger) Studien, die besagen, dass die Lebensmittelpreise hierzulande wettbewerbsfähig seien. In diesen Studien werden Preise für Alkohol mitgerechnet – bei Eurostat nicht. Laut Letzterem sind Lebensmittelpreise in Frankreich und Belgien leicht günstiger als in Luxemburg und in Deutschland gar deutlich billiger.

Seismograph der Wirtschaft

An den Quartalszahlen von ArcelorMittal lassen sich die Konsequenzen der Corona-Krise ablesen

Von Pierre Leyers

Mit Spannung erwarten Anleger und Aktienanalysten die für den heutigen Donnerstag angekündigte Bekanntgabe der Quartalszahlen des Stahlriesen ArcelorMittal. Die zyklische Stahlbranche gilt als Seismograph der gesamten Wirtschaft. Von dem Schwergewicht ArcelorMittal wird gerade in Corona-Zeiten ein deutliches Signal erwartet, wie die Konjunktur sich in den kommenden Monaten entwickeln wird. Wichtig beim Stahl ist immer das Verhältnis zu anderen Industrien. Hochöfen und Walzstraßen produzieren für Maschinenbauer, für die Baubranche, und auch für Autoproduzenten. An den Auftragsbüchern der Hüttenwerke lassen sich das Konsumklima und die Investitionspläne der kommenden Monate ablesen.

Kursziele gehen weit auseinander 14,00 oder 9,00 Euro? So weit gehen die Kursziele und Ratings der wichtigsten Aktienanalysten auseinander, was die Aktie von Arce-

lorMittal vor Veröffentlichung der Quartalsergebnisse angeht.

Derzeit harrt der Aktienpreis mit 9,62 Euro (Stand: Mittwoch, 29. Juli) eher am unteren Ende der Erwartungen aus. Der Kurs hat seit einem Jahr eine regelrechte Talfahrt hinter sich. Am 29. Juli 2019 war des Stahlpapier noch 15,07 Euro wert. Mehr als ein Jahr früher, im Januar 2018, lag der Preis aufgrund der damals hohen Stahlnachfrage noch leicht über 30 Euro.

Am zuversichtlichsten äußert sich Jack O'Brien, Analyst bei Goldman Sachs, zu dem Stahlpapier. Er bewertet den Titel in seiner Analyse vom 24. Juli 2020 weiterhin mit „Kaufen“ und belässt das Kursziel bei 14 Euro. O'Brien ist optimistisch, dass der Stahlhersteller im zweiten Quartal den Tiefpunkt der Gewinnentwicklung erreicht hat. Auch sieht er bereits Anzeichen einer Erhöhung der Nachfrage, etwa seitens der Automobilindustrie.

Am anderen Ende der Einschätzungen rangiert die US-Bank

JPMorgan. Sie hat das Kursziel für ArcelorMittal von 8,50 auf 9 Euro angehoben und die Einstufung auf „Neutral“ belassen. Das neue Kursziel resultiere aus den angepassten Schätzungen für die europäischen Stahlwerte, schreibt Analyst Luke Nelson in einer am 14. Juli erschienenen Branchenstudie.

Die US-Investmentbank Morgan Stanley wiederum hat das Kursziel für ArcelorMittal von 13,50 auf 13,30 Euro leicht gesenkt, aber die Einstufung auf „Überbewertet“ belassen. Die Unterbrechung der Metallnachfrage durch die Corona-Krise sei heftig, aber nur kurz gewesen, schrieb Analyst Alain Gabriel in einer seit dem 22. Juni vorliegenden Branchenstudie.

Dämpfend auf die Kursentwicklung könnten sich die am Montag bekanntgewordenen Ermittlungen italienischer Behörden gegen ArcelorMittal wegen des Verdachts auf Betrug mit Geldern für Kurzarbeit während der Zeit des Lockdown auswirken.

Die Corona-Krise hat der euro-

päischen Stahlindustrie schwer zugesetzt. Schon 2019 ging der Stahlverbrauch um fünf Prozent zurück. Nachdem in der Viruskrise die Automobilhersteller, traditionell die wichtigsten Kunden, ihre Werke stilllegten, sank die Nachfrage ins Bodenlose.

Waren es 2016 noch Billigimporte aus China, die in Europa für einen Preisverfall sorgten, ist es heute eine fortschreitende Industrierezession, bei der die Pandemie als Brandbeschleuniger wirkt. Milliardenausgaben für Klimaschutz und Strukturanpassungen bilden für die Stahlhersteller die größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Gleichzeitig hat die Branche noch kein Mittel für ein immer wiederkehrendes Übel gefunden: Überkapazitäten.

Weltweit zählt ArcelorMittal etwa 200 000 Beschäftigte. Mit 3 900 Mitarbeitern ist der Konzern nach Post, CFL, Cactus und der Reinigungsfirma Dussmann derzeit der fünftgrößte Arbeitgeber in Luxemburg.

Kundschaft aus dem Risikogebiet

Geschäfte in Deutschland können Luxemburger nicht ohne triftigen Grund abweisen

Von Diana Hoffmann

Luxemburg. Nachdem in der vergangenen Woche Personen aus dem Großherzogtum in Hotels in Deutschland abgewiesen wurden (siehe LW von gestern), da sie aus dem „Risikoland“ Luxemburg kommen, rumort es wieder in den sozialen Netzwerken. Im nahen Grenzgebiet würden Personen aus Luxemburg aufgrund ihrer Nationalität aus Geschäften verwiesen, so die viel kommentierte Annahme. Ein solches Vorgehen ist zu Recht ein Grund zur Empörung. Wie sich die Geschichte oder Geschichten in den Geschäften nun wirklich zugetragen haben, darüber gab es bislang keine Angaben. Keines der „Opfer“ war auffindig zu machen.

Eines der beschuldigten Geschäfte ist „Möbel Martin“ aus Konz. Die Geschäftsleiterin zeigt sich auf Nachfrage hin entsetzt: „Es gab vergangene Woche keinen solchen Vorfall in unserem Geschäft.“ Der Hygieneplan werde strikt eingehalten und man freue sich auf Kunden aus Luxemburg. Nur, wenn ein Kunde ohne triftigen Grund keine Maske tragen wolle, könne er des Geschäftes verwiesen werden. Aber auch einen solchen Fall habe es nicht gegeben. Nur Fake News darüber, dass Kunden mit luxemburgischem Autokennzeichen einen Strafzettel auf dem Gelände erhalten hätten.

Doch es gibt offenbar ein Verständigungsproblem, denn zahlreiche Einwohner aus Luxemburg haben sich in den vergangenen Tagen an das Außenministerium gewandt, da sie trotz eines negativen Corona-Tests von verschiedenen deutschen Hotels und Einrichtungen abgewiesen worden waren. Außenminister Jean Asselborn (LSAP) erklärt auf Nachfrage, dass die Beschwerden sorgfältig überprüft werden. „Sollten sich die Vorwürfe als gerechtfertigt erweisen, raten wir den Betroffenen, sich an die deutsche Bot-

schaft in Luxemburg zu wenden“, so der Minister.

„Weder Pest noch Cholera“

Der Außenminister warnte zudem davor, dass das gute Verhältnis zwischen Luxemburg und Deutschland durch die Zurückweisungen Schaden nehmen könnte: „In Luxemburg gibt es weder Pest noch Cholera. Wir halten uns an die offiziellen Bestimmungen aus Berlin.“ Wer einen negativen Test vorweisen könne, müsse auch aufgenommen werden, so der Diplomatiefachmann. Gleichzeitig appelliert er aber auch an die Luxemburger, sachlich zu bleiben, trotz der ungewöhnlichen Situation.

Erklärungen darüber, was den Leitern von Geschäften oder Hotels in Deutschland nun gestattet ist und was nicht, gibt es bei der Staatskanzlei des an Luxemburg grenzenden Bundeslands Rheinland-Pfalz. Gleich zu Beginn stellt Janosch Littig, stellvertretender Sprecher der Landesregierung Rheinland-Pfalz, klar: „Der Inhaber eines Geschäftes oder eines Hotels ist nicht dazu verpflichtet, zu kontrollieren, ob die Quarantänebedingungen eingehalten werden. Dies ist hoheitliche Aufgabe.“ Also die von Polizei und Ordnungsamt.

Quarantäne ist für Einwohner Luxemburgs, die nach Deutschland einreisen, seit dem 14. Juli notwendig. Dies, nachdem das Land vom deutschen Robert-Koch-Institut aufgrund der vielen Corona-Neuinfektionen als Risikogebiet eingestuft wurde. Einzige Möglichkeit, einer zweiwöchigen Quarantäne zu entgehen, ist das Mitführen eines negativen Corona-Tests, der nicht älter als 48 Stunden ist. Grenzpendler oder Menschen, die beruflich in Deutschland oder Luxemburg tätig sind, sind von der Regelung ausgenommen.

Doch zurück zu dem konkreten Fall. In einem Geschäft oder einem Hotel gilt das Hausrecht. Das bedeutet, dass der Betreiber einem Kunden wegen eines triftigen

Grunds den Zutritt verwehren kann. „Als triftiger Grund gilt etwa, wenn er Fieber hat oder sehr stark hustet. Jedoch gilt alleine die Nationalität keinesfalls als triftiger Grund“, erklärt Janosch Littig. Der Inhaber könne ja außerdem nicht wissen, ob sich der Kunde davor einer Quarantäne unterzogen hat oder ob es sich nicht um einen Luxemburger handelt, der dauerhaft in Deutschland lebt. Geschäfte und Hotels haben somit keine Rechtsgrundlage, um Kunden aus Luxemburg nicht zu bedienen.

Keine gezielten Kontrollen

Der Verstoß gegen das Infektionsschutzgesetz, also in diesem Fall die Nichtberücksichtigung der Quarantäne, kann in Deutschland mit einer Strafe von bis zu 25 000 Euro geahndet werden. Dabei wird aber dann nur die Person zur Rechenschaft gezogen, die das Gesetz missachtet hat und nicht der Betreiber eines Gewerbes. „Im Moment werden an der deutschen Grenze zu Luxemburg keine Grenzkontrollen durchgeführt“, unterstreicht der stellvertretende Sprecher der Landesregierung.

Die deutsche Polizei bestätigt dies und verneint gezielte Kontrollen an Autos mit luxemburgischen Kennzeichen. Uwe Konz, Sprecher der Landespolizei Trier, erklärt, es seien keine entsprechenden Kontrollstellen aufgestellt worden. „Das ist ein Gerücht, das sich letzte Woche aufgetan hat“, so Konz.

Solche Kontrollen seien aber sowieso schlichtweg nicht umsetzbar. Im Grenzgebiet leben viele Menschen, die berufsbedingt täglich nach Luxemburg pendeln und demnach mitunter auch Fahrzeuge mit luxemburgischen Kennzeichen fahren. Stefan Döhn, Sprecher der Bundespolizeiinspektion Trier, unterstreicht, dass die Beamten der Bundespolizei ebenfalls derzeit keine solchen Kontrollen durchführen.

Kommentar

Verständnis wäre gut

Von Diana Hoffmann

Die Lage in Luxemburg ist in einigen Kreisen angespannt. Der Grund dafür ist Corona – sollte man meinen. Es könnten die vielen Kranken sein, die Betriebe, die vor der Pleite stehen, die Ungewissheit. Aber nein, das ist es nicht. Viele Luxemburger sehen ihre Freiheit in Gefahr. Vor allem ihre Reisefreiheit. Luxemburger wurden näm-

lich aufgrund einer fadenscheinigen Argumentation ausgegrenzt, durch die Klassierung der Landes als Risikogebiet.

Doch nicht die Inhaber von deutschen Geschäften oder Hotels, über die in den sozialen Medien nun zum Teil wüst geschimpft wird, haben dies beschlossen. Es ist das deutsche Robert-Koch-Institut, das Luxemburg diesen Stempel aufgedrückt hat.

Dass nun manche Inhaber aus Unsicherheit ängstlich reagieren, ist nachvollziehbar. Viele mussten finanziell hohe Einbußen in Kauf nehmen und wollen keine weiteren Risiken eingehen. So sehr auch Betroffene wegen des abgesagten Urlaubs nun einen Kloß im Hals haben, sie sollten versuchen, Verständnis zu zeigen. Für Fehler und Fehlentscheidungen in einer Extremsituation. Die statistischen Daten sind nicht für jeden verständlich und die Anweisungen der Bundesländer nicht klar.

Die Schuldigen dieser Informationsmisere müssen auf höherer Ebene gesucht werden. Nur, um die anzuschreiben, ist etwas mehr Aufwand erforderlich, als dazu Hass-Parolen auf Facebook zu verbreiten. Gerade in dieser Zeit sollte sich jeder bewusst sein, dass Freiheit nicht bedeutet, tun und lassen zu können, was man möchte. Das Ausleben der eigenen Freiheit kann nämlich momentan im schlimmsten Fall mit dem Tod eines anderen enden.

„Verfahren werden eingehalten“

Energieminister Turmes will Aufregung um neue Stromleitungen aus Deutschland dämpfen

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

Gestern hat sich die Regierung, genauer das Ministerium für Energie und Landesplanung, mit einer Stellungnahme rund um die Aufregung über neue Überlandleitungen von Deutschland nach Luxemburg zu Wort gemeldet.

Darin heißt es, dass die Hauptstromversorgung Luxemburgs seit 1960 über eine doppelte 220-kV-Leitung zwischen Deutschland zum Umspannwerk in Heisdorf und dann durch das Alzette-Tal bis zum Umspannwerk Bartringen erfolgt.

Creos Luxembourg S.A. untersuche derzeit als Netzbetreiber eine mögliche Modernisierung dieser „lebenswichtigen Verbindung“ („interconnexion vitale“) zwischen Luxemburg und Deutschland. Ziel sei es, dem Endkunden die Sicherheit der Stromversorgung zu garantieren. Dazu sei Creos seit 2007 gesetzlich verpflichtet.

Stromversorgung sichern

Dann wird es für Energieminister Claude Turmes konkret. Er sei von Creos über das Vorhaben informiert worden, das die Versorgung über das Jahr 2030 hinaus gewährleisten soll. Die Analysen, die zu diesem Projekt geführt haben, basieren auf dem „Scenario Report 2040“, der 2018 von Creos veröffentlicht wurde. Creos sei dabei, seine Analysen zur Ver-

sorgungssicherheit bis 2040 auf den neuesten Stand zu bringen und eine Strategie zu erarbeiten. Die Ergebnisse werden erst im Herbst veröffentlicht werden.

Turmes betont, dass die Modernisierung der Verbindung mit Deutschland den üblichen Genehmigungsverfahren, einschließlich einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), unterliegt. Dieses Verfahren werde öffentlich sein und allen interessierten Parteien offen stehen. Im Rahmen der UVP müssten verschiedene Varianten und Alternativen überprüft werden.

Die notwendigen Genehmigungen können erst nach Abschluss des Verfahrens erteilt werden.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Für Turmes ist es wichtig, dass die Modernisierung der Verbindung mit Deutschland allen europäischen und nationalen Verfahren entspricht, und Transparenz, Bürgerbeteiligung und mögliche Auswirkungen nicht außer Acht lässt.

Die modernisierte Leitung soll die mittel- und langfristige Versorgungssicherheit Luxemburgs gewährleisten, den Abstand der Hochspannungsleitungen von den Wohnhäusern vergrößern und zu einem Abbau bestehenden Hochspannungsleitungen im Alzette-Tal führen. ●

Hochspannungsnetz wird modernisiert

Luxemburg. Seit 1960 geschieht der Großteil der elektrischen Versorgung Luxemburgs durch eine doppelte Hochspannungsleitung von 220kV zwischen Deutschland und dem Transformator in Heisdorf, der wiederum durch das Tal der Alzette mit dem Transformator in Bartringen verbunden ist. In seiner Eigenschaft als Betreiber des elektrischen Transportnetzes ist

Creos Luxembourg s.a. derzeit dabei, die Modernisierung dieser für Luxemburg essenziellen Verbindung zu planen. Ziel ist, die Energieversorgung des Landes bis 2030 und darüber hinaus sicher zu stellen. Zu diesem Zweck ist Creos dabei, seinen 2018 erschienenen „Scenario Report 2040“ auf den letzten Stand zu bringen. Im Herbst will Creos die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der überarbeiteten Studie informieren. *pley*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Hort der Stabilität in Covid-Zeiten

FINANZPLATZ Jahrespressekonferenz des Bankenverbandes ABBL

Christian Müller

Der Finanzsektor ist solide aufgestellt, um die Folgen der Covid-Krise meistern zu können, so die Botschaft des Luxemburger Bankenverbandes ABBL in seiner alljährlichen Pressekonferenz. Die Banken spielen ihre Rolle als Finanzierer der Wirtschaft.

Im Rahmen des Covid-Stillstands hatten eine Reihe Luxemburger Banken ihren Firmenkunden die Möglichkeit von Moratorien auf bestehenden Krediten angeboten. Satte 18.386 Anfragen für solche Moratorien von Unternehmen haben die Finanzinstitute seitdem gemessen, erläuterte der Bankenverband ABBL am Mittwoch vor Journalisten. Insgesamt 97 Prozent der Anfragen seien angenommen worden. Im Volumen gehe es um 3,7 Milliarden Euro. Gleichzeitig haben die Banken während der Krisenzeit die Unternehmen hierzulande mit weiteren 1.000 neuen Darlehen gestützt, so der Verband weiter.

Auf nur relativ wenig Interesse gestoßen sind bisher die Kredite für Unternehmen, die mit einer Staatsgarantie gesichert sind. „Vielleicht waren wir anfangs zu optimistisch“, so ABBL-Präsident Guy Hoffmann. Aber eigentlich sei es ja verständlich. „Die Wirtschaft stand still. Erst wenn sie wieder anzieht, werden Finanzierungen für neue Investitionen aufgenommen.“ Insgesamt 245 dieser Anfragen wurden bisher gezählt – 70 Prozent wurden angenommen. Das Volumen dieser Kredite beträgt aktuell 71 Millionen Euro.

Guy Hoffmann geht davon aus, dass das Volumen der Kredite (mit Staatsgarantie) erst zulegen wird, sobald die Wirtschaft wieder wächst. Im Idealfall noch vor Jahresende. Die Moratorien auf bestehenden Krediten könnten nicht ewig bestehen bleiben, unterstreicht er. Sonst könne aus dem Kreditrisiko des Unternehmens ein Risiko für den Finanzsektor werden.

Mehr Geschäfte – Kleinere Gewinnmarge

Mit dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres 2019 gibt sich die ABBL zufrieden. Zwar sei der Sektor insgesamt nicht mehr ganz so rentabel wie in der Vergangenheit – jedoch konnte dies (zumindest zum Teil) durch mehr Geschäfte wettgemacht werden. So hat die Bilanzsumme der Banken letztes Jahr um 6,1 Prozent zugelegt, wegen steigender Kosten (rund 8 Prozent) lag der Gewinn vor Provisionen dann jedoch 6,4 Prozent unter dem des Vorjahres. Die Zahl der Banken hierzulande ist von 135 auf 127 gefallen – die Beschäftigung in den Kreditinstituten ist jedoch gleichzeitig um 0,3 Prozent auf 26.334 Personen gestiegen.

Der Finanzplatz habe sich „in einem unsicheren Umfeld gut entwickelt“, schlussfolgert Guy Hoffmann. „Die Entwicklung der Volumen steht auf grün.“ Es gebe hierzulande zudem weniger „faule Kredite“ in den Büchern als anderswo. Die Banken seien solide, die Ratios besser als erforderlich. Die Tendenz zu höheren Kosten und niedrigeren Gewinnmargen sei in ganz Europa zu erkennen. „Ich glaube, wir sitzen gut im Sattel.“

Trotzdem warnt er: „Jeder im Land muss Interesse daran haben, dass der Finanzplatz attraktiv bleibt. Für die Steuern. Für die Wirtschaft.“ Der Wettbewerbsdruck im Sektor lasse nicht nach, und viele globale Finanzinstitute würden ihre Präsenz innerhalb der EU mehr und mehr auf nur noch einen Standort fokussieren, so Hoffmann. „Die wollen Kosten sparen. Wir müssen das attraktivste Land bleiben.“ Die niedrigere Gewinnmarge jedoch werde den Spielraum für innovative Investitionen verkleinern.

Der neue ABBL-Vizepräsident Pierre Etienne (von Picquet Luxembourg) fügte hinzu,

dass Luxemburg wohl vor vielen Herausforderungen stehe – jedoch auch zahlreiche Stärken habe. So breche die Konjunktur zwar ein – aber weniger stark als im Ausland. Die Staatsverschuldung steige – doch das Niveau bleibe gesund. Das hochgeschätzte AAA-Kreditrating bleibe dem Land trotz Krise erhalten.

Eine ganz andere Beziehung

Zudem sei es in Zukunft gut zu wissen, dass der Sektor fähig sei, sich innerhalb von nur wenigen Tagen komplett umzuorganisieren, so Pierre Etienne weiter. Innerhalb kürzester Zeit hatte der Sektor erfolgreich aus dem Home-Office heraus funktioniert. Doch „derzeit versuchen wir graduell wieder, die Mitarbeiter zurückzuholen“, so ABBL-Geschäftsführer Yves Maas. Langfristig könne man sich zwar mehr Flexibilität, nicht aber komplette Arbeitswochen zu Hause vorstellen.

Die Beziehung mit dem Finanzbereich der Luxemburger Universität hat sich derweil verbessert. In den vergangenen Jahren hatte sich der Bankenverband immer wieder über fehlendes Interesse der Akademiker an der realen Finanzwelt beklagt. Doch jetzt habe es einen Neustart bei der Universität gegeben, so Hoffmann. Es werde nun Wert darauf gelegt, Talente für den Luxemburger Finanzplatz auszubilden, so Maas weiter. „Die Beziehung ist heute eine ganz andere als noch vor zwei Jahren.“

Nur wenig zu sagen hatten die Vertreter des Bankenverbandes am Mittwoch derweil zu dem eigenen personellen Durcheinander von Ende Oktober 2019, als der damalige Direktor in den Zwangsurlaub geschickt wurde. Das liege bereits Monate zurück, so Guy Hoffmann. Man wolle das jetzt nicht weiter thematisieren. „Ich werde diese Entscheidung nicht kommentieren“, meinte er.

„Die Stunde der Wahrheit kommt noch“

Bankenverband ABBL zufrieden mit 2019 – nun gelte es, ein attraktiver Standort zu bleiben

Von Marco Meng

Luxemburgs Banken leisteten auch letztes Jahr einen „stabilen und wichtigen Beitrag für die Luxemburger Wirtschaft“, sagte gestern der Präsident des Luxemburger Bankenverbands ABBL Guy Hoffmann.

Aus der Jahresbilanz für 2019 geht allerdings auch hervor, dass um 2,7 Prozent gestiegenen Einkünften auf zwölf Milliarden Euro um 8,5 Prozent gewachsene Kosten gegenüberstehen, was das Ergebnis vor Rückstellungen um 6,4 Prozent gegenüber 2018 schmälerte. Hoffmann veranschaulichte das so: Ständen 2012 den Einkünften noch 43 Prozent Kosten gegenüber, seien es inzwischen 60 Prozent, die die Banken vor allem für die Erfüllung von Vorschriften aufwenden müssten, aber auch für die IT-Sicherheit, was heute ein essenziell wichtiger Bereich für Banken sei. Oder anders gesagt: 50 bis 60 Prozent der Investitionen, die Banken erbringen, sind keine Investitionen in Innovationen, sondern dienen dazu, gesetzliche Vorschriften zu erfüllen.

„Insgesamt entwickelte sich der Finanzplatz 2019 gut“, so Hoffmann, „obwohl Banken europaweit nicht mehr so rentabel arbeiten können.“ Luxemburg allerdings hat mit die geringste Quote an Kreditausfällen, auch das trug zur „allgemein positiven Entwicklung des Bankenplatzes mit seinen direkt 26 000 und indirekt 50 000 Beschäftigten bei“. Die Zahl der Mitarbeiter ist im Jahresvergleich stabil geblieben.

Die Summe der Eigenmittel, über die die Banken verfügen, ist zwar auf 48 Milliarden Euro gesunken, das hat aber hauptsächlich damit zu tun, dass auch die Zahl der Banken in Luxemburg von 135 (2018) auf 127 (2019) zurückging. Da vergangenes Jahr um 6,4 Prozent mehr Kredite vergeben wurden mit einer Gesamtsumme von 665 Milliarden Euro und auch von Kunden mehr Geld (plus 18 Milliarden gegenüber 2018) bei den Banken deponiert wurde, stieg insgesamt die Bilanzsumme der Institute im Großherzogtum um 6,1 Prozent auf 815 Milliarden Euro.

Gutes Wachstum, so die ABBL,

zeigt der Private Banking-Sektor mit inzwischen etwa 450 Milliarden Euro gemanagtem Vermögen, auch weil 2019 ein gutes Börsenjahr war. Vor zehn Jahren verwaltete der Sektor ein Volumen von 225 Milliarden Euro.

Luxemburger Banken haben letztes Jahr 30 Milliarden Euro an Luxemburger Unternehmen verliehen, was zeige, welche wichtige Rolle die Kreditinstitute für Luxemburgs Wirtschaft spielten, unterstreicht Hoffmann. Der Bankenverband selbst, der letztes Jahr 20 neue Mitglieder gewann, betont, dass Luxemburg ein attraktiver Finanzplatz bleiben müsse. Denn viele internationale Banken aus Nicht-EU-Ländern stehen ebenfalls unter Kostendruck und werden versuchen, ihre Präsenz in der EU auf wenige Standorte zu reduzieren. Meilensteine setzen könnten Luxemburgs Banken, so Hoffmann, mit nachhaltigen Bankprodukten, „das wäre eine gute Möglichkeit für Luxemburgs Banken, sich zu positionieren.“

Wenig Nachfrage nach Krediten mit Staatsgarantie

Was die Covid-Krise betrifft, die seit März 2020 das Land im Griff hält, werden Wirtschaft und Banken die Folgen zum großen Teil erst noch spüren.

„Die Stunde der Wahrheit kommt noch“, sagt ABBL-Geschäftsführer Yves Maas. Entscheidend dabei sei, ob der wirtschaftliche Motor bald wieder anlaufe

oder nicht. „Die Erholung dauert offensichtlich länger, als wir anfangs dachten.“

Die Kredit-Rückzahlungspause, die Banken anbieten, wurde von mehr als 18 000 Kreditnehmern in Anspruch genommen; das betrifft ein Kreditvolumen von 3,7 Milliarden Euro.

Die Nachfrage nach neuen Krediten mit Staatsgarantie ist jedoch mit 245 Anträgen, von denen 70 Prozent in Höhe von zusammen 71 Millionen Euro gewährt wurden, sehr bescheiden. Das liege auch daran, so die ABBL, dass momentan Unternehmen eher abwarten, als neu zu investieren; zudem müssen für solche Darlehen bestimmte Kriterien erfüllt sein, die nicht jedes Unternehmen erfüllt. Kredite mit Staatsgarantie und einer maximalen Laufzeit von sechs Jahren können noch bis Ende des Jahres beantragt werden.

Inzwischen wurden aber bei Banken 770 neue Kredite (ohne Staatsgarantie) nachgefragt, von denen 80 Prozent mit einem Gesamtvolumen von 75 Millionen Euro genehmigt wurden.

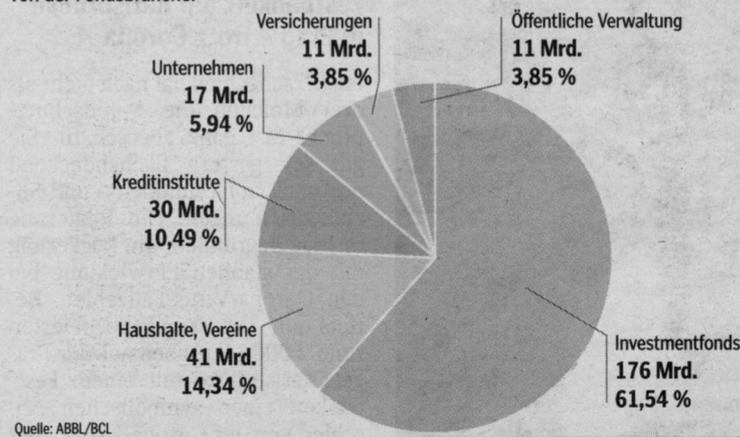
„Luxemburgs Banken waren gut aufgestellt für die Krise“, sagt ABBL-Präsident Hoffmann. „Aber das heißt nicht, dass die Krise ewig dauern darf.“

● Die aktuelle Krise
● darf nicht ewig anhalten.

Guy Hoffmann, ABBL-Präsident

286 Milliarden Euro Bankeinlagen

286 Milliarden Euro waren 2019 bei Luxemburger Banken deponiert, der Großteil von der Fondsbranche.



Qatar stützt Merck Finck

Münchener Privatbank geht in Quintet Luxemburg auf / Eigentümer erhöht Eigenkapital in drei Schritten / Von Hanno Mußler, Frankfurt

In den Geschäftsjahren 2018 und 2019 brauchte die Münchener Privatbank Merck Finck Kapitalzuschüsse ihrer Luxemburger Muttergesellschaft Quintet (vormals: KBL), um einen operativen Verlust in einen Gewinn umzumünzen. Im Geschäftsbericht 2019, der auf dem Höhepunkt der Corona-Krise Ende März abgeschlossen wurde, ist von einer „durchaus kritischen Lage“ und einem „nicht zufriedenstellenden Geschäftsverlauf“ der fast auf den Tag genau 150 Jahre alten Bank die Rede. Den Eindruck, dass er einen Sanierungsfall vor sich habe, weist der zum 1. Juni als Vorstandsvorsitzender angetretene Thomas Rodermann aber zurück. Im Gespräch mit der F.A.Z. zeigt sich Rodermann vielmehr davon überzeugt, Merck Fincks Weg zurück über die Gewinnschwelle schon genau zu kennen.

Dazu gehört Quintet, wie Rodermann erklärt. „Quintet fasst zum 1. Januar 2021, wenn die Aufsichtsbehörden bis dahin zustimmen, acht bisher getrennte europäische Tochtergesellschaften zusammen und schafft damit in Luxemburg eine neue europäische Bank. Merck Finck wird zu einem wichtigen Teil von Quintet Europe in Luxemburg, wird also internationaler und effizienter geführt und von 2022 an profitabel sein“, sagt Rodermann, der zusätzlich zu seinen Aufgaben als Deutschland-Chef auch für das europäische Wealth Management, also das Kerngeschäft Vermögensverwaltung für betuchte Privatkunden von Quintet Luxemburg, verantwortlich ist.

Doch warum bündelt die Herrscherfamilie des Emirats Qatar, der seit mehr als zwei Jahrzehnten Merck Finck gehört, erst jetzt in ihrem europäischen Bankgeschäft die Kräfte? Die Frage bleibt mit einem Schulterzucken Rodermanns unbeantwortet. Immerhin haben sich die Qataris 2019 mit dem im März 2020 überraschend verstorbenen Jürg Zeltner und jetzt mit dem 55 Jahre alten Rodermann erfahrene UBS-Manager an Bord geholt, die sich mit einer solchen Neuorganisation auskennen. Schließlich bündelte die

Schweizer Großbank UBS ihr Europa-Geschäft vor kurzem in einer Holding in Frankfurt. Auch wenn der Schwerpunkt der europäischen Quintet-Aktivitäten anders als bei der UBS auf dem Geschäft in den Benelux-Ländern liegt, kann die Zusammenlegung des Europa-Geschäfts der UBS durchaus als Blaupause für Quintet Luxemburg dienen.

Statt einer eigenständigen IT, mit der bisher rund 10 Milliarden Euro an Kundenvermögen von Merck Finck verwaltet wurden, läuft die Technik für alle Quintet-Banken des Euroraums künftig zentral über die Bank in Luxemburg. Insgesamt werden dort dann mehr als 80 Milliarden Euro Kundenvermögen verwaltet. Damit erreicht Quintet als Ganzes, anders als Merck Finck allein, bei weitem die notwendige kritische Masse an Kundenvermögen, die Fachleute zur effizienten Auslastung der Bank-IT-Systeme bei rund 30 Milliarden Euro ansiedeln.

Für Rodermann liegen weitere Vorteile der Neuorganisation auf der Hand. Jede einzelne der bisher acht Tochtergesellschaften in Europa, ob Quintet España oder Merck Finck, musste bisher Kapital- und Liquiditätspuffer zur Sicherheit vorgehalten. Diese Puffer müssen – nach der Einbringung der Tochtergesellschaften – aufsichtsrechtlich nur noch einmal, in der Bank Quintet Europe in Luxemburg, vorgehalten werden. „Damit setzen wir Kapital und Liquidität frei. Mit diesem Geld können wir Investitionen tätigen, etwa in Digitalisierung“, sagt Rodermann.

Merck Fincks Kunden profitierten unmittelbar davon. Schon heute nehme die Bank online neue Kunden auf und vergebe online auch Kredite. Das sei erst der Anfang. Man baue eine altlastenfreie, internationale Bank. „Das Wesen der Bank bleibt gleich. Wir buchen weiter hier in Deutschland, die Kunden behalten ihre Kontonummer, und die Marke Merck Finck bleibt erhalten. Wir funktionalisieren nur Abläufe im Hintergrund“, versichert Rodermann. An allen 16 Niederlas-

sungen in Deutschland will er festhalten.

Die effizientere europäische Struktur soll statt Abbau vielmehr Wachstumsspielräume schaffen. Bisher sind Merck Fincks Kernklientel Kunden mit einem liquiden Vermögen bis 15 Millionen Euro. „In diesem Geschäft wollen wir weiter wachsen. Zusätzlich wollen wir aber in den nächsten drei bis fünf Jahren auch Multimillionäre und Milliardäre für uns gewinnen“, sagt Rodermann. Wie soll das gelingen? „Diese Kunden leben und arbeiten international und wollen auch international anlegen. Das können wir ihnen jetzt als internationale Bank bieten: zum Beispiel mit gezielter Aktienausswahl in China oder mit Immobilien, Private-Equity-Investments oder Hedgefonds-Lösungen, ob aus Zürich, Großbritannien oder aus Deutschland.“ Außerdem hat die Bank Merck Finck, die zuletzt 260 Mitarbeiter beschäftigte, weitere 30 Kundenberater eingestellt. „Wir suchen weiter und führen konkrete Gespräche mit erfahrenen, oft selbständigen Vermögensberatern, die wir dann einstellen, wenn sie mit ihrer unternehmerischen Art zu unseren Kunden passen“, sagt Rodermann.

Dieser Wachstumskurs wäre für die defizitär arbeitende Merck Finck nicht möglich, wenn die Eigentümerfamilie nicht so tiefe Taschen hätte. Nach Angaben von Rodermann gab es im vergangenen und in diesem Jahr schon je eine Eigenkapitalerhöhung für Quintet Luxemburg. Eine dritte Kapitalzufuhr sei für kommendes Jahr geplant. Damit wären sogar Zukäufe finanzierbar. „Wir hätten die Möglichkeit, in jedem europäischen Land weitere Banken zu kaufen, und wir prüfen auch jede sich bietende Gelegenheit“, sagt Rodermann. „Aber es muss zu uns passen“, fügt er hinzu und dämpft die Erwartungen, dass ein solcher Zukauf in Deutschland erfolgen könnte. Tatsächlich hat das lange zum Verkauf stehende Bankhaus Lampe gerade mit Hauck & Aufhäuser einen neuen Eigentümer gefunden.

Zeitenwende bei der ehemaligen KBL

FINANZPLATZ Quintet Europe / Eine Bank stellt sich neu auf

Christian Muller

Die Privatbank KBL zählt seit Jahrzehnten zu den großen und sichtbaren Banken am Finanzplatz Luxemburg. Zu Jahresbeginn hat sich das Finanzinstitut mit Quintet Private Bank einen ganz neuen Namen gegeben. Nun gibt sie sich zudem eine neue Struktur.

Im Jahr 1949 wurde die Privatbank in Luxemburg gegründet. Ihre Muttergesellschaft war die belgische Finanzgruppe KBC. Immerzu bediente die KBL eine wohlhabende Kundschaft. In 50 Städten in ganz Europa ist die Luxemburger Bankengruppe heute vertreten. Ihr Hauptsitz befindet sich mitten am Boulevard Royal. Sie beschäftigt hierzulande mehrere hundert Mitarbeiter – europaweit sind es rund 2.000.

Zu der belgischen Bankgruppe zählt die Gesellschaft heute nicht mehr. Im Gegenzug für Staatshilfen im Rahmen der Finanzkrise musste KBC damals einem Verkauf der Luxemburger Tochter zustimmen. Im Jahr 2012 erhielt die Luxemburger Bank, mit Precision Capital, einen neuen Besitzer. Der Fonds, mit Investoren aus dem Golfstaat Katar, übernahm alle Anteile der Privatbank. Gleichzeitig kaufte er auch 90 Prozent der Anteile an der Luxemburger Bank Dexi-BIL. Letztere hat der Fonds jedoch bereits wieder im Jahr 2017

mit gutem Gewinn an ein chinesisches Unternehmen weiterverkauft.

Eine Unternehmenseinheit entsteht

Quintet Private Bank zählt immer noch zu Precision Capital. Seit dem Kauf der KBL versuchten die neuen Aktionäre stetig die Privatbank auf Vordermann zu bringen, ihre Rentabilität zu steigern. Viel wurde umgebaut, Zukäufe wurden getätigt. Die Erwartungen der Aktionäre an die Rentabilität der Banken sind augenscheinlich jedoch hinter den Zielvorstellungen zurückgeblieben.

Ende Januar 2020 erhielt das Luxemburger Finanzinstitut mit Quintet Private Bank einen neuen Namen und eine neue Corporate Identity. Die anderen Tochtergesellschaften der Gruppe sollten den Zusatz „A Quintet Private Bank“ erhalten, so die Bank damals. Zu diesen Marken gehören Brown Shipley (Vereinigtes Königreich), InsingerGilissen (Niederlande), Merck Finck (Deutschland) und Puilaetco (Belgien und Luxemburg). Alles alte traditionelle Privatbanken – Namen, auf die man bei KBL stolz war.

Anfang letzter Woche hat die Bank nun mitgeteilt, dass

die Gruppe „den Großteil ihrer europäischen Tochtergesellschaften fusionieren“ wolle. Die Tochtergesellschaften in Belgien, Deutschland und den Niederlanden sollen zusammengeführt werden. Gemeinsam mit den anderen europäischen Niederlassungen des Unternehmens werden sie unter dem Namen „Quintet Europe“ eine einzige Unternehmenseinheit, mit Sitz in Luxemburg, bilden. „Mit diesem Schritt soll die ehrgeizige, langfristig angelegte Wachstumsstrategie vorangetrieben werden“, schreibt die Finanzgruppe.

„Durch die Einführung von Quintet Europe haben wir noch mehr Zeit, um uns um die Einzelpersonen und Familien, für die wir tätig sind, zu kümmern“, sagt Geschäftsführer Jakob Stott, laut Pressemitteilung. „Gleichzeitig werden wir die organisatorische Komplexität reduzieren und die betriebliche Effizienz erhöhen. Außerdem kommt es Ihnen zugute, dass Sie nun von einer einzigen großen Bank betreut werden, statt von mehreren kleineren Tochterunternehmen.“

Quintet Switzerland und Brown Shipley, die britische Niederlassung des Unternehmens, werden weiterhin als Tochterunternehmen von Quintet Private Bank operieren. Quintet beabsichtigt die neue Organisationsstruktur Anfang nächsten Jahres einzuführen.

„Großes Potenzial für Bausparen in Luxemburg“

FINANZPRODUKTE Wüstenrot will weiter wachsen

Christian Muller

Nach der Ankündigung der Bausparkasse Schwäbisch Hall, sich vom Luxemburger Markt zurückzuziehen, bleiben hierzulande nur zwei Bausparkassen übrig. Der Markt für Bausparen ist aber nicht tot. Die Bausparkasse Wüstenrot erklärte am Freitag per Pressemeldung, dass sie „ihren erfolgreichen Kurs in Luxemburg“ fortsetze und einen weiteren Ausbau des Geschäfts plane.

Mitte Juni hatte die aktuell größte Bausparkasse in Luxemburg angekündigt, das Großherzogtum zu verlassen. Die Gesellschaft begründete ihre Entscheidung mit „erheblichen Investitionen“, die im Bereich der IT-Landschaft notwendig gewesen wären, sowie mit dem Druck des Niedrigzinsumfeldes. Schwäbisch Hall ist seit 1991 mit einer Niederlassung in Luxemburg aktiv und betreut aktuell 57.000 luxemburgische Kunden.

Doch auch wenn nun die größte Bausparkasse des Landes sich zurückzieht, lebt das Ge-

schäft mit dem Bausparen dennoch weiter. Immerhin handelt es sich um ein Sparprodukt, das steuerlich absetzbar ist, was von vielen Menschen genutzt wird.

„Wir sehen weiterhin großes Potenzial für unser Bauspar- und Baufinanzierungsgeschäft in Luxemburg“, wird Matthias Bogk, Vorstand der Bausparkasse Wüstenrot, am Freitag in einer Pressemeldung zitiert. „Die Rahmenbedingungen vor Ort stimmen.“

„Wir haben das Geschäftsmodell angepasst“

Man wolle hierzulande weiter wachsen, erklärt Thomas Jäger, Niederlassungsleiter von Wüstenrot in Luxemburg, auf Nachfrage des Tageblatt. „Dazu wurden bereits umfangreiche Investitionen in die Prozesse und IT getätigt“, sagt er. Technik und Kosten seien optimiert worden.

Mit aktuell 14 Mitarbeitern betreut die Gesellschaft hierzulande rund 25.000 Kunden.

2019 stieg das Brutto-Bausparneugeschäft gegenüber dem Vorjahr um einen zweistelligen Prozentsatz auf 265 Millionen Euro.

Die niedrigen Zinsen „sind für Wüstenrot eine Herausforderung, der wir uns stellen“, so Thomas Jäger weiter. „Wir haben das Geschäftsmodell angepasst. Das ermöglicht uns nun, den Kunden günstige, langfristige Darlehen anzubieten. Wir sind da sehr erfolgreich.“ Das diversifizierte Produktangebot (Bausparen und Baufinanzierungen) helfe: „Wir können gut mit den niedrigen Zinsen umgehen.“

Mit einem Wettbewerber weniger am Markt sieht Thomas Jäger hierzulande jetzt noch mehr Geschäftspotenzial als vorher. Die Entscheidung der Konkurrenz kann er aber nicht ganz nachvollziehen: „Es hätte auf dem Luxemburger Markt bestimmt auch genug Platz für drei gegeben“, sagt er. „Der Bausparvertrag ist und bleibt in Luxemburg ein wichtiges Produkt. Und es wird den Menschen weiterhin zur Verfügung stehen.“

Gefährliche Schieflage

Einnahmen des Zentralstaats brechen infolge der Pandemie dramatisch ein

Von Dani Schumacher

Wie erwartet hinterlässt die Corona-Krise deutliche Schleifspuren in der Staatsschatulle. Gestern erklärte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) den Mitgliedern der Finanz- und der Haushaltskontrollkommission, dass die Einnahmen des Zentralstaats im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 12,1 Prozent zurückgegangen sind. In absoluten Zahlen bedeutet dies ein Minus von immerhin 1,2 Milliarden Euro.

Die Einnahmen der drei Steuerbehörden (Direktsteuern, Douanes et accises und Enregistrement) sind um 957,6 Millionen Euro rückläufig. Als Ursache nennt das Finanzministerium den wirtschaftlichen Einbruch und die verschiedenen wegen der Pandemie beschlossenen steuerlichen Entlastungen. So waren beispielsweise die Vorauszahlungen ausgesetzt und die Fristen verlängert worden. Diese Maßnahmen schlugen mit 115 Millionen Euro zu Buche.

Ausgaben gestiegen

Gleichzeitig sind die Ausgaben wegen der diversen Corona-Maßnahmen um 21,9 Prozent oder 2,05 Mil-

liarden Euro im Vergleich zu 2019 gestiegen. Für die Hausse sind vor allem die sanitären, sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen verantwortlich, die die Regierung wegen des Lockdown beschlossen hatte. Hinzu kommt, dass die Koalition trotz der Krise an den geplanten Investitionen festhält. Das Plus bei den Investitionen beziffert das Ministerium auf 26,2 Prozent (+301,8 Millionen Euro) im Vergleich zu 2019.

Das benötigte medizinische Material und die Behandlungszentren schlugen mit 93 Millionen Euro zu Buche. Die Unterstützung für die Unternehmen ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 142,7 Millionen Euro gestiegen. Besonders deutlich fällt die Hausse bei den Sozialausgaben aus: Die Maßnahmen kosten den Staat 797,6 Millionen Euro, ein sattes Plus von 88,6 Prozent gegenüber 2019. Allein die Ausgaben für den Beschäftigungsfonds stiegen bis zum 30. Juni um 738,4 um Millionen Euro, 384,8 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

2,6 Milliarden Euro Defizit

Durch die rückläufigen Einnah-

men einerseits und die steigenden Kosten andererseits fällt das Saldo beim Zentralstaat um 3,3 Milliarden Euro niedriger aus als 2019. Das Defizit beträgt 2,6 Milliarden Euro. Im Vergleichszeitraum 2019 war noch ein Überschuss von 669 Millionen Euro erwirtschaftet worden.

Die Staatsverschuldung liegt wegen der budgetären Schieflage bei 25,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In der Kasse des Gesamtstaats klappte zum 30. Juni ein Loch von ungefähr 15 Milliarden Euro. Finanzminister Gramegna geht aber davon aus, dass die Verschuldung – wie von der Regierung geplant – die 30 Prozent-Marke nicht überschreiten wird.

Die Opposition zeigte sich nicht verwundert über die massive Delle bei den Staatsfinanzen. Dennoch waren CSV, ADR, Piraten und Déi Lénk angesichts des realen Ausmaßes der Schieflage besorgt.

Das Defizit beträgt mittlerweile 2,6 Milliarden Euro.

Ein Haus schützt vor der Krise

Mehrheit der Bewohner Luxemburgs hatte keine finanziellen Einbußen während des Lockdown

Luxemburg. Für 82 Prozent der Luxemburger Bevölkerung brachte die Covid-Krise keine finanziellen Einbußen. Bei 16 Prozent wurden die Einkünfte geringer, während sie bei zwei Prozent stiegen. Das geht aus einer Studie über den sozialen und wirtschaftlichen Impact der Krise hervor, deren Ergebnisse der Stateg am Freitag in seinem „Regards, No 09“ veröffentlichte. Die Studie wurde von dem Statistikamt in Zusammenarbeit mit TNS Ilres durchgeführt. 2031 Einwohner wurden befragt, Grenzpendler waren von der Umfrage ausgeschlossen.

Beschäftigte in Kurzarbeit, Freischaffende und Angestellte in der Privatwirtschaft wurden am meisten durch die Verringerung ihrer Einkünfte betroffen, heißt es in der Studie.

Einkommensverluste hängen vor allem vom Bereich der Tätigkeit ab: 56 Prozent der von Einbußen Betroffenen sind im Gaststättengewerbe tätig, 43 Prozent im Einzelhandel, und 39 Prozent in der Baubranche. Hauptursachen für den Einkommensverlust sind vor

allem die unfreiwillige Verringerung der Arbeitsstunden oder der Verlust des Arbeitsplatzes.

Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, sowie die Altersgruppe zwischen 45 und 54 Jahren leiden am meisten unter der wirtschaftlichen Wirkung des Virus.

Die Verringerung der Einkünfte hängt auch mit dem Bildungsniveau zusammen. Universitätsabsolventen mit Masterdiplom verzeichneten geringere Einbußen als Nicht-Akademiker.

Interessant sind auch die Statistiken zu den Ausgaben: 58 Prozent der Einwohner gaben an, weniger Geld ausgegeben zu haben, während 16 Prozent mehr ausgaben. Bei 26 Prozent gab es keine Veränderung.

Mehr Platz, mehr Geld

Die Wohnsituation, vor allem die Möglichkeit, über einen Platz im Freien zu verfügen, haben einen Einfluss auf das Wohlergehen. 62 der Befragten verfügten über ein Haus, 38 Prozent hingegen nur über ein Appartement.

In Luxemburg-Stadt wohnten nur 30 Prozent der Befragten in einem Haus. Im Norden des Landes hingegen sind es 80 Prozent, im Osten 72 Prozent.

Negativ auf die Stimmung wirkte sich vor allem in der Hauptstadt die Tatsache aus, dass der Zugang zu den Stadtparks untersagt war.

60 Prozent der Luxemburger Einwohner verfügten während des Lockdowns über eine Wohnung mit mehr als 100 Quadratmetern Fläche. 4,6 Prozent hatten eine Wohnfläche von weniger als 50 Quadratmetern zur Verfügung.

Zwischen Wohnfläche und Einkünften gibt es eine bemerkenswerte Korrelation. Bewohner von Appartements und solche, die über wenig Wohnfläche verfügten, mussten bedeutendere Einbußen bei ihren Einkünften hinnehmen als diejenigen, die über große Häuser mit viel Platz im Freien verfügten.

Die Erklärung für diesen Zusammenhang dürfte auch Nicht-Statistikern offenkundig sein. *pley*

Krings wird zuständig für Westeuropa

Luxemburg. Die Deutsche Bank hat **Frank Krings** zum Verantwortlichen der Deutsche Bank-Gruppe für Westeuropa ernannt, einschließlich Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und der Schweiz. Er behält neben den neuen Aufgaben seinen Posten als Chef der deutschen Bank Luxemburg. Als Chief

Executive Officer Westeuropa ist Krings, der sowohl einen deutschen als auch einen französischen Pass besitzt, Mitglied des Exekutivkomitees der Gruppe für die Region EMEA, die Europa (ohne Deutschland und

Großbritannien), den Nahen Osten und Afrika umfasst. Er berichtet an Claudio de Sanctis, CEO EMEA mit Sitz in Zürich.

Bankchef Krings ist seit April 2016 Chief Country Officer der Deutschen Bank Luxembourg, gehört dem Verwaltungsrat der Bankenvereinigung ABBL an und ist Mitglied der Vollversammlung der Handelskammer.

pley

Stahlindustrie

Umsatz bei Arcelor-Mittal bricht um die Hälfte ein

Geschlossene Autofabriken, strenge Infektionsschutzmaßnahmen und anhaltend hohe Produktionskosten setzten dem weltgrößten Stahlhersteller Arcelor-Mittal zu: Die erste Jahreshälfte sei „eine der schwierigsten Perioden der Unternehmensgeschichte“ gewesen, erklärte Finanzchef Aditya Mittal bei der Präsentation der Halbjahreszahlen am Donnerstag.

Der Umsatz des Stahlriesen mit Firmensitz in Luxemburg brach im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um fast die Hälfte auf knapp elf Milliarden Dollar ein. Hatte Arcelor-

Mittal im ersten Halbjahr 2019 noch knapp 48 Millionen Tonnen Stahl produziert, waren es zwischen Januar und Juni 2020 nur noch 35,5 Millionen Tonnen. Unterm Strich blieb ein Nettoverlust von knapp 1,7 Milliarden Euro.

Trotz der stark rückläufigen Ergebnisse trieb der Vorstand das seit einiger Zeit laufende Programm zur Schuldensenkung weiter voran. So reduzierte der Stahlkocher seine Nettoverschuldung seit Ende des vergangenen Jahres von 9,3 auf 7,8 Milliarden Dollar – und damit auf den nied-

rigsten Stand seit der Fusion von Mittal Steel und Arcelor im Jahr 2007. Als Ziel hatte Mittal eine Nettoverschuldung von sieben Milliarden Euro ausgerufen. Mittal stellte in Aussicht, künftig einen festen Prozentsatz des Free Cashflows an die Aktionäre auszuschütten, sobald das Schuldenziel erreicht ist.

Angesichts des schrittweisen Hochlaufs zahlreicher Wirtschaftszweige gab Mittal trotz des starken Geschäftseinbruchs einen optimistischen Ausblick. „Das zweite Quartal markiert den Tiefpunkt“, so der Manager, der neben dem Finanzressort auch das Europageschäft verantwortet. „Wir sehen in vielen Märkten, in denen wir operieren, ein Anziehen der Nachfrage.“ ^{kek}

ArcelorMittal schreibt rot

ak Köln – Der weltgrößte Stahlhersteller ArcelorMittal leidet erheblich unter der Covid-19-Pandemie und hat im ersten Halbjahr rote Zahlen geschrieben. CEO Lakshmi Mittal sprach von einer der schwierigsten Perioden der Firmengeschichte. Es gebe aber vorsichtige Anzeichen von Erholung vor allem in Märkten, wo der Lockdown beendet sei. Der Stahl-

absatz ging um 23% zurück. Der Umsatz brach im ersten Halbjahr sogar um ein Drittel auf 25,8 Mrd. Dollar ein, im zweiten Quartal belief sich der Rückgang sogar auf 57%. Der operative Verlust in den ersten sechs Monaten lag bei 600 Mill. Dollar. Darin seien allerdings 800 Mill. Dollar an Impairments und Sondereffekten enthalten, berichtete ArcelorMittal. Der Rest des Jahres werde herausfordernd bleiben, aber der Konzern sei bereit, auf eine anziehende Nachfrage zu reagieren.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Angst um Arbeitsplätze

Luxair, Cargolux und Luxairport treffen sich mit Mobilitätsminister und Gewerkschaft

Luxemburg. Die Luftfahrtbranche ist ein wichtiges Standbein der Luxemburger Wirtschaft – indirekt steht sie für rund 30 000 Arbeitsplätze im Land. Dass alles dafür getan werden müsse, diese Arbeitsplätze zu schützen angesichts der aktuellen Krise des Sektors, darauf weisen die Gewerkschaften hin. Bei der heutigen Tripartite tauschen sich die Personalvertreter, der Staat sowie die Direktionen von Luxair, Cargolux und Luxairport aus und erörtern, wie die Branche die Krise bestmöglich überstehen kann.

Momentan läuft das Frachtgeschäft noch gut, doch wird befürchtet, dass sich die Krise bald auch auf die internationalen Warenströme auswirkt, während das Passagiergeschäft nur schleppend läuft. Einen Sozialplan hat bislang noch keines der drei Unternehmen angekündigt – und das soll auch so bleiben. „Wenn nötig, muss der Staat intervenieren“, so die OGBL-Sekretärin Michelle Cloos. **MeM**

Weltweit in der Krise

Einer der Wirtschaftssektoren, der am schnellsten und bislang härtesten von der Corona-Krise getroffen wurde, ist die Luftfahrtbranche. Der Luxemburger Flughafen steht für fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was 2019 drei Milliarden Euro entsprach. Indirekt hängen 24 000 Arbeitsplätze am Findel, direkt sind es 6 000.

Der weltweite Einbruch des Flugverkehrs hat den ganzen Luftfahrt-

sektor hart getroffen: Nahezu alle großen Airlines haben Entlassungen angekündigt und Staatshilfen beantragt. Auch die beiden Hersteller Boeing und Airbus haben die Produktion gedrosselt – Airbus um 40 Prozent über zwei Jahre hinweg – und bauen Personal ab. Airbus erwartet, dass sich der Luftverkehr nicht vor 2023 erholen wird und möglicherweise erst 2025 wieder auf dem Niveau von vor Corona sein wird.

„Es geht nur gemeinsam“

Gewerkschaften: Entlassungen im Luftfahrtsektor müssen auf alle Fälle vermieden werden

Von Marco Meng

„Es muss alles dafür getan werden, dass die aktuelle Krise nicht auch zu einer sozialen Krise im Luftfahrtsektor wird“, forderte gestern der OGBL in Esch/Alzette. Die Gewerkschaft hatte darum im Mai bei Mobilitätsminister François Bausch eine Tripartite nachgefragt, bei der sich das Management der Luftfahrtunternehmen Luxair, Cargolux und Luxairport sowie Personalvertreter und Staat zum Sozialdialog am heutigen Dienstag treffen und über die Zukunft des Sektors austauschen.

„Der Luftfahrtsektor ist für Luxemburg von nationaler Bedeutung“, sagt Michelle Cloos, OGBL-Sekretärin für den Luftfahrtsektor. Das Wichtigste für die Gewerkschaft sei, dass die Arbeitsplätze erhalten blieben. Zahlreiche Airlines und Flughafenbetreiber rund um den Globus sind angesichts der aktuellen Krise infolge des Corona-Lockdowns dabei, massiv Personal zu entlassen. Das dürfe in Luxemburg nicht geschehen, so Cloos. Für die Gewerkschaft ist die heutige Reunion auch darum wichtig, weil über die Strategie der Unternehmen und ihre Investitionspläne diskutiert werden müsse. „Es geht nur gemeinsam“, so Cloos. Auch der LCGB erinnert an die Bedeutung des Luftfahrtsektors und lud für heute vor dem Dreiertreffen zu einem „Piquet pour l’avenir“ des Sektors.

Die Gefahr, die die Personalvertreter angesichts der Krise sehen, ist, dass Airlines nun versuchen könnten, Sozialstandards abzubauen und so aus der Krise unlautere Vorteile zu ziehen, wie das bei verschiedenen Airlines in Europa zu beobachten sei. Hier müsse auch Brüssel aktiver werden, fordert der OGBL. „Die Mitarbeiter mit befristetem Vertrag“, so Cloos, „waren auch in Luxemburg die ersten, die gehen mussten. Darum pochen wir darauf, dass mehr Mitarbeiter fest angestellt

werden und befristete Verträge auf ein Minimum beschränkt bleiben.“ Bislang hat keines der drei Luxemburger Luftfahrtunternehmen einen Sozialplan angekündigt. Allerdings befinden sich viele Mitarbeiter in Kurzarbeit, was für die Beschäftigten Einkommensverluste bedeutet. Dauere die Krise in der Luftfahrtbranche tatsächlich so lange an, wie befürchtet, nämlich vielleicht bis 2022, sollte der Staat auch die Kurzarbeiterregelung bis dahin aufrechterhalten, so der OGBL.

Viele Annullierungen im Flugbetrieb

Seit April sind Beschäftigte der Luxair in Kurzarbeit, derzeit 900 an der Zahl. Das Unternehmen hat es so geregelt, dass die Personen, die sich in „chômage partiel“ befinden, wechseln, sodass die finanziellen Einbußen den Einzelnen weniger hart treffen als wenn bestimmte Mitarbeiter permanent in Kurzarbeit wären und damit dauernd auf 20 Prozent ihres Gehalts verzichten müssten.

Während das Passagiergeschäft im März von einem Tag zum anderen auf nahezu Null zurückgegangen war und sich seither nur wenig berappelt hat – am 29. Mai hat Luxair für einzelne Strecken den Flugverkehr wieder aufgenommen –, läuft das Frachtgeschäft derzeit noch gut. Zu befürchten ist aber, wenn die Krise in den nächsten Monaten, respektive im kommenden Jahr auch auf die Warenströme durchschlägt, ein starker Einbruch Cargolux, Luxair-Cargo und das Frachtcenter am Flughafen trifft.

Da die Luftfahrtunternehmen im Land alle voneinander abhängig und miteinander verbunden – auch in Bezug auf den Aktienbesitz –, befürchtet der OGBL im Falle einer Schiefelage eines Unternehmens einen Dominoeffekt auf alle übrigen. Was den Passagierbetrieb betrifft, gibt es momentan viele

Unsicherheiten. „Wenn alle fliegen würden, wie geplant, würde das Geschäft laufen“, hört man von Luxair. Doch so ist es nicht. Zwar war der Monat Juni recht gut, es wurden viele Flüge gebucht – doch nun, wo Luxemburg wegen steigender Neuinfektionen auf der Roten Liste mancher Länder steht – zum Beispiel Dänemark und Zypern –, wird wieder storniert. Noch sei es so, war zu erfahren, dass es der Neubuchungen mehr sind als der Stornierungen. Das kann sich natürlich schnell ändern. Es fehlt die Planbarkeit. Luxair hat mit 3 000 Beschäftigten zwar Reserven von rund 182 Millionen Euro, doch die schmelzen dahin; bei laufenden Kosten, die allein fürs Personal normalerweise 193 Millionen jährlich betragen, ist klar, wie lange das Geld maximal reicht.

„Wenn nötig, muss der Staat intervenieren“, so Cloos. Die Gewerkschaft geht auch darum mit „breiter Brust“ in die Gespräche, hatte doch kürzlich der Satellitenbetreiber SES einen Sozialplan angekündigt, das inzwischen aber revidiert, worauf Cloos hinweist und unterstreicht, man befürworte eine „Nationalisierung“, also Verstaatlichung von Cargolux und Luxair. Allerdings ist der Staat bereits indirekt oder direkt Mehrheitsaktionär dieser Gesellschaften. Wichtig sei, so Cloos, das der „Staat seine Rolle spielt“ und die Beschäftigung garantiere.

Die Krise dürfte wie ein Schatten auch über den kommenden Verhandlungen zu einem neuen Kollektivvertrag schweben: Die aktuellen bei Luxair wie auch beim Flughafen laufen Ende des Jahres aus.

● Wenn nötig, muss
● der Staat
intervenieren.

Michelle Cloos, OGBL

WO STEHEN WIR?

Im Sturm

Covid-19 hat die Flugbranche in eine nie dagewesene Krise gestürzt - Die „Normalisierung“ wird Jahre brauchen

Die Aussichten für den Luftverkehr in Europa haben sich nach Einschätzung des Branchenverbands IATA noch weiter eingetrübt. „Das Schlimmste könnte noch bevorstehen“, teilte ein Sprecher der IATA kürzlich in Genf mit. Im Vergleich zu den eigenen Prognosen vom April korrigierten die neuesten IATA-Vorhersagen die Zahl der Passagier- und Arbeitsplatzverluste noch einmal.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise belasteten die Branche trotz der jüngsten Wiederaufnahme des Flugbetriebs weiterhin enorm.

Gerade die Quarantäne-Bestimmungen schreckten viele von Buchungen ab. Der Dachverband der Fluggesellschaften (IATA) rechnet wegen des Corona-Einbruchs in diesem Jahr mit dem schlimmsten finanziellen Einbruch in der Luftfahrtgeschichte. Die Airlines dürften zusammen 84 Milliarden Dollar (74,3 Milliarden Euro) Nettoverlust machen. Im kommenden Jahr sei mit weiteren 15 Milliarden Dollar Nettoverlust zu rechnen. Die Fluggesellschaften dürften Ende des Jahres Schulden in Höhe von 550 Milliarden Dollar anhäufen, nach 430 Milliarden Dollar Anfang 2020, hat die IATA vorgerechnet. Passagiere würden nach dem Corona-Schock auch 2021 noch nicht zu alten Fluggewohnheiten zurückkehren. Etwas positiver sieht der Branchenverband hingegen die Zukunft im Frachtbereich. Zwar rechnet der Dachverband damit, dass die beförderten Frachttonnen um 10,3 Millionen Tonnen im Vergleich zum Vorjahr auf 51 Millionen Tonnen sinken werden.

Allerdings erwarten die Luftfahrt-Experten, dass der Mangel an Kapazität aufgrund der nichtverfügbaren Beiladefracht in Passagierflugzeugen die Frachtraten für 2020 um etwa 30 Prozent ansteigen lässt. Die Frachtumsätze könnten demnach auf einen Rekordwert von 110,8 Milliarden US-Dollar (97,5 Milliarden Euro) zusteuern. Damit würde der Anteil des Frachtbereichs am Gesamtumsatz der

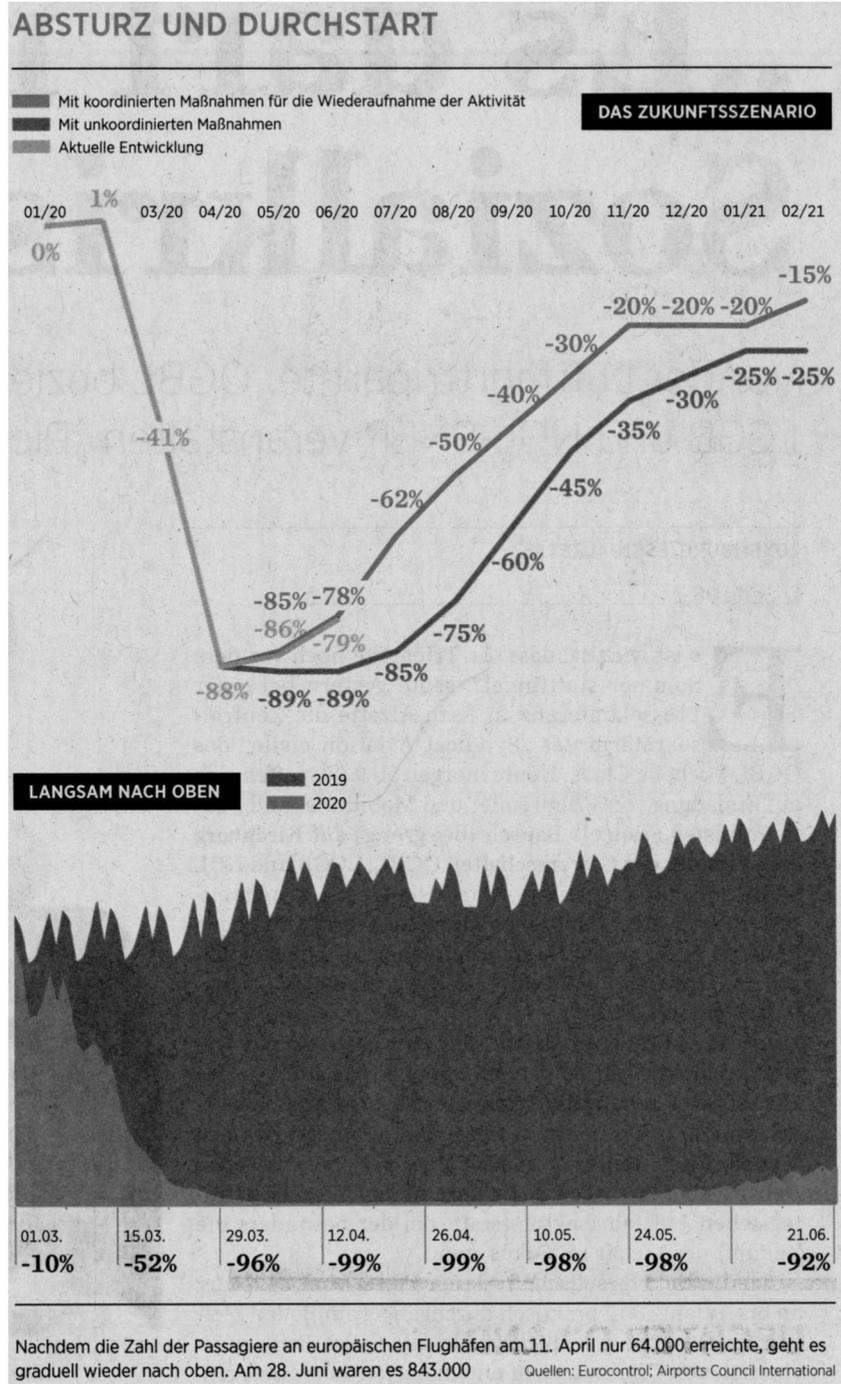
Luftfahrt-Branche sich mehr als verdoppeln – von 12 Prozent im Vorjahr auf 26 Prozent. Der Trend soll 2021 weiter gehen. Alles Prognosen, die allerdings stehen und fallen mit der Entwicklung der Pandemie. Kommt ein weiterer Schub? Werden weitere Lockdown-Maßnahmen beschlossen werden, die Flugzeuge wieder auf den Boden binden?

Angesichts der riesigen Löcher in den Umsätzen hat besonders die Passagierbranche ein enormes Problem. Dauernd müssen Fluggesellschaften mit Unsummen gerettet werden. Milliarden werden von Staaten aufgewendet, um Unternehmen zu retten. Die Lufthansa ist ein Beispiel, die Air France-KLM ein weiteres.

Manche Gesellschaften werden wahrscheinlich nicht überleben, Experten gehen davon aus, dass zumindest einer der großen Player im US-Markt den Corona-Schock nicht überleben wird, der allen Airlines hohe Hygieneauflagen auferlegt hat, was noch zusätzliche Kosten verursacht. Die Turbulenzen machen natürlich auch vor Luxemburg nicht halt. Die Luxair Group, bislang in schwarzen Zahlen - außer bei der Airline - hat es schwer erwischt. Eine neue Strategie muss her, um die Gesellschaft durch den schweren Sturm zu führen.

Aber die ganze Luftfahrtbranche wird die Krise zu verdauen haben. Wie sagte gestern OGBL-Zentralserkretärin Michelle Cloos: alles hängt zusammen in dem Bereich. Geht das Passagiergeschäft nicht, muss auch das Catering zurück gefahren werden und fehlen die Kunden in den Luxairport-Shops - nur zwei Beispiele. Alles in allem sollen direkt und indirekt mehr als 20.000 Jobs in Luxemburg an der essenziellen Branche hängen, für die es wichtig ist, noch vor den Sommerferien Gegenstand einer Tripartite zu sein. Man muss sich auf einen Lagebestand einigen und den Kurs setzen. Die letzte Dreierrunde dürfte es indes nicht sein.

LJ MIT DPA



„Luxair geht es nicht gut“

Tripartite des Luftfahrtsektors: Ein Maximum der Arbeitsplätze zu bewahren, ist das Ziel

Von Marco Meng

Der Luftfahrtsektor ist in der Krise. Die Regierung wolle ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Beitrag dazu leisten, um die Beschäftigung im Sektor aufrechtzuerhalten und die Zukunft der Unternehmen zu sichern, so gestern Mobilitätsminister François Bausch vor der Presse.

Zuvor hatten sich nach zwei Stunden Diskussionen, die von Sozialpartnern als konstruktiv bezeichnet wurden, Luxair, Cargolux, Luxairport, der Staat und die Gewerkschaften darauf geeinigt, dass in den drei Betrieben Arbeitsgruppen eingesetzt werden, die bis 17. September eine Bestandsaufnahme durchführen und Pläne erarbeiten sollen, wie die Betriebe gestärkt werden können. Bausch wies darauf hin, dass anders als der ebenfalls schwer von der Viruskrise getroffene Horesca-Sektor die Luftfahrt länger brauchen werde, sich wieder zu erholen.

Cargolux spürt sinkende Raten

Bislang kam Cargolux am besten durch die Krise: Das Geschäft hatte zwar die ersten beiden Monate des Jahres gestrauchelt, doch auch gerade wegen der Viruspandemie

dann vom Luftfrachtboom profitiert. „Der Zenit ist aber überschritten“, sagte gestern Cargolux-Chef Richard Forson. Im ersten halben Jahr lag das Frachtgeschäft von Cargolux nur zwei Prozent unter dem des Vorjahres. Anders sieht es bei Luxair aus: Hier ist die Zahl der Fluggäste in den ersten sechs Monaten des Jahres um 67 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen; die Buchungen bei LuxairTours sogar um 73 Prozent. „Der Luxair geht es nicht gut“, sagte denn auch der neue Luxair-Chef Gilles Feith. Investitionen seien nötig. Und die Situation werde nicht einfacher: Jetzt im Juli liegen die Buchungen wieder 50 Prozent unter denen vom Juni. Einzig der Gütertransport lief bei LuxairCargo bislang gut und erreichte im ersten Halbjahr fast das Volumen von 2019.

Nun sind 30 Prozent der Luxair-Mitarbeiter in Kurzarbeit. „Das sind nicht nur finanzielle Einbußen für die betroffenen Mitarbeiter“, sagt Patrick Dury, Nationalpräsident des LCGB. „Das schürt auch Sorgen um die Sicherheit der Arbeitsplätze.“ Die zu halten und Entlassungen weitgehend zu vermeiden, sei das gemeinsame

Ziel, so gestern die Sozialpartner.

Auch der Flughafen in Findel muss wirtschaftliche Einbußen wegstecken: Im März sank das Passagieraufkommen um 60 Prozent; im April herrscht dann beim Personenflugverkehr Totalstillstand. Jetzt im Juni war das Fluggastaufkommen in Findel gerade einmal neun Prozent von dem, was der Airport im Juni des vergangenen Jahres verzeichnete.

„Die Regierung weiß, dass die Luftfahrt für unsere Wirtschaft essenziell ist“, so Minister Bausch, „und ohne Flughafen würde unsere Ökonomie nicht funktionieren.“ Darum werde die Regierung alles tun, den Sektor zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern. Bausch warnte aber auch: „Staatshilfen sind kein Wundermittel, um den Sektor zu retten.“ Momentan aber sind die Kriterien der Europäischen Union zu Staatshilfen für den Sektor angesichts der Krise gelockert, sodass man „den Zeithorizont dieses Jahr nutzen“ wolle – denn nach der Viruskrise, so ist sich Bausch sicher, „wird Brüssel die Schrauben auch wieder anziehen.“ Liegen die Vorschläge der Arbeitsgruppen am 17. September auf dem Tisch, werde man daraus

ein Gesamtpaket schnüren, das Bausch dann am 15. Oktober der EU-Kommission zur Genehmigung vorlegen werde.

Dem Sektor kommt jede Hilfe recht. Denn nach der finanziellen Durststrecke in diesem Jahr kommen wegen der zweijährigen Renovierung der Landebahn in Findel ab nächstem Jahr auf Luxair und Cargolux weitere Millionenkosten zu, die zum Teil auf andere Flughäfen ausweichen und Passagiere und Fracht von dort transportieren müssen; hinzu kommen zusätzliche Landegeühren. Es wird geschätzt, dass Flugplanänderungen zwischen Frühjahr 2020 und Herbst 2021 Luxair eine Million Euro kosten werden; für die Frachtgesellschaft Cargolux sollen es mehrere Millionen Euro sein. Verschieben könne man die Renovierung aber nicht mehr, so Flughafenchef René Steinhaus und Minister Bausch.

Staatshilfen sind kein Wundermittel.

François Bausch, Mobilitätsminister

Airline-Chef Jossart hat Luxair verlassen

Der Chef des Linienflugbetriebs der Luxair Group, Laurent Jossart, hat zum 1. Juli 2020 das Unternehmen verlassen. 2006 ist er als Finanzchef zu Luxair gekommen und war zuvor Managing Director des Flughafens Charleroi. Die Airlinesparte von Luxair wird nun vom Duo Thomas Fischer und Daniel Colling geleitet, die beide seit Jahren bei Luxair arbeiten. Colling, ein ehemaliger Pilot, war seit 2008 Vizepräsident für den Flugbetrieb; Thomas Fischer war für Planung und Flughafenbeziehungen zuständig.



Mobilitätsminister François Bausch legt im Oktober in Brüssel die Pläne vor, wie Luxemburg seine Luftfahrtunternehmen unterstützen will.

Foto: Guy Jallay

Weltweit in der Krise

Einer der Wirtschaftssektoren, der am schnellsten und bislang härtesten von der Corona-Krise getroffen wurde, ist die Luftfahrtbranche. Der Luxemburger Flughafen steht für fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was 2019 drei Milliarden Euro entsprach. Indirekt hängen 24 000 Arbeitsplätze am Findel, direkt sind es 6 000.

Der weltweite Einbruch des Flugverkehrs hat den ganzen Luftfahrt-

sektor hart getroffen: Nahezu alle großen Airlines haben Entlassungen angekündigt und Staatshilfen beantragt. Auch die beiden Hersteller Boeing und Airbus haben die Produktion gedrosselt – Airbus um 40 Prozent über zwei Jahre hinweg – und bauen Personal ab. Airbus erwartet, dass sich der Luftverkehr nicht vor 2023 erholen wird und möglicherweise erst 2025 wieder auf dem Niveau von vor Corona sein wird.

Mehr Unfälle, weniger Folgen

Die Zahl der Verkehrstoten sinkt 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 39 Prozent

Von Maximilian Richard

Luxemburg. Manche Statistiken sind nie positiv, das liegt in ihrer Natur. Hinter jeder Zahl steckt ein Schicksal, die Geschichte eines Opfers und seiner Hinterbliebenen. Das gilt auch für die jährliche Bilanz der Verkehrsunfälle. Denn von der Vision Zero – sprich weder Tote noch Schwerverletzte im Straßenverkehr – ist Luxemburg noch weit entfernt.

Nachdem die Zahl der Verkehrstoten 2018 wieder deutlich angestiegen war, lässt die Bilanz des vergangenen Jahres, die gestern von Mobilitätsminister François Bausch vorgestellt wurde, wieder auf eine bessere Zukunft hoffen. Denn im vergangenen Jahr erreichte die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr ein Rekordtief.

22 Menschen haben 2019 bei 22 Unfällen ihr Leben auf Luxemburgs Straßen verloren. Damit wurde der bisherige Tiefstand aus dem Jahr 2017 (25) unterboten. Im Vergleich zum Vorjahr (36) fiel die Zahl der Todesopfer noch deutlicher. Im EU-weiten Vergleich liegt Luxemburg somit auf dem sechsten Platz – unter anderem hinter Ländern wie Schweden, Irland oder Dänemark. Allgemein sei in den vergangenen Jahren hierzulande ein positiver Trend zu erkennen, so François Bausch. Die Zahl der tödlichen und schweren Verkehrsunfälle sinke stetig, obwohl die Bevölkerung und der Fuhrpark wächst.

Gefährliche Monate

Das 2010 gesetzte EU-Ziel von maximal 16 Verkehrstoten in Luxemburg im Jahr 2020 werde aber wohl mit aller Wahrscheinlichkeit nicht erreicht werden, betonte Bausch. Die Analysen seien zwar noch nicht abgeschlossen (siehe Kasten), bislang hätten 2020 aber bereits 17 Menschen nach Verkehrsunfällen ihr Leben verloren – darunter drei Fahrradfahrer.

Auch habe der durch die Covid-19-Pandemie bedingte Lockdown keinen positiven Effekt auf die Unfallstatistik gehabt, da dieser in eine Periode fiel, in der sich traditionell weniger Unfälle ereignen. Hingegen erweisen sich die Sommer- und Herbstmonate in der Regel als besonders fatal. Dies zeigte sich auch im vergangenen Jahr.

Aber auch allgemein hat die Zahl der Verkehrsunfälle mit Verletzten 2019 wieder leicht zugenommen. 988 Mal (2018: 947) waren Verletzte zu beklagen. Allerdings wurden nur 248 Personen bei den Unfällen schwer verletzt – ein Rückgang von neun Prozent (2018: 273) im Vergleich zum Vorjahr. Die Daten sagen aber nur bedingt etwas über die Schwere der Verletzung aus, da zum Beispiel alle Personen, die nach einem Unfall mehr als 24 Stunden hospitalisiert werden müssen, bereits als schwer verletzt gelten.

Rasen gilt wie bereits in den Jahren zuvor als die Hauptursache bei tödlichen und schweren Unfällen. Bei 13 der Fälle mit Todes-

folge (59 Prozent) war überhöhte Geschwindigkeit der Auslöser. Wenig überraschend ereignen sich auch die meisten tödlichen (55 Prozent) und schweren (68 Prozent) Unfälle bei guten, trockenen Wetterverhältnissen. Unter diesen Bedingungen fallen nämlich eher die Hemmungen, auf das Gaspedal zu drücken.

François Bausch betonte, dass auch voraussichtlich bei einigen tödlichen Unfällen in diesem Jahr überhöhte Geschwindigkeit ausschlaggebend war – so wohl auch bei dem tragischen Unglück im Tunnel Gousselerberg auf der A7, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen und mehrere verletzt wurden.

„Das ist kriminell“

„Wenn in einem Tunnel etwas geschieht, ist es meistens katastrophal“, so Bausch. Deshalb sollen die Unterführungen in naher Zukunft mit einem Sektordaradar ausgestattet werden. „Dann ist der Spuk vorbei“, so der Minister. „Erst diese Woche ist ein Autofahrer mit fast 180 km/h durch einen Tunnel gefahren. Das ist kriminell.“

Eine besorgniserregende Tendenz lässt sich allgemein aber auch bei den Unfällen feststellen, die im Zusammenhang mit Alkoholkonsum stehen. Neun tödliche Unfälle (41 Prozent) wurden von einem betrunkenen Fahrer verursacht – dreimal mehr als noch 2018.

Mit 49 Prozent (133) waren fast die Hälfte der schwer verletzten und verstorbenen Verkehrsteil-

nehmer Autofahrer. In einigen Fällen hätten die dramatischen Folgen vielleicht vermieden werden können. Drei Unfallopfer trugen nämlich keinen Sicherheitsgurt – im Vorjahr waren es noch sechs.

Bei den Motorradfahrern lässt sich eine positive Tendenz erkennen. In diesem Zusammenhang hätten unter anderem verstärkte Geschwindigkeitskontrollen der Polizei Wirkung gezeigt, so François Bausch. Mussten 2018 noch neun Biker ihr Leben auf Luxemburgs Straßen lassen, waren es im vergangenen Jahr nur noch vier. Ein ähnlicher Trend ist auch bei den Schwerletzten zu erkennen – erlitten 2018 noch 80 Motorradfahrer schwere Blessuren, waren es im vergangenen Jahr 59.

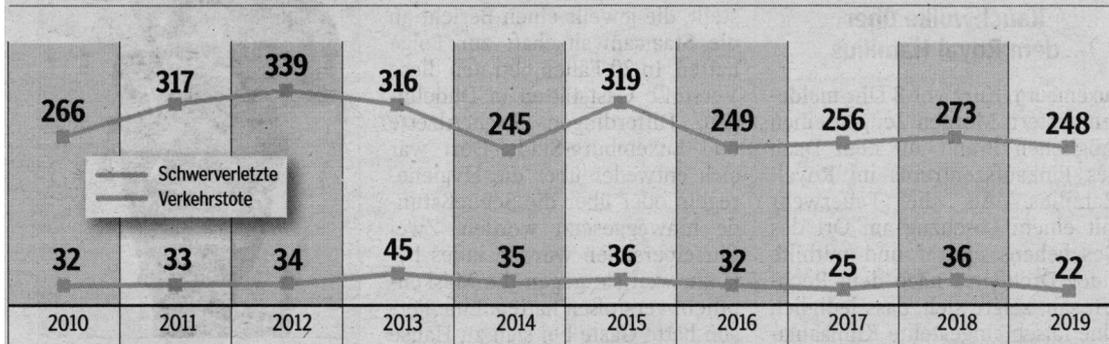
Gestern wurde zum zweiten Mal auch ein Bericht der Administration des enquêtes techniques vorgestellt. Die Behörde befasst sich neben Flugzeug-, Schiff- und Eisenbahnunfällen auch mit Verkehrsunfällen.

Anhand der Analyse der einzelnen, nach eigenen Kriterien ausgewählten Vorfälle haben die Beamten wie bereits im vergangenen Jahr Lösungsansätze ausgearbeitet, die unter anderem unfallträchtige Streckenabschnitte verkehrssicherer gestalten sollen. So spricht der umfangreiche Bericht sich unter anderem für die Anpassung und Absicherung von Leitplanken aus.

Bestimmte Kriterien

In der jährlichen Unfallstatistik fließen nicht alle tödlichen Unfälle ein. Nur Unfallopfer werden aufgeführt, die entweder sofort oder innerhalb von 30 Tagen nach einem Unfall an den Folgen ihrer Verletzungen gestorben sind. Verkehrsteilnehmer, die Suizid begangen haben oder infolge gesundheitlicher Probleme im Straßenverkehr gestorben sind, werden nicht erfasst.

Verkehrstote und Schwerverletzte von 2010–2019



Quelle: Ministère de la Mobilité et des Travaux publics / Statec / Police



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

„Ein Haus aller Kulturen“

Jazzmusiker Maxime Bender, der neue Leiter des Echternacher Trifolions, hat klare Vorstellungen für die Zukunft

Interview: Thierry Hick

Ralf Britten hat im Januar seinen Posten als Leiter des Trifolions aufgegeben. Maxime Bender übernahm vorübergehend den Job, bevor eine definitive Ernennung erfolgte. Seit gestern ist nun der Luxemburger Jazzmusiker und Kommunalpolitiker neuer künstlerischer Leiter des Echternacher Kulturhauses. Das Saxofon an den Nagel hängen will der neue Chef nicht.

Maxime Bender, auf der Bühne als Jazzmusiker oder hinter der Bühne als Kulturmanager – wo fühlen Sie sich am wohlsten?

Es sind zwei ganz verschiedene Bereiche, die nicht vergleichbar sind. Und beide sind große Herausforderungen, die vor allem Spaß machen. Der neue Job bedeutet nicht, dass ich mit der Musik aufhören werde.

Sie werden also weiterhin im Musikbereich aktiv bleiben?

Auf jeden Fall. Zur Zeit schreibe ich viel, denn im Herbst werde ich ein neues Album aufnehmen. Ein Platz für die Musik muss bestehen bleiben. Ich bin und bleibe Musiker und will den Kontakt zur Bühne und zu den Musikern nicht abbrechen.

Sie sind Musiker und Lehrbeauftragter in der Echternacher Musikschule und haben doch wenig Erfahrung mit rein administrativer Arbeit. Die Leitung eines Kulturhauses ist Neuland für Sie. Sind Sie gewappnet für diesen Job?

Es stimmt schon, die Arbeit ist zum Teil Neuland für mich. Und dennoch musste ich mich als Musiker mit Fragen rund um Organisation, Tourneeplanung, Verträge und Administratives auseinandersetzen. Im Trifolion werde ich dafür eine vollständige Mannschaft leiten. Diese Führungsfunktion ist schon sehr neu für mich. Ich konnte aber bei der Planung des Echterlive-Festivals beweisen, dass ich mit einem Team zusammenarbeiten kann.

Warum haben Sie sich überhaupt für den Posten beworben?

Ich wurde vor zwei Jahren gefragt, ob ich die Leitung des Echterlive-Festivals übernehmen wollte. Ich habe zugesagt und hat-

te viel Freude bei dieser Arbeit. Später ging es eher zufällig weiter. Mein Vorgänger Ralf Britten verließ seinen Posten und die Stelle wurde ausgeschrieben, es war eine ganz normale Prozedur.

Als Sie 2019 die Leitung des Echterlive-Festivals übernommen haben, hatten Sie nicht vielleicht doch bereits den Direktionsposten im Visier?

Nein! Die Frage wird mir oft gestellt. Die Organisation des Sommerfestivals sollte sich auf zwei Saisons beschränken, und als ich gefragt wurde, war die Nachfolge von Ralf Britten noch kein Thema.

Mit welchen Argumenten konnten Sie den Verwaltungsrat überzeugen. Welches sind Ihre Visionen für das Trifolion?

Das Kulturhaus muss lokal und regional verankert – vielleicht noch mehr als früher – und nahe an der Bevölkerung sein. Deswegen starten wir diese Woche mit unserer „Trifo' Apéros“-Reihe. Jeden Freitag werden auf der Terrasse und im Bistro kleine Konzerte angeboten. Das Publikum soll einfach vorbeikommen können und sich entspannen. Solche Begegnungen sind für mich wichtig, denn das Trifolion soll nicht nur ausschließlich ein Konzerthaus für Kulturbürger sein, sondern ein Treffpunkt für ganz verschiedene Menschen.

Mit welchen Mitteln wollen Sie versuchen, auch die ausländischen Bewohner aus der Region Echternach zu überzeugen?

In dem wir versuchen, verschiedene Kulturen zu vermischen und damit die Integration zu fördern. Ich bin mir aber bewusst, dass diese Aufgabe sehr herausfordernd sein wird.

Sie hatten mit der sanitären Krise wohl keinen einfachen Einstieg?

Stimmt! Ganz früh mussten wir zwischen Absagen und Verschiebungen in unserem Programm die richtige Balance finden. Dabei stellten sich Fragen rund um Finanzen und Sponsoring, es war eine Zeit voller Unsicherheiten. Da wir kein kommunaler Service sind, müssen wir dafür sorgen, dass unsere wirtschaftliche Lage

gesichert ist. Sollte es zu einer zweiten Welle in der Corona-Krise kommen, werden wir mit Einschnitten rechnen müssen.

Ralf Britten hat in den letzten Jahren viele deutschsprachige Programme nach Echternach gebracht. Werden Sie diese behalten?

Ich glaube nicht, dass die Frage der nationalen Angehörigkeit eines Programms relevant ist. Deutsche Zuschauer kommen zu uns, um ein französisches Theaterstück zu sehen, das in Trier nicht angeboten wird.

Und wie steht es mit den Luxemburger Künstlern?

Als Musiker weiß ich genau wie schwer oder wie einfach es ist, in Luxemburg aufzutreten. Ich kann die Frage von der anderen Seite beleuchten. Natürlich will ich die nationale Szene unterstützen. Dies soll jedoch nicht zum Selbstzweck werden, um unseren Saal füllen zu können. Ich will auch einiges ausprobieren, auch wenn nur 50 Zuschauer kommen sollten. Ich werde versuchen, Kunst so breitgefächert wie nur möglich anzubieten.

Und wie steht es mit den oft politischen Vorträgen und Diskussionsrunden, die in den letzten Jahren zu einem festen Standbein des Hauses geworden sind?

Ich glaube nicht, dass es die Rolle eines Kulturhauses ist, das Sprachrohr von Politikern zu sein. Wichtiger als der Name des Redners scheinen mir die Themen zu sein.

Was sind die Stärken des Echternacher Kulturhauses?

Das Haus ist logistisch bestens aufgebaut und die Akustik des Konzertsaals ausgezeichnet. Zudem hat die Stadt mit der reichen historischen Kulisse ein gewisses Ambiente. Echternach machte in den letzten Jahren oft mit negativen Schlagzeilen auf sich aufmerksam. Nun soll aber eine völlig neue Dynamik entstehen, und die gewünschte Festivalstimmung soll wieder zurückkehren.

Und die Schwächen?

Leider bleibt die Distanz zur Hauptstadt in den Köpfen vieler

präsent. Der Osten ist ein Stiefkind des Landes, sei es durch die Zahl der Abgeordneten oder die Subventionierungspolitik. Die Region wird oft vergessen.

Das Trifolion war bisweilen nicht nur Kulturhaus, sondern auch ein Kongressort. Wird das weiterhin so bleiben?

In Zukunft sollen beide Ausrichtungen getrennt werden.

Das Trifolion gehört dem Netzwerk der regionalen Kulturhäuser an. Jedes Mitglied versucht eine eigene Identität aufzubauen. Wie sehen Sie Ihre?

Natürlich wird Musik ein Schwerpunkt des Programms werden. Da wir weder ein reines Konzert- noch Theaterhaus sind, sollen alle Kunstsparten zum Ausdruck kommen.

Welche Zukunft hat das Echterlive-Festival?

2021 werden wir das Programm von 2020 nachholen. Wir haben auch gemerkt, dass das Vermischen aller Genres an einem Wochenende den Zuschauer duneinander bringt. Deswegen wollen wir in Zukunft ein Jazzfestival im Februar und ein Klassikfestival vorschlagen, jeweils an einem Wochenende. An sich wollten wir bereits 2021 mit dieser Idee starten. Das Echterlive-Festival mit seinem populären Programm soll im Sommer seinen festen Platz finden können.

Wo steht das Trifolion 2030, zehn Jahre, nachdem Sie die Führung übernommen haben?

Ich hoffe, dass ich dann noch auf meinem Posten bin. Das Haus soll dann noch stärker in der Region verankert, noch mehr zugänglich und noch immer ein Ort der Entdeckung sein.

Und zum Schluss: Sie sind auch Mitglied des Gemeinderats von Waldbillig. Warum und welche politische Ziele verfolgen Sie?

Ich habe mich schon immer für die lokale Politik in unserer Ortschaft interessiert. Ich bin wahrscheinlich wie Obelix schon als kleiner Junge in den Kessel gefallen, da mein Vater 18 Jahre Bürgermeister in Waldbillig war und

ich mit der Politik groß geworden bin. Sich für Mitmenschen einzusetzen, neue Ideen zu entwickeln und versuchen, etwas für die Gemeinschaft zu machen, war immer und bleibt ein großes Anliegen und eine Motivation für mich.

Von der Jazzbühne zum Chefsessel

Maxime Bender, Jahrgang 1982,

studierte nach dem Abitur Saxofon, Klavier, Harmonie, Komposition, Arrangements und „Lecture“ am Conservatoire national de région in Strasbourg, am Conservatoire royal in Brüssel und an der Musikhochschule in Köln. Seit 2003 ist Bender Lehrbeauftragter an der Echternacher Musikschule und ebenfalls seit 2014 am Conservatoire du Nord. Maxime Bender hat bereits sieben Einzelalben veröffentlicht, als Sideman hat der Jazzmusiker an vielen Gruppenprojekten mitgewirkt. Neben seinen zahlreichen Engagements und Konzerten ist der Musiker Mitglied des Gemeinderats von Waldbillig – eine Familienangelegenheit. Seit gestern ist Maxime Bender Direktor des Echternacher Trifolions. C./thi

- *Leider bleibt die Distanz zur Hauptstadt in den Köpfen bestehen.*
- *Das Trifolion soll nicht nur ein reines*

Konzerthaus sein, es soll zu einem Treffpunkt für ganz verschiedene Menschen werden.

Kreativität im Buchsektor gefragt

Die Luxemburger Teilabsage bei der Frankfurter Buchmesse und die Suche nach Krisenlösungen

Von Daniel Conrad

Ein Herbst ohne Frankfurter Buchmesse schien einfach undenkbar – die Verantwortlichen tun alles, um den Branchentreff – dem wichtigsten der Szene – zwar in eingeschränkter Form, aber dennoch stattfinden zu lassen. „Wir haben uns aber gegen eine Teilnahme mit einem Stand vor Ort entschieden“, sagt Marc Rettel, Verantwortlicher an der Spitze des Buchsektor-Förderprogramms „Reading Luxembourg“. „Die Auflagen wären sehr hoch gewesen – und letztlich sind Veranstaltungen und Empfänge am Stand kaum möglich – die Bewegung und Zahl der Standbesucher müsste reguliert werden; zusätzlich zu anderen Auflagen. Zumal wir den alten Stand nicht hätten benutzen können, weil wir in eine andere Halle gekommen wären. Aber auf dieses wichtige Forum in Frankfurt ganz zu verzichten, wenn es denn nun mal stattfindet, wäre ein schlechtes Signal für den Sektor und das Luxemburger Buch. Gerade in Anbetracht dessen, was wir jetzt aufgebaut haben“, sagt der Koordinator.

Denn Erfolge sieht der Programm-Manager sehr wohl. „Allein die internationalen Lizenzverträge, die sich bereits ergeben haben, oder auch die Einladungen von Autoren wie zum Beispiel Elise Schmit zur Lesung im Rahmen von ‚Leipzig liest‘ bei der Leipziger Buchmesse – die leider nicht stattfinden konnte –, zeigt schon das gewachsene Interesse am Luxemburger Buchsektor.“

Das Forum Frankfurt so gut wie möglich nutzen

So soll das diesjährige, für Frankfurt zur Verfügung stehende Budget eben dennoch genutzt werden, um die Verleger und Buchautoren in Frankfurt ins direkte Gespräch

zu bringen. „Wir versuchen unseren Verlegern und Autoren so gut wie möglich, Foren zu geben und in den Netzwerken zu präsentieren“, sagt Rettel und meint damit gleich mehrere Dinge. „Wo wir direkte Begegnungen ermöglichen können, wollen wir die auch nutzen.“

Einerseits soll eine Delegation nach Frankfurt fahren – es werde aber so geplant, dass man im Notfall auch komplett und wenn möglich ohne Folgekosten absagen könnte. „Man weiß ja nicht, wie im Oktober die Reisebedingungen sein werden, ob Luxemburg als Risikogebiet gilt und daher überhaupt die Anreise machbar ist.“

Es bedeute, nun flexibel zu sein und kreativ mit den Rahmenbedingungen umzugehen. Auch die Frankfurter Veranstalter versuchen das zu tun, trotz aller Widrigkeiten, vieles sei aber einfach nicht planbar. „Wir versuchen in das digitale Programm, das die Messe veranstalten will, hineinzukommen. Und auch die Beiträge dafür müssen mit einem gewissen Kostenaufwand produziert werden. Der Vorteil aber wäre, dass man den nachhaltigen Einsatz dieser Videos oder anderer Medienformen für andere Gelegenheiten nutzen könnte. Generell ist ja ‚Reading Luxembourg‘ so gedacht, nicht nur auf ein einziges Forum zu setzen, sondern sich breit aufzustellen.“

„Dann gibt es zum Beispiel auch das sogenannte ‚Bookfest City‘, bei dem die Autoren vor Publikum lesen können. Das böte sich auch an, aber da wird man noch abwarten müssen. Wir stecken regelmäßig die Köpfe intern und mit den Partnern in Frankfurt zusammen und schauen Schrittmchen für Schrittmchen, was möglich sein könnte. Nicht nur für die Buchmesse in Frankfurt, sondern auch schon darüber hinaus. Wir sind längst bei

einer mittelfristigen Planung. Zum Beispiel auch für den ‚Marché de la Poésie‘ in Paris, auf dem Luxemburg 2021 Ehrengastland sein wird“, betont der Programm-Manager.

Der Fokus liegt auf dem Netzwerk

Genau um diese mittel- bis langfristige Perspektive soll es auch für die Messe gehen. „Für die Verleger – sechs sind es bisher, die mit wollen – ist das reines Business, um Kontakte zu vertiefen, andere Verleger zu treffen, Koproduktionen oder Lizenzrechte auszuhandeln, Literaturscouts das eigene Programm zu empfehlen oder einfach den Markt besser kennenzulernen“, sagt Rettel.

Der Programm-Manager will dann auf Wunsch – unter anderem flankiert von der Berliner Kennerin der Literaturszene, Ulrike Ostermeyer, und der Fachspezialistin für internationale Lizenzrechte Stefanie Drews aus Paris – begleitend das Netzwerk vertiefen und den Verlegern tatkräftig zur Seite stehen. „Inzwischen gibt es ja auch schon beständige Kontakte zu anderen nationalen Programmmanagern wie zum Beispiel der Schweiz und anderen, wo es schon eine Basis gibt und die uns einladen. Und da versuchen wir dann auch die neusten, spannendsten Titel, die sich für den internationalen Markt eignen, vorzustellen. Auch im Auftrag von denen, die nicht mit nach Frankfurt können oder im Hinblick auf mögliche Risiken nicht wollen. Da helfen uns die Kataloge, die wir zum Teil ja schon bereitgestellt haben und die erste Einblicke geben – und wir wollen die Verleger, die direkt mit vor Ort kommen wollen, mit passendem Material ausstatten, damit sie sich gut präsentieren können. Und zudem, das hat sich ja auch in der Corona-Krise gezeigt, könnten wir die Möglich-

keiten virtueller Zusammenkünfte prüfen. Aber das Physische ist eben kaum wirklich zu ersetzen.“

Wichtig sei, die Kontakte zu identifizieren, die für eine weitergehende Zusammenarbeit geeignet scheinen – „und da versuchen wir von ‚Reading Luxembourg‘ zu helfen“, so Rettel.

Das Luxemburger Buch auf dem Heimmarkt stärken

Aber nicht nur auf dem internationalen Parkett brauche es Hilfe für das Luxemburger Buch, sagt der Koordinator. Gefragt zu den Erfahrungen der Szene im Lockdown zeichnet sich ein gespaltenes Bild: „Eigentlich hätte man ja davon ausgehen können, dass das Buch in Zeiten des Lockdown an Bedeutung gewinnt. Das scheint aber nicht der Fall gewesen zu sein. Im Gegenteil, die Einbrüche waren hoch. Und für die Luxemburger Bücher fehlt es im Land dazu noch an Sichtbarkeit. Aber dazu wollen wir auch mehr tun – noch ist die Initiative dazu aber nicht spruchreif. Aber das Luxemburger Buch muss auch auf dem Heimmarkt stark sein – umso gefestigter lässt sich das auch im Ausland präsentieren. Wir haben gute Foren und Möglichkeiten, aber die müssen sehr viel direkter sein. Leser, Autoren und Verleger müssen sich begegnen. Das schafft ein tieferes Interesse und Vertrauen.“

Auf dieses wichtige Forum in Frankfurt ganz zu verzichten, wäre ein schlechtes Signal für das Luxemburger Buch.

Marc Rettel, „Reading Luxembourg“

Die Frankfurter Buchmesse 2020

Unter dem Motto „All together now!“ soll in 76 Tagen trotz der Corona-Pandemie die 72. Frankfurter Buchmesse starten. Für diese „Special Edition“ vom 14. bis 18. Oktober soll das virtuelle Angebot für das Fachpublikum und die breite Leserschaft ausgebaut werden.

Das „Bookfest“ wird digital erweitert und kann so vom heimischen Rechner aus verfolgt werden. Darauf werden Lesungen und andere Angebote verfügbar sein. Das Team und die Nutznießer des Luxemburger Förderprogramms „Reading Luxembourg“ haben sich gegen einen Gemeinschaftsstand vor Ort entschieden, aber eine Delegationsrei-

se ist geplant. „Die Messe kommuniziert offiziell aktuell 30 Prozent weniger Aussteller als in einem normalen Jahr. Einer deutschen Zeitung nach könne man höchstens mit 1 600 von sonst über 7 000 Ausstellern rechnen“, sagt Programm-Manager Marc Rettel. *dco*
► www.buchmesse.de



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Zimmer frei

Hotels, Campingplätze und Jugendherbergen begrüßen wieder Gäste – nur viel weniger als üblich

Von Marlene Brey und Mara Bilo

Leere Betten, freie Stellplätze, wenige Gäste – Hotels, Campingplätze und Jugendherbergen empfangen seit einigen Wochen wieder Gäste. Die Betriebe mussten zwar nicht zumachen, viele haben ihre Türen aber trotzdem während des Lockdown geschlossen – die Gäste fehlten. „Es war ein Schock“, sagt Marcel Goeres. Er leitet seit 27 Jahren die von ihm gegründete Hotelgruppe – heute gehören ihm vier Hotels und drei Restaurants. Unter normalen Umständen liegt der Jahresumsatz der Hotelgruppe bei rund 14 Millionen Euro, etwa 70 Prozent entfallen auf die Hotellerie, 30 Prozent auf die Gastronomie. Mitte März entschloss Goeres sich dafür, zwei seiner vier Hotels zu schließen. „Die noch freien Zimmer waren von Pflegepersonal und Cargolux-Piloten besetzt.“ Insgesamt verfügt die Hotelgruppe über 229 Zimmer.

Corona-Folgen bis 2021

Derzeit liegt der Umsatz etwa 85 Prozent unterhalb des üblichen Niveaus. Vergangenes Jahr machte die Gruppe im Juni einen Umsatz von 1,4 Millionen Euro, in diesem Jahr sind es 240 000 Euro. Geschäftsleute machen etwa 80 Prozent der Kundschaft aus – „die sind weg“, stellt Goeres fest. Der Unternehmer geht davon aus, dass sich die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise bis ins Jahr 2021 ziehen werden. „Für das nächste Geschäftsjahr gehen wir von einem Jahresumsatz von 10,5 Millionen Euro aus.“ Goeres zieht bereits Entlassungen in Erwägung. Insgesamt beschäftigt er 139 Mitarbeiter. „Die Personalkosten machen etwa 40 Prozent unserer Gesamtkosten aus“, erklärt er. Für den Hotelbetreiber ist klar: Das Instrument der Kurzarbeit war nicht nur während des Lockdown unerlässlich, es ist es auch jetzt noch. Derzeit befinden sich noch etwa 70 Mitarbeiter in Kurzarbeit.

Nach Angaben des Generalsekretärs des Verbandes der Hoteliers, Restaurantbesitzer und Cafetiers (Horesca), François Koepf, lag die Bettenauslastung in den Hotels im April und Mai bei weniger als fünf Prozent, im Juni bei etwa zehn Prozent. „Nur bei Hotels, deren Kundschaft hauptsächlich aus Touristen besteht, sieht die Lage

seit einigen Tagen etwas besser aus.“ Das beobachtet auch Christian Reiff: Seit Mitte Juni ist sein Hotel mit Restaurant in Fischbach wieder gefragt. „Im Juli liegen die Buchungen auf Niveau des Vorjahres“ – 18 Gäste kann er empfangen. In diesem Jahr sind das aber andere Kunden als sonst: „Diese ‚neuen‘ Gäste sind Touristen, die eigentlich mit dem Flugzeug in ein entfernteres Urlaubsziel reisen.“

Angst vor einem zweiten Lockdown

Doch die Situation ist nicht nur für Hotels schwierig: Wie aus der Antwort des Ministers für Tourismus Lex Delles (DP) auf eine parlamentarische Frage abzulesen ist, werden auch die Campingbetreiber hart von der Corona-Krise getroffen. Die Zahl der Übernachtungen ist im März um 60 Prozent und im April um mehr als 95 Prozent gesunken. Insgesamt sind hierzulande zwischen Januar und April 22 772 Übernachtungen gezählt worden; im gleichen Zeitraum im Jahr 2019 waren es 72 189.

„Seit der schrittweisen Eröffnung der Grenzen empfangen wir wieder Gäste aus dem Ausland“, zieht Linda Gedink, Generalsekretärin des Dachverbandes der Campingplatzbetreiber Camprilux, Bilanz. „Der Juni war sogar ein vergleichsweise guter Monat – doch es sind immer noch weniger Gäste als im vergangenen Jahr zur gleichen Zeit.“ Für Juli und August wurden auch wieder mehr Stellplätze gebucht, wie Gedink erklärt. Aber: „Die derzeit steigenden Infektionszahlen bereiten uns Sorgen. Was, wenn wieder neue Beschränkungen kommen? Wenn unsere Kunden einen Campingurlaub buchen, dann erwarten sie, dass Spielplätze, Restaurants und Co. offen sind.“ Der Umsatzverlust falle unterschiedlich hoch aus von einem Campingbetreiber zum anderen. „Im Juni dürften die Betreiber etwa 50 Prozent ihres üblichen Umsatzes erzielt haben“, sagt Gedink.

Das zeigt sich beispielhaft am Campingplatz in Kockelscheuer: In den Sommermonaten herrscht am Platz nahe den Autobahnen A3 und A4 normalerweise Durchgangsverkehr in Richtung Süden, wie Verwalterin Margo Struik erklärt. Die meisten Gäste bleiben nur eine Nacht; 120 Autos stehen dann mor-

gens im Stau an der Ausfahrt. „Wir haben derzeit eine andere Kundschaft“, sagt Struik. Die Gäste kommen für mehrere Tage und wollen Luxemburg erkunden. Es sind aber wenige: mal nur drei, mal zehn, mal 20 am Tag. Zwischen Mai und August sind die 161 Stell- und 30 Zeltplätze sonst meist komplett ausgebucht, so Struik. „Wenn das Geschäft bleibt wie im Moment, ist es noch zu verkraften.“ Wird das Wetter schlecht oder kommt ein zweiter Lockdown, sieht es düster aus.

„Der Vorteil eines Campingurlaubes ist, dass die Kunden ihr eigenes Auto und Material mitbringen“, sagt Camprilux-Generalsekretärin Linda Gedink. Daher werde das Corona-Infektionsrisiko bei einem solchen Aufenthalt als geringer empfunden. „Dennoch haben wir sehr viele Anfragen zu den in Luxemburg geltenden Hygieneregeln.“ In manchen europäischen Ländern gibt es beispielsweise keine Maskenpflicht: „Für die Tourismusbranche wäre es sicherlich sinnvoller gewesen, sich auf gemeinsame Regeln auf europäischer Ebene zu einigen.“

Mehr Aufwand, weniger Einnahmen

Wie stark die Zahl der Übernachtungen bei den Jugendherbergen gefallen ist, ist hingegen noch nicht bekannt. Fest steht nur: Es werden sehr viel weniger sein, wie Peter Hengel, Direktor des luxemburgischen Jugendherbergsverbandes, erklärt. Im Juni 2019 wurden 17 560 Übernachtungen in den neun Jugendherbergen des Landes gezählt – zusammen verfügen sie über 1 026 Betten.

Worunter die Jugendherbergen besonders leiden, ist die Empfehlung der Regierung, Schulausflüge vorerst auf Tagestouren ohne Übernachtung zu begrenzen. Erst am vergangenen Donnerstag reiste wieder eine Gruppe an. Maximal vier Personen werden bei solchen Reisen in einem Mehrbettzimmer untergebracht; alleinreisende Gäste bekommen das Mehrbettzimmer aus Sicherheitsgründen für sich alleine. Ob sich das Geschäft überhaupt lohnt? „Die Rechnung ist schnell gemacht“, sagt Hengel. Nichtsdestotrotz sind die Herbergen sehr froh darüber, wieder Gäste empfangen zu können. „Wir hoffen, dass viele Menschen

die von der Regierung ausgestellten 50-Euro-Tourismusgutscheine einlösen und auch mal Urlaub in einer Jugendherberge machen“, sagt Hengel. Die neun Jugendherbergen haben 140 Mitarbeiter; wie viele davon in Kurzarbeit sind, hängt von der Bettenauslastung ab. Die meisten Gäste kommen aus Luxemburg, Belgien, Frankreich und Deutschland. Daran hat die Corona-Krise wenig geändert.

In unserer neuen, in loser Folge erscheinenden Serie „Nach dem Lockdown“ beschäftigen wir uns mit Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, die unter der Corona-Krise besonders leiden. Die Frage: Wie haben sich diese Unternehmen nach dem Lockdown wieder erholt?

„Es gilt, sich breiter aufzustellen“

Im Interview erklärt Tourismusminister Lex Delles, wie die Lage aktuell im Bereich der Übernachtungsbetriebe aussieht.

Interview: **Stefan Kunzmann** \ Foto: **Didier Sylvestre (Editpress)**

Herr Minister, wie waren die ersten Reaktionen auf die 50-Euro-Hotelgutscheine, die ab 15. Juli gelten?

Ich bekomme nicht von jedem einen Dankes- oder Beschwerdebrief. Von einzelnen Hotels und Campingplätzen haben wir aber schon gesagt bekommen, dass es tendenziell mehr Luxemburger sind, die im Land bleiben wollen, um hier Urlaub zu machen. Ob das jetzt an den Gutscheinen liegt oder generell an der „Vakanz doheem“, kann ich noch nicht bewerten. In der Zwischenzeit haben wir 243 Hotels und Campingplätze, Gites und Jugendherbergen, die sich eingeschrieben sind.

Wie war der neueste Stand, was die Belegung angeht?

Wir haben eine gegenläufige Tendenz zu den vergangenen Jahren. Sonst sind die Hotels in Luxemburg-Stadt und Umgebung vorwiegend unter der Woche stark belegt und weniger am Wochenende, gerade umgekehrt ist es im ländlichen Raum, wo vor allem an den Wochenenden gebucht wird. Jetzt ist es anders: In der Hauptstadt liegt die Auslastung zurzeit bei zehn bis zwanzig Prozent. Dagegen ist momentan der ländliche Raum gefragt. Es gibt einen netten Anstieg, aber keine Komplettbelegung.

Wie ist das Interesse aus dem Ausland? Gerade in jüngster Zeit haben sich die steigenden Infektionszahlen herumgesprochen.

Wir haben unsere Marketingstrategie angepasst und schon im März damit begonnen. Unsere Strategie für Luxemburg als touristisches Ziel hat sich verstärkt an unsere Nachbarländer wie an die Niederlande gerichtet, um unser Land zu promoten. Das hat gut funktioniert. Wir setzen dieses Jahr auf Touristen, die kurzfristig entscheiden und buchen und mit dem Auto oder Zug hierherfahren. Was die gestiegenen Zahlen angeht, ist das Problem, dass uns manche Länder auf spezielle Listen gesetzt haben, so dass Hotel-

zimmer und Campingplätze, die reserviert waren, wieder abgesagt wurden. So zum Beispiel Belgien. Das war aber nur vereinzelt. In der Tat sind die jüngsten Zahlen über die Neuansteckungen nicht gut und im Ausland schlecht zu verkaufen.

Welche Regionen sind am meisten gefragt?

Die Hotels, die sich eingeschrieben haben, betreffen die klassischen Reiseziele wie Müllerthal, Norden und Osten. Aber auch die Hotels in den anderen Regionen sind durchaus gefragt.

Wie hat sich die Lage bei den Geschäftsreisen entwickelt?

In der Hauptstadt, wo wir sonst eine traditionell hohe Belegung haben, sind wir, wie gesagt, bei zehn bis zwanzig Prozent. Die Geschäftsleute fehlen sowohl am Flughafen als auch in den Hotels. Das liegt auch daran, dass die ganzen Konferenzen ausgefallen sind. Wir sind dabei, mit der LEA, der Vereinigung der Betriebe aus dem Eventbereich, ein Label „Save to meet“ auszuarbeiten, um uns international als sicheren Standort präsentieren zu können. Die Konferenzen sind bis auf Monate hin abgesagt. Es bedarf also eine bestimmten Vorlauf- und Organisationszeit, um wieder alles neu zu starten. Wenn wir sagen, dass alles wieder geöffnet ist, wird nicht gleich morgen wieder eine Konferenz mit 500 Teilnehmern stattfinden.

Welche Lehren kann der Tourismusbereich aus der Pandemie ziehen?

Es gilt, sich breiter aufzustellen. Auf der anderen Seite müssen wir überlegen, wie wir auf den Einbruch eines Marktes reagieren. Nach der Bankenkrise gab es schon einen Einbruch, weil der Rotstift bei vielen Unternehmen angesetzt wurde. Wir müssen also differenzierter aufgestellt sein, und sowohl Freizeit- wie Businesstouristen ansprechen, sowie spezifische Angebote ausarbeiten.

Wir haben unsere Marketingstrategie komplett geändert.

Neues Leben in alten Mauern

Im Hôtel des Postes wird bis 2023 ein Hotel mit Restaurant und Wellnessbereich eingerichtet

Von Rita Ruppert

Luxemburg. Rund zwei Jahre nachdem die Postschalter aus der Rue Aldringen in ein Haus an den gegenüberliegenden Boulevard Royal umgezogen sind, steht die neue Bestimmung des Hôtel des Postes fest: Es wird ein Hotel in dem seit 2019 unter Denkmalschutz stehenden Gebäude eingerichtet. Dabei hatte Post-Generaldirektor Claude Strasser dies zu Beginn noch ausgeschlossen: Die erforderlichen Investitionen seien zu hoch im Vergleich zu den späteren Einnahmen. Doch das Projekt wird nun doch umgesetzt: Gestern stellte Strasser das mindestens 50 Millionen Euro teure Vorhaben vor.

Vorgesehen sind neben 85 Hotelzimmern auch ein Restaurant, eine Bar, ein Wellness- und Fitness-Center, Geschäfte, Büro- und Versammlungsräume.

Post bleibt Eigentümer

Das Postunternehmen wird das Vorhaben allerdings nicht alleine stemmen, sondern zusammen mit Artea Luxembourg. Zu diesem Zweck wurde eine Gesellschaft gegründet, an der Post Luxembourg 51 Prozent Anteile hält, Artea Luxembourg 49 Prozent. Die Post bleibt Eigentümer des imposanten Gebäudes, Betreiber wird Artea Luxembourg sein.

Das Pariser Unternehmen Artea, das an der Börse notiert und seit über zehn Jahren in Luxemburg präsent ist, hatte bereits im Jahr 2018 bei einem von der Post ausgelobten Ideenwettbewerb betreffend die Zukunft des Hôtel des

Postes sein Interesse bekundet. Mit Erfolg, wie sich jetzt zeigt.

Wie sowohl Claude Strasser als auch Philippe Baudry, Président directeur général von Artea, bei der Präsentation betonten, soll einerseits das architektonische und kulturelle Erbe respektiert werden, andererseits die Nutzung der Würde des Gebäudes entsprechen.

Das in den Jahren 1908 bis 1910 nach den Plänen von Staatsarchitekt Sosthène Weis errichtete Gebäude wird nach der Umgestaltung der Innenräume eine Fläche von 8 600 Quadratmetern haben. Die Arbeiten, die sich über fünf Stockwerke erstrecken werden, sollen Ende dieses Jahres beginnen und voraussichtlich 2023 abgeschlossen werden. Dann beginnt der Feinschliff, dessen Kosten nicht im 50 Millionen-Euro-Paket enthalten sind.

Designerin mit Erfahrung

Was die Innengestaltung angeht, so hat Geraldine Dohogne (Beyond Design) das Konzept ausgearbeitet. Erfahrung mit Postgebäuden hat sie insofern, als sie bereits das Postgebäude im belgischen Gand neu designt hat. Als Architekt für das Hôtel des Postes in Luxemburg-Stadt fungiert das Büro Romain Schmitz - architectes & urbanistes.

Das Projekt im Detail

Die Pläne von Post Luxembourg und Artea Luxembourg für den alt ehrwürdigen Bau sehen wie folgt aus: Im Untergeschoss entsteht ein Wellness- und Fitnesscenter, im Erdgeschoss rund um den neu gestalteten Innenhof werden ein Res-

taurant, eine Bar, Geschäfte und der Empfang eingerichtet. Im ersten Stockwerk wird sich der Empfang des sogenannten Lifestyle-Hotels befinden, dessen Pläne übrigens erst nach Erteilung der Baugenehmigung durch die Stadtverwaltung publik gemacht werden. Im zweiten Stockwerk werden Büro- und Versammlungsräume bereitgestellt, die an Geschäftsleute vermietet werden. Die Pläne für das dritte Stockwerk werden derzeit noch ausgearbeitet.

„Zügige Umsetzung der Pläne“

Glücklich und dankbar sagte sich Stadtbürgermeisterin Lydie Polfer über das Projekt, das Postgebäude sei schließlich Teil der Geschichte Luxemburgs. In diesem Zusammenhang erinnerte sie an die vielen Villen, die einst den Boulevard Royal säumten und in den 1960er- und 1970er-Jahren Platz für eine Reihe von Banken machten, die den Finanzplatz Luxemburg bildeten.

Dass dem Hôtel des Postes nun wieder neues Leben eingehaucht werde, sei schön. Die Stadtverantwortlichen werden die administrativen Prozeduren zügig begleiten und abschließen, kündigte Polfer an.

► www.groupe-artea.fr

*Das Hôtel
des Postes ist
ein wahres
Schmuckstück
der Hauptstadt.*

Claude Strasser, Post-Generaldirektor

Zu Hause ist es am schönsten

Der HORESCA-Bereich hat besonders unter dem Lockdown gelitten. Um Übernachtungsbetrieben unter die Arme zu greifen, hat die Regierung beschlossen, Übernachtungsgutscheine auszustellen. Hotels und Campingplätze werden trotzdem mit Einbußen im Jahresumsatz leben müssen.

Text: Daniel Baltès, Hubert Morang

Egal ob es die pittoresken Weinlandschaften entlang der Mosel der leicht rudi-mentäre Charme in den Naturschutzge- bieten im Minett, wo einst Tagesabbau stattfand, die prächtigen Aussichten in den Luxemburger Ardennen oder die malerischen Felsformationen im Mül- lertal sind, Luxemburg hat aus tou- ristischer Sicht so manches zu bieten. Dass ist uns nicht immer ganz bewusst, doch die Corona-Krise bietet jetzt die perfekte Möglichkeit das Goethesche Motto „Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah“ wahr werden zu lassen. Die von der Regierung an alle Einwohner über 16 Jahre und hierzu- lande arbeitende Grenzgänger verteilten Übernachtungsgutscheine im Wert von 50 Euro, sollen das Geschäft der Über- nachtungsbetriebe stärken.

730.000 Gutscheine wurden mittler- weile versandt. Das Feedback aus dem HORESCA-Sektor nach dem Versenden ist durchaus positiv. „Es gab schon zahl- reiche Buchungen“, versichert François Koepp. Auch wenn die rezente Warnung der belgischen Regierung für das Rei- seland Luxemburg sich direkt negativ bei den Buchungen bemerkbar machen würde und es würde sogar zu Absagen kommen. Koepp unterstreicht, dass man die Betreibe am besten unterstützen würde, wenn man die Buchungen direkt beim Hotel vornimmt anstatt über einen einschlägigen Drittanbieter – sprich die Meta-Suchmaschinen wie Booking.com der Priceline-Gruppe – vorzunehmen. „So verhindert der Kunde, dass ein Teil des Geldes, was die Regierung versucht

mit den Gutscheinen in den HORESCA- Bereich zu stecken, indirekt über eine Kommission an den jeweiligen aus- ländischen Anbieter fließt“, erklärt der HORESCA-Generalsekretär. Die Regie- rung könne die natürlich nicht auf diese Art und Weise so direkt kommunizie- ren, aber die Hotelbesitzer „machen einen herzlichen Aufruf“, wie Koepp es formuliert, direkt bei ihnen zu buchen und die volle finanzielle Unterstützung zu garantieren. Da der Business-Tou- rismus nach wie vor fast inexistent ist, müssen die Hotel- und anderen Über- nachtungsbetrieb-Besitzer voll die Karte des klassischen Tourismus ausspielen. Mit den Gutscheinen würde, laut dem HORESCA-Generalsekretär, rund die Hälfte der Gäste sogar mehr als nur eine Nacht buchen. „Das durchaus sehr posi- tiv. Aber auch diejenigen, die nur eine Nacht buchen helfen den Betrieben, schließlich ist auch das besser als leere Hotelzimmer.

Einbußen wird es in diesem Jahr so oder so geben. „Die großen Hotelgrup- pen haben ein paar Szenarien durchge- spielt. Schaut man sich nur das Worst- Case- und das Best-Case-Szenario an, dann wird vieles deutlich. Im schlimm- sten Fall wird die Belegungsrate in die- sem Jahr nicht über 30 Prozent hinaus- gehen, das Best-Case-Szenario sieht 39 bis 40 Prozent vor. Führt man sich dann vor Augen, dass in einem normalen Jahr die Belegungsrate in einem Hotel in der Stadt oder in unmittelbarer Umgebung bei 79 bis 82 Prozent liegt, dann sieht man bis zu 50 Prozent des Umsatzes verloren gehen werden. Das betrifft vor allem die Hotels, die viel Businessou-

rismus haben. Für die anderen wird der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr allerdings auch um mindestens 30 Pro- zent schrumpfen“, beschreibt François Koepp die einzukalkulierenden Ein- bußen. Da Hotels aber ganz oft Fami- lienbetriebe sind, hätten aktuell die wenigsten ganz große Existenzängste, allerdings fürchten viele, dass sie die Einbußen von diesem Jahr noch über Jahre mit sich schleppen.

Quer über die Luxemburger Landes- karte verteilt, zählt das Großherzogtum etwas mehr als 80 Campingplätze. Diese etwas urbane Form des Reisens macht damit einen nicht unbedeutenden Teil der nationalen Tourismusbranche aus und war auch nicht weniger als andere Branchen von den Corona-bedingten Ausfällen betroffen. Linda Gedink, Prä- sidentin der EFCO&HPA (Europäische Föderation der Campings) und Besitze- rin des „Camping auf Kengert“ zwischen Medernach und Larochette, blickt noch- mal zurück: „Die Campingplätze wurden von der Regierung zu keinem Zeitpunkt geschlossen. Wir hatten allerdings den Fall, dass die Leute angehalten wurden zuhause zu bleiben und die Grenzen von den umliegenden Ländern geschlossen waren. Um nicht unnötige Unkosten zu verursachen hatten die meisten Campings also trotzdem geschlossen.“ Erst nach den Lockerungen vom 15. Mai soll es auf den nationalen Campingplätzen wieder etwas lebendiger geworden sein.

Einer der Gründe hierfür seien auch die vielen Feiertage gewesen, an denen sich traditionell viele Menschen auf den

Campingplätzen sammeln. „Dennoch konnten wir bislang zu keinem Zeitpunkt unser normales Pensum erreichen, was auch daran liegt, dass viele Senioren aus Angst und Sorge wegbleiben. Dazu fallen viele Menschen auf der Durchreise weg.“

Insgesamt rechnet Linda Gedink in den nächsten Monaten mit einer 30-prozentigen Auslastung im Vergleich zu den üblichen Geschäftsjahren. „Normalerweise dürfte es möglich sein, in diesem Sommer kostendeckend zu arbeiten“, erklärt Gedink sachlich.

Diesen, an den Umständen gemessenen, positiven Zeilen folgen allerdings Worte der Ernüchterung. So seien in den vergangenen Tagen viele Anrufe eingetroffen, bei welchen entweder eine Stornierung oder eine Auskunft nach der aktuellen Lage zugrunde lagen. „In Belgien wurde viel über die ansteigenden Fälle an Neuinfektionen hierzulande berichtet, ohne allerdings unsere

weitreichenden Tests und das Tracing zu erwähnen. Das löst bei vielen natürlich direkt wieder Angst aus“, analysiert Gedink die aktuelle Gemütslage.

Dass die Luxemburger den ausfallenden Besuch aus dem Ausland nicht kompensieren können, dürfte klar sein und doch zeigt sich Gedink ob der Gutscheine-Initiative der Regierung zufrieden. „Ich denke schon, dass viele Menschen darauf zurückgreifen werden. Genau wie im Ausland gibt es auch hier aktuell dieses Umdenken, dass man zuhause Urlaub machen kann und nicht immer so weit weg gehen muss“, beschreibt Gedink ihre Hoffnung auf einen versöhnlichen Camping-Sommer. Luxemburger, die mit dem Gedanken an einen Campingaufenthalt spielen, sollten allerdings gerade bei der Terminierung Acht geben: „Für die Leute ohne eigenes Material, also Besucher, die etwas mieten wollen, wird es bis

Mitte August im ganzen Land recht schwer werden etwas freies zu finden.“ Ab der zweiten Hälfte August, genau wie in den ersten Wochen des Septembers rechnet Gedink dann wieder mit mehreren freien Mietmöglichkeiten auf den nationalen Campingplätzen. „Da ist es auch immer noch recht warm und gemütlich, also gibt es keinen Grund uns nicht dann besuchen zu kommen!“

Abschließend erklärte Gedink noch, dass das Einlösen der Bons über Drittparteien nicht möglich sei. Dementsprechend müsse man im Falle eines gewünschten Urlaubes hierzulande mithilfe seines Gutscheines direkt bei dem Hotel, Hostel oder Camping buchen. Das direkte Buchen über die gewünschte Unterkunft ist dabei eh die betriebsfreundlichere Variante, da keine Bearbeitungskosten an Drittparteien verloren gehen. ■

Mit den Gutscheinen würde rund die Hälfte der Gäste sogar mehr als nur eine Nacht buchen.

Wenn die Gäste zu Hause bleiben

Die heimische Tourismusbranche leidet unter den Folgen der steigenden Infektionszahlen

Von Mara Bilo

Vom Musterschüler zum Klassenletzten - in kürzester Zeit wurde der Umgang Luxemburgs mit der Corona-Virus-Pandemie auf internationaler Ebene nicht mehr als vorbildlich angesehen. Die in den vergangenen Wochen wieder steigenden Infektionszahlen haben einige Länder in der EU dazu geführt, neue Reisebeschränkungen für Menschen, die aus dem Großherzogtum kommen, einzuführen. Sei es durch einen negativen Corona-Test oder eine mehrtägige Quarantäne - vielen Luxemburgern wird derzeit der Start in den Urlaub erschwert.

Dabei leidet auch das Image Luxemburgs als Reiseziel: Seit einigen Tagen mehren sich die Stornierungen von Buchungen bei Hotels, Campingplätzen und Jugendherbergen, wie der Verband der Hoteliers, Restaurantbesitzer und Cafetiers (Horesca) erklärt. „Es ist eine Katastrophe“, sagt Horesca-Generalsekretär François Koepf. „Viele Menschen sind unsicher.“ Eine besonders schwierige Situation für viele Betriebe, die im Freizeittourismus tätig sind, denn: Nach Wiedereröffnung der Grenzen waren die ersten Urlauber aus dem Ausland wieder in das Großherzogtum eingereist, die Auftragsbücher waren wieder etwas voller. „Die Auslastung der Betten lag bei 50 bis 60 Prozent - den Umständen entsprechend waren wir zufrieden.“

Derzeit liegt die Auslastung der Betten im Schnitt wieder bei unter 30 Prozent, schätzt Koepf. Dazu kommt, dass die Preise im Vergleich zum Vorjahr gesunken sind und Hoteliers deutlich weniger Einnahmen haben - „wir beobachten minus 40 Prozent bei dem Preis von einer Nacht.“ Ähnliches stellt auch Linda Gedink, Generalsekre-

tärin des Dachverbandes der Campingplatzbetreiber Camprilux, fest: „Viele Menschen stornieren ihre Buchungen.“ Gedink geht schon jetzt von einem Umsatzverlust von mindestens 100 000 Euro für die Campingplätze aus - Tendenz steigend.

Gutscheine haben Erfolg

Derzeit sind es besonders Urlauber aus Belgien, Deutschland und Frankreich, die ihre Reise nach Luxemburg nicht antreten. „Aber auch Gäste aus Holland beginnen, Angst zu haben“, sagt Gedink. Nach Angaben des nationalen Statistikamts Statec sind 20 Prozent der 1,1 Millionen Ankünfte in gewerblichen Betrieben im Jahr 2018 auf Besucher aus Belgien zurückzuführen. Besucher aus den Niederlanden machen etwa 17 Prozent aus, Besucher aus Deutschland 15 Prozent und Besucher aus Frankreich 13 Prozent.

„Auch beim heimischen Tourismus sind die Zahlen eingebrochen“, stellt Koepf fest. Viele Luxemburger hatten angefangen, die von der Regierung ausgeteilten Tourismuskupons einzulösen, so der Horesca-Generalsekretär. Seit dem 15. Juli sind die rund 730 000 Gutscheine im Wert von 50 Euro, die an alle Einwohner Luxemburgs, die älter als 16 Jahre sind, und alle Grenzgänger, die im Großherzogtum arbeiten, geschickt wurden, in Hotels und Co. einlösbar. Wie viele bereits eingesetzt worden sind, weiß die Generaldirektion noch nicht: „Wir haben noch keine Analyse der Statistiken unternommen“, so Sprecher Damien Valvasori. „Das werden wir zu einem späteren Zeitpunkt tun.“

Das Konzept hat aber offenbar Erfolg: „Viele Menschen haben be-

reits ihren Gutschein eingelöst und wir bekommen viele Anfragen dazu - besonders von Grenzgängern“, sagt Camprilux-Generalsekretärin Linda Gedink. Auch bei Jugendherbergen wurde die Gutschein bereits genutzt, wie Peter Hengel, Direktor des Jugendherbergensverbandes, berichtet. Die neun Jugendherbergen des Landes haben sich allesamt unter letzshop.lu angemeldet, um ihren Kunden die Möglichkeit anzubieten, ihren Gutschein einzulösen. Bislang haben sich nach Angaben der Generaldirektion für Tourismus 261 Beherbergungsbetriebe unter letzshop.lu angemeldet; insgesamt sind es hierzulande 351. Ab dieser Woche werden die ersten Betriebe ausbezahlt, wie es heißt. „Das wird dann zukünftig im Wochenrhythmus geschehen, sodass die Rückerstattung im Normalfall rund eine Woche dauert.“

Informationspolitik in der Kritik

Problematisch findet jedenfalls Horesca-Generalsekretär François Koepf die Informationspolitik der Regierung. „Es muss betont werden, dass Luxemburg ein sicheres Land für die Touristen ist. Die ausländische Presse übernimmt nur die Zahl der Neuinfektionen ohne auf den Kontext zu achten.“ Dabei wird oft vergessen, dass Luxemburg viel mehr teste als andere Länder und versuche, alle Kontakte zurückzuverfolgen und die Infektionsketten zu brechen, so Koepf.

„Es gab keinen einzigen Ansteckungsfall in einem Hotel, Restaurant oder Café“, betont Koepf. „Nur in einem Betrieb hatte ein Mitarbeiter zwei seiner Kollegen angesteckt - das Virus kam dabei aus dem Ausland.“

„Chèques-repas“ gegen die Krise

In einem Beitrag der Denkfabrik der Handelskammer, der Fondation Idea, setzt sich Ökonomin Sarah Mellouet mit den „chèques-repas“ auseinander. Sie sieht in diesen Gutscheinen ein Instrument, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Virus-Pandemie auf die Gastronomie abzufedern, denn: In Luxemburg bekommen den Angaben der Fondation Idea zufolge 18 Prozent der Beschäftigten, mehr als 75 000 Menschen, solche Essensgutscheine, kostenlose Mahlzeiten oder ihnen wird von ihrem Arbeitgeber eine Kantine angeboten. Nur werden in der Praxis viele „chèques-repas“ nicht nur – wie ursprünglich vorgesehen – in Restaurants während der Arbeitszeiten genutzt, sondern auch als Zahlungsmittel in Supermärkten verwendet – obwohl dabei nicht zwingend Essenswaren gekauft werden.

Deshalb findet Mellouet, dass geprüft werden sollte, ob die Gutscheine nur auf Restaurants begrenzt und ihre Gültigkeitsdauer gekürzt werden sollte, damit das Geld schneller an die

Restaurants kommt. „Wir als Horesca setzen uns schon länger dafür ein, dass die Essensgutscheine nur in Restaurants eingesetzt werden“, kommentiert der Generalsekretär des Verbandes der Hoteliers, Restaurantbesitzer und Cafetiers (Horesca), François Koepp. Es könne der Branche nicht schaden, die Nutzung der „chèques-repas“ auf die Restaurants zu beschränken, so Koepp.

Ökonomin Sarah Mellouet weist in ihrem Beitrag auch auf die wirtschaftlichen Folgen der Arbeit im Homeoffice für die Gastronomie. „Wenn die Hälfte der Arbeitnehmer künftig einen Tag pro Woche von zu Hause aus arbeitet und auch dort zu Mittag isst, gehen 220 000 Mahlzeiten verloren. Bei einem Durchschnittspreis von zehn Euro, entspricht das einem Umsatzverlust von mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr.“ *mbb*

Wie benutze ich meinen 50-Euro-Gutschein? Die Regierung gibt Auskunft: <https://meco.gouvernement.lu/de/dossiers/2020/bon-hebergement-faq.html>



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

Testweltmeister

Ob nun in einem Land viel oder wenig getestet wird, darüber sagt die absolute Zahl an Tests nichts aus. Um die Länder vergleichen zu können, muss man die Anzahl der Tests in Relation zur Bevölkerung setzen. Nur die von Dänemark abhängigen Färöer-Inseln (578 000 Tests) haben pro Million Einwohner mehr getestet als Luxemburg.

Frankreich:	40 000
Niederlande:	45 000
Schweden:	67 500
Deutschland:	82 000
Italien:	103 000
Belgien:	125 000
Spanien:	129 000
Portugal:	138 000
USA:	146 000
UK:	196 000
Dänemark:	225 000
Island:	332 000
Luxemburg:	550 000

(Tests pro Million Einwohner,
Quelle: worldometers.com)